Nr. 86 ♦ 42. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 44

Morgenausgabe

10 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 70 Pfennig. Reklamezeile 4,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 20 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Freitag, den 20. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Gewerkschaften und Steuerfrage.

Wie der Bürgerblock regiert.

Die Spitzenverbände der drei gewerkschaftlichen Organisationen übermitteln uns folgende Kundgebung:

Die steuerliche Belastung der breiten Massen schreitet von Monat zu Monat weiter fort. An Lohn- und Gehaltssteuer wurden im Monat März des vorigen Jahres 71 Goldmillionen Mark erhoben. Im Juni waren es schon 96 Millionen, im Oktober 114, im November 119, im Dezember des vorigen Jahres und im Januar 1925 sind es jetzt 126 Goldmillionen Mark gewesen! Wie von uns vorausgesagt, ist die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages von 50 auf 60 M. monatlich an den Reichseinnahmen spurlos vorübergegangen.

Die Umsatzsteuer hat im Januar den ungeheuren Ertrag von über 200 Millionen Goldmark ergeben. Die Zolleinnahmen in Höhe von 52 Millionen Mark für den jüngst vergangenen Monat sind rund 30 Proz. der veranschlagten Jahreseinnahme!

Der Reichsregierung ist ihre

Liebesgabenpolitik zugunsten der Ruhrindustriellen

nur durch eine beispiellose und ohne jede soziale Rücksicht vorgenommene Belastung der breiten Massen des Volkes möglich geworden.

Jetzt hat die Reichsregierung durch sieben neue Gesetzesvorlagen die „Steuerreform" angekündigt. Eine Durchprüfung der Entwürfe ergibt, daß sie auf eine skandalöse Begünstigung des Besitzes abzielen. Man spricht von einer sogenannten vereinfachten Veranlagung für die Einkommen- und Vermögenssteuern, die Staffelung soll für die großen Vermögen und Einkünfte günstiger werden als bisher, die Besitzbewertung der Landwirtschaft möchte man durch ein besonders landwirtefreundliches Organ vornehmen, die Kapital-Verkehrssteuern werden auf den Friedensstand herabgedrückt, die Erbschaftssteuer bleibt in ihrer vollen Lückenhaftigkeit bestehen, — **das sind die Steuerreformpläne der Regierung!** Soweit zu ihnen bisher schon die Begründungen gegeben worden sind, strotzen sie von Entschuldigungen darüber, daß den Besitzenden im vergangenen Jahr eigentlich zu viel Steuern abgenommen worden seien, obwohl unbestreitbar feststeht, daß die Besitzsteuern in erheblichem Umfange auf die breite Masse abgewälzt wurden.

Die Regierung wagt es, den Arbeitnehmern als einzige Erleichterung ihrer steuerlichen Last anzubieten, daß derjenige, der mehr als vier Kinder ernähren muß, für das fünfte und jedes weitere Kind in Zukunft 2 Proz. statt 1 Proz. in seiner Steuerrechnung einsetzen darf. Da die Regierung in ihren Entwürfen und auch bei deren Begründung nicht einmal von einer Herabsetzung der Umsatzsteuer gesprochen hat, so ist anzunehmen, daß sie glaubt, durch späteres Entgegenkommen auf diesem Gebiet den Volksprotest ablenken zu können.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände erheben hiermit lauten Protest gegen diese Steuerreform zugunsten der Besitzenden. Sie verlangen schon heute, daß die Reichsregierung endlich ausspricht, wie sie die Mehrkosten für die von vielen Parteien verlangte erhöhte Aufwertung aufzubringen gedenkt. Der Finanzausgleich mit den Ländern besteht aus einem Provisorium, das in sechs Wochen abläuft. Die Reichsregierung bringt es fertig, dennoch zu schweigen.

Wir müssen die Regierung daran erinnern, daß das auch von ihr anerkannte Dawes-Gutachten die Art der notwendigen Steuerreform klar umrissen hat. Dort heißt es,

„daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klassen rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre."

Wo bleibt die Versteuerung der Inflationsgewinne!
Wann beginnt die Rückzahlung der Ruhrverdienste!
Es muß die Lohnsteuer weitgehend erleichtert werden!

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben ihre Stellung zur deutschen Steuergesetzgebung schon einmal ausführlich begründet. Diese Verhandlungsergebnisse sind auch dem damaligen Finanzminister und augenblicklichen Reichskanzler, Herrn Dr. Luther, übermittelt worden. Das gleiche geschah im Zusammenhang mit dem Sachverständigengutachten. Damals ist betont worden, daß die Gewerkschaften nicht zulassen könnten, daß die reicheren Klassen Deutschlands sich etwa nur deswegen den Vorschlägen fremder Mächte unterwarfen, weil sie glauben, bei der Verteilung der Kosten im Innern stark genug zu sein, um sie auf andere abzuwälzen.

Wir verlangen von der Reichsregierung eine Steuerpolitik, die nicht zuerst den Bedürfnissen der Besitzenden, der Industriekönige und Agrarier, sondern den Lebensnotwendigkeiten der breiten Masse des Volkes entspricht.

Die Steuerpolitik, wie sie jetzt getrieben wird, liegt auf einer Linie mit der Schutzzollpolitik, die von der deutschen Schwerindustrie bei den Handelsvertragsverhandlungen immer sichtbarer durchgesetzt, von einer kleinen aber mächtigen Schicht der Großgrundbesitzer gedeckt und durch die verarbeitende Industrie, die heute in einem Hörigkeitsverhältnis zu den Rohstoffbeherrschern lebt, geduldet wird.

Wirtschaftlicher Unverstand und politische Reaktion vereinigten sich, um die Konsumkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der breiten Masse des Volkes, das letzte Fundament unserer Wirtschaft, zu untergraben.

Wir fordern unsere Mitglieder auf, zur Abwehr zu rüsten!

Die Bundesvorstände des ADGB., der AfA. und des ADB.

Die Ruhrdebatte.

Die Verteidigung der Regierung vor dem Reichstag.

Heute morgen wird der Reichstag über die Ruhrdenkschrift der Regierung beraten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zu dieser Beratung einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestellt. Die Fragen, um die es sich bei dem gesamten Komplex handelt, in dem die 700-Millionen-Affäre nur ein Glied ist, bedürfen der eingehendsten Prüfung. Es muß klargestellt werden, in welchem Maße schon während des Ruhrkampfes auf dem Verwaltungsweg der Ruhrindustrie Zuwendungen gemacht worden sind, die der Reichstag nicht bewilligt haben würde und nicht hätte bewilligen können, ohne einen Orkan der Entrüstung hervorzurufen.

Es muß festgestellt werden, ob der Prozeß der Vermögensumschichtung in Deutschland, der den Mittelstand zurück und ins Elend warf, mit Bewußtsein von einer eigenmächtigen Bureaukratie gefördert worden ist, die in der Zeit der Inflationswirren es verstanden hat, sich der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen.

Die Debatte, die heute morgen eröffnet wird, ist ein erster Versuch, Klarheit in diese Verhältnisse zu bringen. Kein Zweifel, daß diesem ersten Versuche weitere folgen müssen. Es wird großer Energie, aus der Liebe zur Wahrheit und Gerechtigkeit geboren, bedürfen, um den Weg bis zur völligen Offenlegung der Wahrheit zu Ende zu gehen. Wir wollen die Wahrheit sehen. Wir wollen wissen, wie es gekommen ist!

Diese Auseinandersetzungen müssen das ganze Volk bis ins tiefste packen; denn es geht um seine Sache. Die Fragen, die dabei aufgeworfen werden, rühren an die Wurzeln der Not des Volkes und des Staates. Die Arbeiter, die hart um Lebensspielraum und soziale Gerechtigkeit kämpfen, werden in diesen Auseinandersetzungen wesentliche Zusammenhänge zwischen der politischen Entwicklung nach rechts und ihrer heutigen Stellung erkennen. Für jene Opfer der Inflation aus dem Mittelstand, die heute voller Erregung über den Betrug nachdenken der an ihnen durch Inflation und agitatorische Aufwertungsversprechungen verübt worden ist, wird diese Debatte besonders lehrreich sein. Es handelt sich um die Haltung einer eigenmächtigen Bureaukratie gegenüber jener Wirtschaftsgruppe, die die Treiberin und Nutznießerin der Inflation war. Für sie ist der Schluß unabweisbar, daß die eigenmächtige Bureaukratie, daß die politischen Parteien der Rechten für die Gewinner der Inflation aufs glänzendste sorgen, während für die Opfer der Inflation weder Verständnis noch Mittel vorhanden sind.

In der Debatte über die Ruhrdenkschrift der Regierung wird sich die große soziale Umschichtung in Deutschland, die Verschiebung der Reichtums- und Machtverhältnisse, das Leiden der deutschen Bevölkerung widerspiegeln. Das gibt diesen Auseinandersetzungen ihre Bedeutung.

Der Konflikt mit Rumänien.

Noch keine „Sanktion".

Bis zur Stunde sind in Berlin Nachrichten darüber, daß die rumänische Regierung angekündigte „Sanktionen" gegen deutsches Eigentum und deutschen Handel ergriffen hätte, in Berlin nicht eingetroffen. An der Berliner Börse werden seit einigen Tagen rumänische Werte nicht mehr notiert. Die Reichsregierung beabsichtigt, die Frage der Einbeziehung der rumänischen Forderungen in die deutschen Jahreszahlungen nach dem Dawes-Plan demnächst der Reparationskommission zu unterbreiten.

Rom, 19. Februar. (TU.) Die rumänische Gesandtschaft in Rom dementiert die Nachrichten über die Belästigungen deutscher Staatsangehöriger in Rumänien. Die Regierung habe lediglich gegen den deutschen Handel gewisse Repressalien vorgenommen und die Liquidation des beschlagnahmten deutschen Eigentums angeordnet.

„Voraussichtliches".

Heute politischer Großkampftag in Preußen.

Gestern, am Tag vor der Abstimmung, produzierte die Nachtausgabe von Hugenbergs „Tag" die fette Riesenüberschrift: „Voraussichtlicher Sturz des Kabinetts Marx". Das erinnert an eine Geschichte. Als der Gouverneur von Kiautschou sein berühmtes Telegramm nach Berlin schickte: „Einstehe für Pflichterfüllung bis zum Äußersten", überschrieb die „Neue Freie Presse" diese Nachricht mit der Ueberschrift: „Bevorstehender Heldentod des Gouverneurs von Kiautschou". Am Tag darauf erhielt der Chefredakteur des Wiener Blattes ein Telegramm: „Sterben will ich schon, aber drängeln lasse ich mich nicht. Gouverneur von Kiautschou." Das Telegramm stammte freilich nicht vom Gouverneur, sondern von einem Wiener Spaßvogel.

Wir hoffen, auch Herr Marx wird sich nicht zum Sturz drängen lassen, und wenn er dennoch dahin gedrängt wird, wird er hoffentlich nicht die Lehre vergessen, daß man sich im parlamentarischen Leben nur stürzen läßt, um stärker wieder aufzustehen.

Immer klarer schält sich aus der Debatte im Preußischen Landtag die Absicht der vereinigten Rechtsparteien und ihrer getreuen kommunistischen Schildknappen heraus, um jeden Preis das Kabinett Marx zum Rücktritt zu zwingen und letzten Endes — unter Hinweis auf die Tatsache, daß eben in diesem Landtag keine Majoritätsbildung möglich sei — die Regierung zu zwingen, Neuwahlen auszuschreiben. Notabene: das sind dieselben Kreise, die es vordem als gebieterische Notwendigkeit bezeichnet hatten, daß Reichstags- und Landtagswahlen im Dezember 1924 zusammengelegt würden, weil angeblich das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft es nicht ertragen könnten, daß im Dezember 1924 zum Reichstag und schon im Februar 1925 dann wieder zum Preußischen Landtag gewählt würde. Warum sind die Herren von rechts jetzt so plötzlich für den Neuwahlgedanken — zweieinhalb Monate nach dem Großwahltag vom 7. Dezember — erwärmt? Nun, im Dezember waren sie nicht für geforderte Preußenwahlen im Februar, weil sie mit Recht einen Wahlkampf fürchteten, der nicht nur mit den Hauptschlagworten der Reichstagswahl geführt, sondern mit den Argumenten der sachlichen Leistung des Kabinetts Otto Braun ausgekämpft wurde. Heute aber glauben sie, nachdem ihre Presse mit viel Geschick und großem Geschrei das Material aus den Mappen des deutschnationalen Verleumderkonzerns gegen Sozialdemokraten und Zentrum ins Volk geworfen hat, Wahlen machen zu können, bei denen das Geschrei „Barmat", „Höfle" alles andere — sogar die denn doch wohl noch etwas berechtigteren Rufe: „Ruhrskandal", „Thyssen", „700 Millionen!" übertönt.

Wir glauben nur, daß die Rechnung der Rechtsparteien ein Loch hat. Sie glauben, daß sie imstande sind, durch das „Barmat"-Geschrei den deutschen Wähler derart zu übertölpeln, daß aus den Wahlen eine Majorität gegen die Weimarer Koalition im Landtag entstehen wird. Wir glauben, daß man die Einsicht des deutschen Wählers schließlich doch nicht in dem Maße unterschätzen darf, wie es die Deutschnationalen und ihre Verbündeten tun, die anscheinend das Intelligenzniveau der Leser des „Berliner Lokal-Anzeigers" für den höchsten Pegelstand deutscher politischer Kultur ansehen. Wir glauben vielmehr, daß die Erkenntnis der Gefahr der Stunde, daß nämlich ein Sieg der Rechtsparteien in Preußen gleichbedeutend wäre mit dem Abbau der Volksrechte, mit der Wiederkehr des Regimes der Dreiklassenwahlanhänger und mit dem Verlust des letzten staatlichen Machtmittels der Republik, nämlich der Schutzpolizei an die Monarchisten — wir glauben, daß die Erkenntnis dieser Gefahr ausreichen würde, um dem Volke die Augen zu öffnen. Vor allem aber: Wir würden uns freuen, jetzt endlich die Preußenwahl auskämpfen zu können, um die man uns mit dem faulen Kompromiß der Zusammenlegung von Landtags- und Reichstagswahlen höchst unklugerweise gebracht hat!

Die Rechtsparteien können nichts als „Barmat" brüllen und dem von ihnen immer wieder — jetzt zuletzt in der Aufwertungsfrage — betrogenen Volke von neuem goldene Berge und „herrliche Zeiten" versprechen. Wir sind da in einer ganz anderen Situation: Wir können aus der Praxis sprechen. Wir können auf die — angesichts der innen- und außenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Jahre geradezu achtungerzwingenden — Resultate der Arbeiten der preußischen Regierung hinweisen, an der die Sozialdemokratie von 1918 an stets führend und mit vorbildlichen Leistungen beteiligt gewesen ist. Wenn man Zentrum und Demokraten und vor allem selbst die Deutsche Volkspartei an Hand zahlloser Aeußerungen ihrer Prominenten dafür als Kronzeugen anrufen kann, daß ohne die von hohem staatsmännischen Geschick zeugende Leitung Preußens, die aus diesem Lande die Hauptstütze des Reiches und das feste Bollwerk gegen alle verhängnisvollen Experimente geschaffen hat, das Reich wahrscheinlich nicht mehr bestände, sondern in den stürmischen Herbsttagen 1923 auseinandergeborsten wäre, so

kann man schon getrost in die Wahlen hineingehen! Mit dem Hinweis auf die Leistungen Brauns und Severings braucht man nicht nur keinen Gegner zu scheuen, sondern kann und muß man die Massen der Unentschlossenen und Schwankenden, denen die eigentliche Tagespolitik fremd ist, die aber vor allem wollen, daß das Reich und Preußen leben und nicht zugrunde gehen, unter die Fahnen der Sozialdemokratie als des sorgsamen Verwalters und Wiederaufbauers Preußens und als des wahren Erhalters des Reiches zwingen!

Deshalb sind wir keine Freunde eines Ausweichens vor der Entscheidung. Gewiß: Zunächst soll das Kabinett Marx dem Gegner die Zähne zeigen und sich nicht aus dem Sattel heben lassen. Wird heute, was wir vorläufig bezweifeln, der „voraussichtliche Sturz" von Marx Wirklichkeit, so soll und muß man morgen schreiben können: „Voraussichtliche Wiederwahl des Ministerpräsidenten Marx."

Sollte Herr Marx durch eine Zufallsmajorität gestürzt werden, so sollte er sich zwei Tage später wieder von der Weimarer Koalition neuwählen lassen, dasselbe Kabinett berufen und, wenn nötig, das so oft und so lange wiederholen, als bis auch der widernatürlichen Koalition von Tschekisten, ostelbischen Agrariern und Fraktion Drehscheibe der Atem ausgeht, und bis vor allem das Volk von ihrer geist- und programmlosen Opposition, hinter der kein ernster Wille und vor allem nicht die Fähigkeit steht, eine lebensfähige Regierung zu bilden, genug hat und den Herren von der Opposition die Gefolgschaft kündigt. Behält man nur bei der Weimarer Koalition die Nerven, so wird man mit diesem Rezept siegen. Will die Rechte aber durchaus Neuwahlen haben und wendet sie Obstruktion an — nun, an uns soll es nicht fehlen, wir sind bereit. „Will Herr von Campe ein Tänzchen wagen — er soll's nur sagen, wir spielen ihm auf!"

In diese Wahlen wird mit der Parole, daß es um die Weiterführung einer Arbeit geht, die an Erfolgen in keinem deutschen Lande bisher übertroffen oder auch nur erreicht ist, die Sozialdemokratie mit starker Siegeshoffnung hineingehen. „System Severing" gegen die vereinigten Systeme von Campe und Schlange-Schöningen und Pieck! Hingebende, treue, erfolgreiche Aufbauarbeit für Volk und Land im Dienste der Republik gegen schwankende Gestalten, deren einziger Grundsatz die Grundsatzlosigkeit ist und gegen den brutalen volksfeindlichen Machtwillen des ostelbischen Junkertums! Welchem deutschen Arbeiter kann da die Entscheidung schwer fallen?

Reichswehr und Politik.

Militärmusik nur für die Schwarzweißroten.

Reichswehrminister Dr. Geßler versicherte am Mittwoch im Haushaltungsausschuß des Reichstags, „stets rücksichtslos" die Entpolitisierung der Reichswehr betrieben und Entgleisungen von Offizieren verfolgt zu haben. Um so größer wird sein Interesse für folgenden Fall sein, der uns vom schleswig-holsteiner Gauvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mitgeteilt wird:

Am Freitag, den 16. Februar 1925, fand in Flensburg eine Reichsgründungsfeier der sogenannten vaterländischen Verbände statt (Stahlhelm, Jungdeutsche usw.). Als Festredner war der im Reichswehrministerium vielleicht nicht ganz unbekannte General von Lebebour-Hamburg gewonnen. Ueber die vaterländische Rede dieses von der Republik Pension beziehenden Generals schreiben die „Flensburger Nachrichten": „Wer da glaubte, anläßlich der Einnerung des Tages eine Würdigung der Bedeutung des Tages der Reichsgründung zu hören, wurde enttäuscht; das Thema galt vornehmlich der Zukunft und dem Wege, der nach seiner Ansicht zur Zukunft führen soll. Da ging es nicht ohne Härten ab. **Mit knallenden Schlägen ging es auf die äußeren und inneren Feinde herunter.**" Der Saal war „schwarzweißrot" geschmückt, die **Reichswehrkapelle unter Leitung des Obermusikmeisters Gottschalk bestritt den musikalischen** Teil.

Am Dienstag, den 20. Januar, fand in Kiel eine Reichsgründungsfeier des „Kieler Jugendkorps" statt, zu der alle befreundeten Bünde eingeladen waren. Unter den **Klängen der Reichswehrkapelle** marschierten 27 Fahnen in allen möglichen Farben (es fehlten selbstverständlich die der Deutschen Republik), darunter die des Stahlhelms, Jungdeutschen Ordens usw., ein. Die Festrede hielt Oberst a. D. Langemak, in der Gegend von Reinfeld in Holstein als Führer des Stahlhelms bekannt. Aus der Rede einige Sätze: „Nur in Wehr und Waffen ist das Leben lebenswert." (Auf Grund dieses Wahlspruchs war er wohl auch in Reinfeld in einer Versammlung des Reichsbanners mit einem Totschläger bewaffnet erschienen.) **„Jagt die Franzosen übern Rhein, damit wir ein neues Versailles diktieren können." „Die wahre Jugend, der echte Deutsche sprechen nicht von Freiheit und Rechten der Menschheit."**

In der Annahme, daß das, was den Gegnern der Republik recht ist, den Anhängern derselben zumindest billig wäre, wandte sich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an die Küstenwehrkapelle Kiel, mit dem Ersuchen, sich bei der Gründungsfeier des Reichsbanners zur Verfügung zu stellen. Die Antwort lautete: „Eine Beteiligung an den Veranstaltungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold kommt für Wehrmachtangehörige gem. § 36 des Wehrgesetzes grundsätzlich nicht in Frage. Weitere Anträge erübrigen sich daher."

Ueber Mangel an Kenntnis des Wehrgesetzes kann man sich bei der Reichswehr in Schleswig-Holstein nicht beklagen. Aber es hat nach den vorliegenden Fällen den Anschein, daß man das Wehrgesetz nur kennt, wenn es sich um republikanische und verfassungstreue Verbände handelt, sonst müßte den Herren von der Wasserkante der Erlaß vom 14. Mai 1924 in Erinnerung sein, nach dem Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Werwolf und Vereinigte Vaterländische Verbände auf Grund ihrer Betätigung als politische Vereine im Sinne des § 36 des Wehrgesetzes anzusehen sind. Oder gilt dieser Erlaß nicht mehr, seit Geßler neben Schiele sitzt?

Die neuen Steuergesetze.

Starke Herabsetzung der Besitzsteuern.

Die Steuergesetze der Reichsregierung, über die wir bereits im Anschluß an die Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Reichstags berichtet haben, sind nunmehr dem Reichstag zugeleitet worden und liegen gedruckt vor. Es handelt sich dabei — und dessen ist sich das Reichsfinanzministerium bewußt —, um eine grundlegende Steuerreform, die die Finanzgebarung des Reiches auf eine neue Basis stellen soll. Man hat sich jedoch vorläufig darauf beschränkt, Einkommens- und Besitzsteuern sowie Kapitalverkehrssteuern umzugestalten. Von einer Senkung der Abänderung der Umsatzsteuer, die den Verbrauch der breiten Massen stark belastet, ist vorläufig nicht die Rede. Einzelne Verbrauchssteuern sollen sogar in nächster Zeit noch erhöht werden, so vor allem die Bier- und Tabaksteuer. Unerledigt ist auch die wichtige Frage des Finanzausgleiches, die voraussichtlich in der nächsten Woche vom Kabinett entschieden wird, so daß der Gesetzentwurf dazu Ende nächster Woche dem Reichsrat zugehen kann.

Die Neugestaltung der Steuergesetzgebung erstreckt sich auf folgende sieben Gesetzentwürfe.

1. Einkommensteuergesetz.
2. Körperschaftssteuergesetz.
3. Vermögens- und Erbschaftssteuergesetz.
4. Reichsbewertungsgesetz.
5. Novelle zum Verkehrssteuergesetz usw.
6. Gesetz zur Ueberleitung der Einkommens- und Körperschaftssteuer in das regelmäßige Veranlagungsverfahren (Steuerüberleitungsgesetz).
7. Gesetz über die gegenwärtigen Besteuerungsrechte von Reich, Ländern und Gemeinden.

Wie wir bereits berichteten, ist in dem Einkommensteuergesetz, das ein Kernstück der neuen Gesetze darstellt, der Wunsch nach sozialen Erleichterungen so gut wie gar nicht berücksichtigt, dagegen sind die Steuersätze für die großen Einkommen wesentlich herabgesetzt und die Berücksichtigung der Kinderzahl in einer Weise erfolgt, die in übertriebenem Maße die hohen Einkommen begünstigt. In der Körperschafts- und in der Kapitalverkehrssteuer sind die Sätze wesentlich herabgesetzt. Von großer Bedeutung ist das Reichsbewertungsgesetz, das endlich einmal einen einheitlichen Maßstab für die Bewertung des Vermögens bei allen Vermögenssteuern schaffen will. Das landwirtschaftliche und das gewerbliche Vermögen soll alljährlich von zwei besonderen Ausschüssen festgestellt werden, die sich aus einem Vertreter des Finanzamtes, einem Beamten des betreffenden Landes, sowie aus Vertretern der Gemeinden und aus Privatpersonen zusammensetzen sollen. Der Reichsfinanzminister stellt dafür unter Mitwirkung des Reichsrates, der Berufsorganisationen und Sachverständiger die Richtlinien für die Durchführung der Bewertung auf. Der Gesetzentwurf über die gegenseitige Besteuerung des Reiches, der Länder und der Gemeinden gibt den einzelnen Organen des Staates das Recht, insbesondere wirtschaftliche Betriebe der öffentlichen Hand zu den Steuern heranzuziehen, von denen bisher der größte Teil solcher Unternehmungen einer Steuerpflicht entbunden war. Das Gesetz hebt zugleich die Umsatzsteuerbefreiung des Reiches, der Länder und Gemeinden wegen ihrer Schlachthöfe, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke auf. Da außerdem diese öffentlichen wirtschaftlichen Betriebe der Körperschaftssteuer und der Vermögenssteuer unterzogen werden, ist hier mittelbar eine weitere Belastung des Massenkonsums zu erwarten. Denn es liegt nahe, daß die öffentlichen wirtschaftlichen Betriebe, die dadurch erwachsenden neuen Lasten durch Tariferhöhungen auf die Konsumenten abwälzen werden. Wie sehr diese Neuregelung von privatwirtschaftlichen Interessen diktiert ist, geht daraus hervor, daß man dabei den Grundsatz verfolgt hat, „gleiche Kalkulationsbedingungen für den wirtschaftlichen Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Unternehmungen zu schaffen". Eine Ausnahmestellung nimmt dabei die Reichsbahngesellschaft ein, die nach dem Gesetz vom 30. August 1924 nur zu solchen direkten Steuern herangezogen werden kann, denen das Unternehmen schon am 12. Februar 1924 unterlag. Daher können von ihr Staatssteuern vom Grundvermögen und die Hauszinssteuer nicht erhoben werden.

Soviel zunächst über die Gesetze, über die anläßlich der bevorstehenden parlamentarischen Debatten noch mehr zu sagen sein wird. Sie zeigen jedoch schon jetzt ganz deutlich die Tendenz der Steuerpolitik des Bürgerblocks, die auf einen Abbau der Besitzbelastung und eine Vermehrung der Konsumsteuern hinausläuft, und dabei an die Wünsche der Privatinteressenten weitgehende Konzessionen macht.

Schulreaktion am Werk.

Der Vorstoß gegen die Grundschule.

Im Kulturausschuß des Reichstages versuchten Deutschnationale und Deutsche Volkspartei mit heißem Bemühen, die vierjährige Grundschulpflicht in eine dreijährige für Begabte umzuwandeln, was Dr Runkel (DVpt.) eine „Veredelung der Grundschule" nannte. „Prinzipiell" wollen die Rechtsparteien an der Dauer der Grundschule nichts ändern, aber praktisch die Kinder der Wohlhabenden so rasch wie möglich loslösen aus der Gesellschaft der Proletenkinder, denn das ist der wahre Grund ihres Eifers, den „Begabten" angeblich zu rascherem Aufstieg zu verhelfen. Dr. Runkel produzierte sich als „Fanatiker der Volksschule", der für den begabten Volksschüler durchaus ein Schuljahr mehr in der höheren Schule gewinnen will.

Doch er mußte den Schmerz erleben, daß seine Regierungsfreunde vom Zentrum sich gar nicht für den deutschvolksparteilichen und deutschnationalen Antrag begeistern konnten, sondern in einen eigenen Antrag die Beibehaltung der Grundschule mit vier, der Mittelschule mit fünf, der höheren Schule mit neun Jahresklassen fordern und nur ganz außergewöhnlich leistungsfähigen Schülern ausnahmsweise eine Verkürzung des normalen Lehrganges in allen drei Schularten gestatten wollen. Im übrigen hält das Zentrum die Reform der Grundschule für nicht zeitgemäß, da Erfahrungen über ihre Tätigkeit und Leistung wie über Kinder und Lehrer seit Einführung der neuen Lernmethode noch gar nicht haben gesammelt werden können.

Orchester und Chor.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Für die Legende des Nazareners einen neuen Stil in der Musik zu finden, war wohl die Sehnsucht Gerhard v. Keußlers. Neu sollte wohl auch die Gesamttönung sein, die sich ein sehr gelehrter und könnerischer, dabei spekulativer Kopf für das Ohr der Jetztzeit zurechtgelegt hatte. Der Chor der Singakademie unter Georg Schumanns Leitung brachte das Werk zur Erstaufführung. Es ist kaum Schuld dieser Vereinigung, daß das künstlerische Resultat gering blieb. Die Aufgaben für den Chor sind weder dankbar noch reich noch abwechslungsvoll. Das Leben Jesu von seiner Geburt über die Bergpredigt, das Vaterunser, seine Wunder und Gleichnisse bis zum Einzug in Jerusalem, dem Verrat, der Gefangennahme und der Grablegung bietet einem Musiker so viel Stoff zu dramatischen Entladungen, daß man kaum verstehen kann, wie ein Kopf wie der poetischen und musikalischen Eigenart Keußlers fast nur im Choralischen, im breit ausladenden Rezitativ und in der geruhigten, wehen Stimmung sein Heil suchte. Wo ein wuchtiger Chor erwartet wird, steht entweder ein stiller Gesang oder das Orchester malt in monotonen Farben blaß und wenig eindrucksvoll die Aktion. An diesem Mangel an Dramatik und Bewegung scheitert die Wirkung des Werkes. Dabei sind Schönheiten unverkennbar; hierzu gehört z. B. das Respondieren des Vaterunsers und der kühn gebaute Schlußchoral des 1. Teils. Die Jesuspartie einem Tenor in den Mund zu legen, war nicht sehr geschickt. Aber Herr Graarud sang so, als sei er ein Bariton, konnte allerdings seinerseits die Eintönigkeit nicht bannen.

Eine Sinfonie B-Dur von Richard Wetz dirigierte Peter Raabe. Die langsame Einleitung und das Allegro interessierten durch Kraft der Gestaltung und formale Sicherheit, auch wenn die Bruckner-Farben keinen Augenblick aufgegeben wurden. Auch der Schlußsatz kann trotz blasser Erfindung noch als echte Musik gelten. Gefährlich, weil endlos und ohne sinnliche Pracht, mühevoll gearbeitet und kaum tief empfunden ist das Adagio, und die Banalität stört das angeblich humorvolle Scherzo unerträglich. Wetz hat Besseres geschrieben, und die Sinfonie bedürfte, um nicht einmalig aufgeführt zu bleiben, großer Striche und völliger Umarbeitung der Mitte. Diese Synthese aus Bruckner, Brahms, Wagner und Oberfläche ist zur Unfruchtbarkeit verdammt.

Bruckners größtes Werk, die 9. Sinfonie, stellte Georg Szell mit eindringlichen Strichen, durch effektloses Musizieren grade am besten wirkend, vor unser Ohr. Eine gewisse Krampfigkeit, die ihm und dem Orchester vorher anhafteten, verlor sich hier. Severin Eisenberger spielte das C-Moll-Konzert Mozarts duftig und empfindungsstark.

Franz v. Höfflin, in Berlin kein Unbekannter, brachte das ehemalige Hoforchester Dessau zu uns und um für Kaminski zu werben. Das Orchester machte in der Singakademie keinen sehr vornehmen Eindruck, was wohl an der Unmöglichkeit lag, den Klang raumentsprechend zu differenzieren. Besonders das Blech klang laut und vordringend. Das Concerto grosso von Kaminski sowie der Hymnus sind Werke eines sehr eigenartigen, doch auch sturillen Musikers, der die Sehnsucht nach Bach mit einem sehr modernen Klangempfinden zu paaren weiß, dabei aber die Stile des Oratoriums, der Sinfonie, des Konzerts und leider auch des Theaters so stark durcheinandermischt, daß nicht der Eindruck irgendwelcher Abgeklärtheit zustande kommt. Es scheint, daß das Gesangliche überhaupt nicht in die Möglichkeitsgrenzen moderner linearer Kompositionen hineinpaßt. Das Vokale klingt besonders utriert und nicht aus Not des Musizierens geboren. So lange das aber ist, wird moderne Musik kurzlebig sein.

Der Gesang leidet nicht nur im Konzertsaal, sondern leider auch im Theater. Es ist von einem hoffentlich vorübergehenden Stumpfwerden des auch im Spiel erstarrenden Richard Tauber zu berichten, von einer schwerfälligen, im Spiel ganz unausgeglichenen Violetta der Frau Strozzi, und es ist zu wünschen, daß diese Gesamtaufführung der „Traviata" in der Staatsoper allmählich von der Vorherrschaft der Kostüme zur Vorherrschaft der Musik zugeschnitten wird. Damit sind natürlich nicht die Zuschneider der Kleiderindustrie gemeint.

In Heinrich Rehkemper wächst ein Sänger von schönstem, männlichstem und fesselndstem Typus heran. Seine Stimme ist ungewöhnlich schön und glanzvoll, seine Art, zu deklamieren und zu phrasieren nicht minder. Leider singt er von Noten, verdirbt die Texte, hat für die Innigkeit und Beseeltheit der Beethovenschen Lieder „An die ferne Geliebte" wenig Sinn und wird erst innerlich frei bei Schubert. Raucheisen assistierte ihm mit seltener, selbst bei ihm seltener Einfühlung. Bei Maria Baska wurde er schon kühler, wenn auch koketter und persönlicher. Die Stimme dieser Frau ist noch nicht frei von Schlacken und Sünden der Detonation. Aber Wärme geht von ihr aus und eine besondere Geistigkeit, die z. B. Julius Bittners chinesische Lieder als stärker erscheinen ließen, als sie in ihrer anmutigen Oberflächlichkeit wohl sind. Höchst erfreulich die musikalische Interpretation moderner Lieder durch Egon Siegmund, den Lulu Mysz-Gmeiner, immer noch und immer wieder auf der Höhe ihres Könnens stehend, freundlichst im Konzert einführte. Käthe Heinemann hat nicht ganz gehalten, was sie als junges Mädchen versprach. Der Vortrag der Chopinschen B-Moll-Sonate ließ viel an Ausdruck und Wärme, manches auch an tonlichen Qualitäten vermissen. Es ist anzunehmen, daß ein besonders schlechter Flügel sie irritierte.

Ein sog. Hebräisches Konzert veranstaltete Kapellmeister Albert Kellermann unter Mitwirkung von Leo Gollanin, Frida Wolff, Alfred Wittenberg und Artur Zepke. Ein kleiner Chor tat seine Schuldigkeit, und die Bearbeitung alter jüdischer Melodien durch Kellermann wirkte durch die Echtheit der Nachempfindung und Stimmungsfärbung eindringlich. Eine gewisse Monotonie stellte sich aber bald heraus, besonders da Leo Gollanin nicht genug Nüancen der Darstellung und des Tones hat, um über den Kreis einer kirchlichen Leistung hinaus zu fesseln. Das anwesende Publikum verfolgte die ihnen geläufigen und auf ein künstlerisches Niveau gehobenen Melodien alter Herkunft mit großen Sympathien, doch nicht mit der erforderlichen äußeren Ruhe.

Angenehme Aussichten. Der Chef des chemischen Dienstes in der Armee der Vereinigten Staaten, General Amos S. Fries, erklärte in dem „Komitee für Luftfahrzeuge" des Parlaments, daß die neuen Giftgase in einem zukünftigen Kriege 50 mal tödlicher wirken würden als das im Weltkriege zur Anwendung gekommene Gas.

Ein neues Naturschutzgebiet bei Münster. Ein vorbildliches Vogel- und Naturschutzgelände ist, wie in den „Heimatblättern der Roten Erde" mitgeteilt wird, nördlich von der Stadt Münster geschaffen worden. Hier dehnten sich bis vor einigen Jahrzehnten weite Heideflächen aus, die Kör- und die Gelmerheide. Nachdem der Dortmund-Emshafen-Kanal durch dies Gebiet hindurch geführt war, erwarb die Stadt Münster den größten Teil der Heideflächen und verwandelte ihn in Ackerland oder Rieselfelder. Einsichtige Natur- und Heimatfreunde, die erkannten, wie wertvolle Schätze der heimischen Tier- und Pflanzenwelt dadurch der Vernichtung anheimzufallen drohten, gründeten einen Vogel- und Naturschutzverein, und die Stadt Münster stellte ihnen zunächst ein Gelände von 88 Morgen zur Anlegung eines Vogelschutzparkes zur Verfügung. In den letzten Jahren wurde ein weiterer Teil der Heide, der sog. „Huronensee", dessen romantische, für die Indianerspiele der Jugend günstige Wildnis zu diesem Namen Anlaß gegeben hatte, der Obhut des Vereins anvertraut, da er eine an vielen Arten reiche eigene Tier- und Pflanzenwelt birgt. Auch ein weiteres Vogelschutzgehölz für Freibrüter wird angelegt, um eine Musterstation für Vogelschutz in der Provinz Westfalen zu schaffen.

„Amerika, du hast es besser!" Aus dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten kommt erfreuliche Botschaft für alle, die das Heil auf dieser Welt und die Seligkeit im Jenseits vom vollen Geldbeutel erwarten. Der findige Yankee verspricht ein ägyptisches Königsgrab und die standesgemäße Unsterblichkeit aller Zahlungsfähigen. Im Friedhof New Jersey bei New York wird nach dem Vorbild der römisch-ägyptischen Mausoleen ein herrliches Totengebäude errichtet, in dem der honorige Bürger seinen Leichnam für Zeit und Ewigkeit konservieren kann. Der Körper wird nicht verbrannt, er vermodert ganz kunstgerecht, nach allen Vorschriften der Wissenschaft. Zwar wird nicht jeder Bürger des himmlischen Freiheitslandes des Glücks teilhaftig werden; denn die Profitrate des Unternehmers darf nicht verringert werden und die Kosten für die Erbauung „des feinsten und prächtigsten Totengebäudes der ganzen Welt" — wie es offiziell heißt — waren nicht gering. Sie betrugen ungefähr drei Millionen Dollar. Dafür wird auch den glücklichen Bewohnern eine Unsterblichkeit garantiert, die der Lenins und Tut-ank-Amons durchaus ebenbürtig ist. Nun sind Feuerbestattung und pompöses Familiengrab überflüssig geworden. Der bessere Amerikaner wird nur mehr im Mausoleum der Auferstehung harren. Welch düsteres Los harrt aber der Unseligen, die nicht rechtzeitig sich einen Platz im „feinsten Totengebäude der Welt" reservieren ließen. Jetzt erst wird des armen Heine Wort verständlich und populär werden: „Wenn du aber gar nichts hast, ach so lasse dich begraben". Nur wird der Nachsatz zeitgemäß lauten müssen: „Denn ein Recht fürs Mausoleum, Lump, haben nur, die etwas haben".

Gret Palucca veranstaltet am 3. und 5. März zwei Tanzabende im Blüthner-Saal.

Museumsführungen. Sonntag, den 22., vormittags 10 Uhr, finden wissenschaftliche Führungen durch Direktorialbeamte im Kaiser-Friedrich-Museum (Deutsche Kunst des Mittelalters) — Dr. Bange — und im Museum Prinz-Albrecht-Straße 7 (Ostasiatische Kunst) — Direktor Kümmel — statt. Zutrittskarten zu 50 Pf. sind vor Beginn am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Die Eröffnung des Deutschen Museums in München ist für den 7. Mai in Aussicht genommen.

Der Vertreter der Demokraten, Dr. Könneburg, sieht in dem heutigen Vorgehen der beiden Rechtsparteien nichts anderes als das Bestreben, an die Stelle der bestehenden vierjährigen Grundschule wieder eine Standesschule zu setzen im Interesse all jener Eltern, deren Kinder früher die Vorschule besuchten, und stellt fest, wie schwierig die Begabtenauslese bei Zehnjährigen sei, bei Neunjährigen sei sie fast unmöglich. Könneburg erinnert Dr. Runkel daran, daß sein Parteifreund Dr. Boelitz, Kultusminister von Preußen, sich gegen jede Verkürzung der Grundschule als „verschleierte Vorschule" ausgesprochen habe.

Die Vertreter der Sozialdemokratie, Schreck, Löwenstein, Pfülf, deckten die wahren Absichten dieser „Freunde der Volksschüler" auf. Sie wiesen nach, daß die Motive für die Anträge auf Differenzierung der Grundschule teils in jener Elternschaft ihren Ursprung haben, die grundsätzlich Gegner eines demokratischen Schulsystems sind und es als eine ungeheuerliche Zumutung empfinden, daß ihre Kinder mit Arbeiterkindern zusammen auf einer Bank sitzen. Hinzu kommt der Ehrgeiz vieler Eltern, die durch Nachhilfestunden und fortwährendes Antreiben ihre Kinder zu Leistungen anreizen, denen sie weder körperlich noch geistig gewachsen sind, ganz im Gegensatz zu dem Kinde selbst, das Ruhe braucht zu einer gesunden Entwicklung.

Genosse Löwenstein zeigt den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, wohin es führt, wenn die bestehenden Schulgesetze geändert werden sollen, bevor Erfahrungen über ihre Auswirkung gesammelt sind, und er fragt Dr. Runkel, was dieser zu dem Antrage seiner Parteifreunde im Thüringer Landtag sage, die den Schulanfang schon auf das fünfte Jahr festsetzen wollen. Dr. Runkel ruft empört dazwischen, er sei für das siebente Jahr!

Löwenstein wandte sich auch gegen den Antrag des Zentrums, weil in ihm keinerlei Sicherungen vorhanden sind gegen Torheit der Eltern, Drillsystem, und der außerdem die Frage offen lasse, wem denn nun die Entscheidung, ob ein Kind hochbegabt sei, anvertraut werden soll. Auch Genosse Schreck verwies ausführlich auf die sozialen Schäden und lehnte die Durchbrechung der vierjährigen Grundschulpflicht grundsätzlich ab.

Staatssekretär Schulz gibt zu dem Antrage des Zentrums die Erklärung ab, daß bei seiner Annahme finanzielle Rückwirkungen zu erwarten seien, und daß die Reichsregierung sich deshalb zunächst mit den Unterrichtsverwaltungen der Länder in Verbindung setzen werde.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Mumm (Dnat.), bemühte sich, die Abstimmung über den Antrag der Rechtsparteien zu erzwingen, weil die Herren durchaus schon zu Ostern die vierjährige Grundschule durchbrochen sehen wollten. Dieses Vorhaben mißlang! Alle übrigen Parteien hielten die Frage für noch nicht genügend geklärt und waren der Meinung, daß man den Lehrgang der höheren Schulen mit in die Diskussion über die Grundschule hineinbeziehen müsse.

Der Deutsche Lehrerverein und viele anderen Organisationen haben Eingaben an den Reichstag gerichtet, in denen sie sich gegen die Aufhebung der vierjährigen Grundschule aussprechen. Gestützt auf diese Erfahrungen wird die Sozialdemokratie alles tun, was in ihrer Macht steht, die vierjährige Grundschule zu erhalten.

Marx vor dem Landtag.

Vertrauensantrag der Regierungsparteien.

Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten haben im Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag billigt die Regierungserklärung und spricht dem Staatsministerium das Vertrauen aus."

„Geradezu naiv".

Die „Kölnische Volkszeitung" über die Denkschrift.

Köln, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierungsdenkschrift über die Ruhrgeldentschädigung wird in der westdeutschen Zentrumspresse scharf kritisiert. Die „Kölnische Volkszeitung" bezeichnet die Denkschrift als durchaus unbefriedigend und äußerst oberflächlich. Die angeblichen Opfer, welche die Ruhrindustriellen im Ruhrkampf gebracht hätten, seien in Wirklichkeit nichts anderes als gutbezahlte Leistungen gewesen. Die Oberflächlichkeit der Beweisführung der Denkschrift sei durch Verlegenheit begründet. Einzelne Ausführungen in der Denkschrift nennt die „Köln. Volksztg." geradezu naiv. Je mehr man auf den Inhalt der Denkschrift eingehe, um so mehr Fragen tauchten auf, die ungeklärt blieben. Auch enthalte die Denkschrift Widersprüche, die man von dem zuständigen Ressortminister als weitblickenden Finanzpolitiker nicht hätte erwarten dürfen. Das Blatt tadelt besonders, daß vor allem die große Frage offen bleibe, welche Berechnung den Entschädigungszahlungen zugrunde gelegt worden sei. Wörtlich fährt das Blatt dann fort: „An einer Stelle ist davon die Rede, daß die Reichsregierung die Lage des Ruhrbergbaues eingehend geprüft und auf Grund des Ergebnisses die durchgreifende Stützungsaktion beschlossen habe. Diese allgemein gehaltene Wendung kann natürlich in Anbetracht der ungeheuren Summe durchaus nicht befriedigen. Entweder ist zu fordern, daß genauere Einzelheiten über die angestellten Ermittlungen und ihr Ergebnis veröffentlicht oder, soweit dies als untunlich erscheint, einem Gremium wirklicher Sachverständiger vorgelegt werde, wobei insbesondere noch genauer zu untersuchen sein wird, ob alle die Vorgänge bei der Schadenermittlung gebührende Berücksichtigung gefunden haben, aus denen die Schwerindustrie des Ruhrgebiets während des Ruhrkampfes und in der Folgezeit Nutzen gezogen hat."

„Ein wahrer Hohn".

Das Ausland zum Ruhrskandal.

Genf, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Unter der Ueberschrift „Korruption der Patrioten" beschäftigt sich die „Basler Nationalzeitung" mit dem Ruhrskandal, der in der Schweiz einen überaus peinlichen Eindruck hervorgerufen hat. Das Blatt schreibt: „Die Ruhrentschädigung ist ein Frevel an der Volksgesamtheit. Unermeßliche Geschenke wurden jenen Ueberpatrioten als wohlhonorierte Kampfprämien ausgehändigt, Kriegsgewinne, Inflationsgewinne, Resistenzgewinne, großzügige Abfindungen. Stresemann sorgt für die Seinen. Wie lächerlich wirkt daneben das Korruptionsgeschrei über die paar Schächer, die von Barmat und anderen Schiebern kleine Gefälligkeiten erhielten. Man leuchte lieber in das Ruhrdunkel und die Milliardenbesitze von Stinnes hinein. Alles Geschrei der mit Korruptionsgeld der Patrioten gekauften Zeitungen wird die politische Verantwortung der Reichsregierung für diese Schiebungen nicht verschleiern. Tatsächlich hat Stresemann in seiner zugleich präpotenten und intrigierenden Art die ganze Sache geordnet. Wenn jetzt vom Reichstag Indemnität gefordert wird, ist es ein wahrer Hohn. Die Profiteure der Resistenz haben längst ihr Geld erhalten, haben die Reichsgeschenke, mit denen Cuno und Stresemann sie überhäuften, dazu verwendet, um nach Finanzierung der „Vaterländischen" und nach Pressevertrustung die volle politische Herrschaft sich zu sichern. Aus der Not der breiten Massen und dem Bankerott der Reichen wuchs der gewaltigste Dumping, den die Welt je gesehen."

Ungarische Mörder.

Fünf Jahre nach dem Somogyi-Bacsó-Mord.

Aus der ungarischen Sozialdemokratie wird uns geschrieben:

Am 18. Februar d. J. war die fünfte Jahreswende jenes grauenhaften Mordes, dem Béla Somogyi, Redakteur des ungarischen sozialdemokratischen Zentralorgans „Népszava" und Béla Bacsó, der junge Proletarierdichter, zum Opfer fielen. Mitglieder der von Nikolaus Horthy organisierten Offizier-Detachements hatten beide verschleppt, ausgeplündert und grausam ermordet. Die Verschleppung dieser Märtyrer der Sozialdemokratie konnte in einer belebten Straße gegen 9 Uhr abends geschehen, denn es war gang und gebe, daß Offiziere auf den Straßen Bürger festnahmen und verschleppten. Wer wollte die schwer bewaffneten Banditen hindern? So packten sechs Offiziersschurken die nebeneinander gehenden Journalisten, warfen sie ins Auto und fort ging's auf den Todesweg.

Schutzleute, Finanzwachen wollten das Auto öfter aufhalten, die Offiziere legitimierten sich aber immer als militärische Untersuchungsorgane des Oberbefehls, die Polizisten und Finanzwachen ließen die Mörder mit ihren Opfern salutierend weiter.

Die Redaktion des „Népszava" meldete das Verschwinden ihres Redakteurs und dessen Assistenten anderen Tags der Polizei, die Zensur ließ jedoch die Nachricht in den Blättern nicht erscheinen. Am dritten Tage fand man an der Grenze eines kleinen Dorfes an der Donau eine Leiche. Das Auftauchen solcher Leichen war zu jener Zeit in den Dörfern der Budapester Umgebung eine alltägliche Sache. Die Mitarbeiter der „Népszava" hatten im geheimen Nachforschungen auf eigene Faust unternommen und erkannten in der Leiche ihren Führer Béla Somogyi. Seine Hände waren zusammengebunden und gebrochen, am Kopf sechs tiefe Wunden, das linke Auge ausgestochen, am Hals Würgespuren, die Nase eingeschlagen, die Beine festgeschnallt. So lag er am Ufer der Donau. Brieftasche, goldene Taschenuhr usw. fehlten.

Die Zensur ließ keine Nachricht erscheinen, aus welcher man auf die Person der Täter schließen konnte.

Zwei Tage später gelang es, die Leiche des jungverheirateten Béla Bacsó aufzufinden: den Kopf durch Schüsse zertrümmert, die Glieder zerbrochen, den ganzen Körper voll tiefer Wunden — so hatten ihn die Mörder ins Wasser geschleudert.

Eine Menge von Zeugen meldete sich, die das große graue Militärauto A III 36 öfter an der Arbeiterdruckerei hatten lauern gesehen; nach der Nummer war es ein Auto der Östenburg-Gruppe des Oberbefehls und die Polizei übergab die Untersuchung den Militärbehörden...

Die gesamte Zivilbevölkerung der Hauptstadt nahm an der Bestattung der Ermordeten Teil. Dem Trauerweg entlang standen Offizier-Detachements mit Maschinengewehren, und es war für die Arbeiterführer schwer, bei den unausgesetzten Provokationen der Offiziere die Massen im Zaum zu halten.

Beileidstelegramme aus aller Welt wurden verstümmelt und verspätet von der Zensur zugestellt. Der Ministerpräsident weinte im Parlament Krokodilstränen über die Schandtat, verurteilte sie auch im Namen des Oberbefehlshabers in schärfsten Worten und versicherte, daß „die Mörder ihrer gebührender Strafe nicht entgehen werden".

Seitdem sind fünf Jahre verflossen, ohne irgendein offizielles Ergebnis. Die militärische Untersuchung begnügte sich mit falschen Alibiausweisen, erklärte, daß man kein positives Resultat erzielen könne, und die Akten liegen heute noch unerledigt.

„Népszava" berichtet jetzt anläßlich der fünften Jahreswende, daß zwei der Mörder inzwischen gestorben sind, einer verrückt geworden ist, ein anderer sich erschossen hat. Dagegen laufen noch heute frei herum und erfreuen sich eines neuerworbenen Vermögens der Oberleutnant Desider Bibó, die Leutnats Ladislaus Megay und Emil Kovarcz, denn wollte man sie festnehmen, so würden sie sich auf den Anstifter berufen, und dieser hält heute eine riesige Macht in den Händen. Laut „Népszava" wurde die Ermordung Béla Somogyis im festlich geschmückten Speisesaal des Hotels Gellért am 14. Februar beschlossen, wo man darüber sprach, was für „infame" Artikel Béla Somogyi der Zensur vorlege. Die Offiziere besprachen eifrig, was man mit Somogyi anfangen soll, als der präsidierende Horthy erklärte: „Zugreifen und nicht reden muß man".

Die jungen Offiziere leerten ihre Gläser, bekamen vom Kriegsministerium ein Auto, und nach zwei Tagen war der Doppelmord vollbracht. Am Tag der Bestattung fand im Speisesaal des „Hotel Palace" ein großes Diner statt, wo die Mörder gefeiert wurden. Etwa sechs Monate nach diesem Mord wurde der damalige Minister des Innern, Edmund Benitzky, im Parlament beschuldigt, daß er den Mord von Somogyi und Bacsó verheimlichen wolle. Darauf erklärte Benitzky, daß die Polizei die Täter erforscht, die Sachlage völlig aufgedeckt hat und die Akten der Militärbehörde übergab. Er als Minister sei daher nicht dafür verantwortlich, daß die Militärbehörde die Sache totschwieg. Infolge heftiger Vorwürfe unserer Genossen hat die Polizei jetzt endlich, nach drei Jahren, den gewesenen Minister Edmund Benitzky aufgefordert, seine Informationen über die Personen der Mörder und die Einzelheiten der ganzen Sache mitzuteilen. Der gewesene Minister erklärte, er sei gern dazu bereit, wenn man ihn von der Amtsverschwiegenheit entbindet.

Ein Jahr ist bereits verflossen, daß diese Aufforderung geschah, aber die Regierung des Grafen Stephan Bethlen hat Benitzky von der Amtsverschwiegenheit noch immer nicht enthoben.

Die Raubmörder laufen auch weiter frei und ungestraft herum.

Mörderstrafe: 30 Tage Zimmerarrest!

Budapest, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische „Nepszava" veröffentlicht einen Erlaß, den der Auditor des Budapester Militärkommandos am 5. Juni 1920 herausgegeben hat und auf Grund dessen die beiden Mörder der Genossen Somogyi und Bacso, die Oberleutnants Kowarcz und Megay, seinerzeit zu je 30 Tagen Zimmerarrest verurteilt wurden. Das war die ganze Strafe, mit der die beiden Offiziere ihre Mordtat büßten.

Der Kampf um den Mieterschutz.

Wien, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Sonderausschuß des Nationalrats zur Beratung des von den Christlichsozialen beantragten Mietgesetzes sollte sich am Donnerstagnachmittag um 3 Uhr konstituieren. Gleich zu Beginn der Sitzung ergriff jedoch Genosse Austerlitz das Wort zur Geschäftsordnung und sprach bis abends 6½ Uhr, worauf die Sitzung nach einer kurzen Erklärung der Christlichsozialen auf unbestimmte Zeit vertagt wurde, ohne daß es überhaupt zur Konstituierung des Ausschusses gekommen war. Der Anschlag gegen den Mieterschutz ist damit wieder auf längere Zeit vereitelt.

Der Kominternbaum welkt. Abg. Bubnik teilte dem Präsidenten des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses mit, daß er aus der kommunistischen Partei austrete und unabhängiger Kommunist außerhalb der Fraktion bleibe.

300 Seiten Kontrollbericht!

Paris, 19. Februar. (WTB.) Havas meldet, daß der Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission einschließlich seiner zwölf Anlagen mehr als dreihundert Seiten umfasse. Er sei in Druck gegeben worden. Jeder in der Botschafterkonferenz vertretenen Macht seien bereits zwei Exemplare zugestellt worden. Die Botschafterkonferenz wird den Bericht erörtern, jedoch nicht vor ihrer nächsten auf Sonnabend, den 21. Februar, anberaumten Sitzung. Von einer interalliierten Konferenz in London sei im Augenblick nicht die Rede. Die Veröffentlichung des Berichts werde, wenn sie beschlossen werde, wahrscheinlich erst nach der Entscheidung der Alliierten erfolgen.

England und die Räumungsfrage.

Nichts Gewisses sagt man nicht.

London, 19. Februar. (WTB. Unterhaus.) Abgeordneter Lees Smith (Arb.) fragte den Ministerpräsidenten, ob die Räumung der Kölner Zone sofort nach Erfüllung der Bedingungen betreffend die Entwaffnung durch die deutsche Regierung stattfinden werde. Chamberlain antwortete: Die Lage ist durch den von der Presse veröffentlichten Notenwechsel zwischen den alliierten Regierungen und Deutschland vollständig aufgeklärt worden. Die alliierte Note vom 25. Januar schließt mit der Bemerkung, daß es Deutschlands Sache sei, seine vertragsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen und so die alliierten Regierungen in die Lage zu setzen, die Vergünstigungen (!) des Artikels 429 in der Zeitdauer der Besetzung zu gewähren. Die Punkte, die die Alliierten zu beobachten hatten, sind aufs genaueste wahrgenommen worden. Lees Smith fragte sodann: Wird angesichts der Tatsache, daß eine Erörterung stattgefunden hat darüber, was diese „Punkte" bedeuten, der Ministerpräsident bekanntgeben, ob sie nach seiner Ansicht bedeuten, daß die Fünfjahrfrist begonnen habe und daß, wenn die Entwaffnungsbestimmungen durch Deutschland erfüllt sind, geräumt wird? Chamberlain erwiderte: Ich denke, es liegen augenscheinlich Nachteile und vielleicht Gefahren darin, wenn ich zu einer Alliiertennote einen Kommentar gebe. Ich habe den Wortlaut der Note gelesen, der mir klar zu sein scheint. Abgeordneter Wedgwood Benn (lib.) fragte, ob die Absicht der Alliierten sei, der deutschen Regierung genau mitzuteilen in welchen Punkten sie noch in Verzug sei. Chamberlain antwortete: Vielleicht würde, ehe er eine weitere Erklärung abgebe, Benn ihm gestatten, erst einen Gedankenaustausch mit den Alliierten nach Erhalt der Information, die ihnen binnen kurzem zugehen würde, zu pflegen.

Abg. Oberst Wedgwood (Arb.) fragte, ob die deutsche Regierung auf sofortige Räumung der Kölner Zone rechnen könnte, wenn sie sich dem britischen Standpunkt zur Entwaffnung anschlösse, oder ob die britische Regierung meinen würde, daß die Versailler Bestimmungen ein weiteres Hinausschieben der Räumung rechtfertigten. Chamberlain antwortete: Nicht die britische Regierung allein, sondern die alliierten Regierungen haben darüber zu entscheiden.

Heftige Auseinandersetzungen in Genf.

Wegen der Kontrolle der privaten Rüstungsindustrie.

Genf, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die vom Völkerbundsrat eingesetzte Koordinationskommission, die die Kontrollmöglichkeiten des privaten Waffenhandels prüfen sollte, ist nach dreitägigen Verhandlungen am Mittwoch abend mit einem vollen Mißerfolg zu Ende gegangen. Die englischen Regierungsvertreter forderten von Anfang an Vertagung mit der Begründung, daß die Vereinigten Staaten nicht vertreten seien und der Widerstand interessierter Mächte den Abschluß eines internationalen Abkommens unmöglich mache. Schließlich kam es zu einem Kompromißbeschluß, nämlich der Einsetzung einer Studienkommission, was einer Vertagung auf unbestimmte Zeit gleichkommt. Außerdem haben die technischen Berater kein Stimmrecht, sondern dürfen nur Vorschläge machen. Die Arbeitervertreter Jouhaux und Dudegeest haben gegen diese willkürliche Entscheidung beim Völkerbundsrat Protest eingelegt.

Da die Einberufung der internationalen Abrüstungskonferenz des Völkerbunds, die für Juni 1925 in Genf vorgesehen war, von der Ratifizierung des Genfer Protokolls abhängt, ist mit ihrer Einberufung für absehbare Zeit nicht zu rechnen.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Neue Instruktionen aus Berlin.

Paris, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die von der deutschen Handelsvertragsdelegation nach Empfang der letzten französischen Note in Berlin erbetenen Instruktionen sind am Mittwoch abend in Paris eingetroffen. Staatssekretär Trendelenburg hatte daraufhin am Donnerstag vormittag eine neue Unterredung mit dem französischen Handelsminister, die am Nachmittag fortgesetzt wurde. Ueber ihren Inhalt ist weder von deutscher noch von französischer Seite irgendeine Mitteilung gemacht worden. Wir glauben jedoch zu wissen, daß die deutsche Antwort auf die letzten französischen Vorschläge ablehnend ist und in den Gegenvorschlag mündet, die Verhandlungen bis zur Klärung der Lage, d. h. bis zur Durchführung der von Frankreich in Aussicht genommenen Revision seines Zolltarifes zu vertagen. Von deutscher Seite will man dafür den Ausdruck „freundschaftliche Unterbrechung der Verhandlungen" wählen. Das soll bedeuten, daß beide Länder während der Pause, die wenigstens einige Wochen dauern wird, auf die Anwendung von Kampfmaßnahmen verzichten. Die gesamte deutsche Delegation wird wahrscheinlich bereits am Freitag nach Berlin zurückkehren.

Schadenersatz für Lusitania-Opfer.

Washington, 19. Februar. (WTB.-Funkspruch.) Der Obmann der deutsch-amerikanischen Kommission gab als Entscheid dieser Kommission bekannt, Deutschland sei verpflichtet, die Schäden zu ersetzen, die in Amerika lebende Angehörige englischer Fahrgäste, die mit der „Lusitania" ertranken, erlitten haben. Die Kommission gibt weiter bekannt, daß die verschiedenen schiedsrichterlich anerkannten Forderungen amerikanischer Bürger 704 000 Dollar ausmachen.

Die Anti-Opiumkonferenz des Völkerbundes, auf der auch seine Nichtmitglieder, darunter Deutschland vertreten waren, ist nach monatelanger Dauer geschlossen. Positives hat sie nicht erreicht. Nordamerika und China sind längst grollend abgezogen. Aus der Schlußrede des Vorsitzenden Gahle-Dänemark erfährt man, daß — mehr als 2 Millionen Bogen Papier zu Dokumenten verbraucht worden sind . . .

Die Kaufleute Staub und Rabbinowitsch, die am 1. Januar in Untersuchungshaft genommen wurden, sind aus der Haft entlassen worden. Staub und Rabbinowitsch wird, wie eine Lokalkorrespondenz meldet, Kreditbetrug bzw. Mithilfe am Kreditbetrug gegenüber der Staatsbank und Betrug an Julius Barmat zur Last gelegt.

Gewerkschaftsbewegung

Ein Notschrei aus dunklem Schacht.

Zur Katastrophe auf „Minister Stein" schreibt uns ein Bergmann aus dem Ruhrrevier:

Solche riesigen Mengen Schlagwetter können sich ansammeln, weil nicht genügend frische Luft vor die Arbeitsstellen geführt wird. Die Ventilatoren, die die Luft in Blechröhren (Lutten) vor die Arbeitsstellen treiben sollen, sind zu schwach, und die Lutten sind meist in einem ganz verwahrlosten Zustande. Auch liegt viel daran, daß auf einem Werk verschiedene Arten von Lutten gebraucht werden. Weil die Lutten aber meist an den Enden zu viel verbogen sind, können sie nicht genügend verdichtet werden, so daß die zugeführte Luft ausströmen kann. Folglich kommt vor Ort (Betriebsstelle) nicht mehr genügend Luft hin. Der Betriebspunkt kann nicht mehr wetterrein gehalten werden. Nach und nach sammeln sich die Schlagwetter in solchen Mengen an, daß sie zu einer großen Gefahr werden, wenn vor einem solchen Betriebspunkt noch geschossen wird.

Die Lutten werden auch, sofern die Arbeit eingestellt wird, ausgebaut und der Ueberbau bleibt, ohne bewettert zu werden, offen stehen. In diesen Ueberhauen sammeln sich dann Schlagwetter oder Stickwetter an. Beide Arten können den Knappen gefährlich werden.

Oftmals wieder wird die Luft mehrere Male gebraucht. Kommen doch Fälle vor, daß die Luft von einer Sohle durch den Stappel zieht bis zur nächsthöheren Sohle, dann noch einmal von dieser Sohle in den höhergelegenen Stappel durchgeht, der über der Sohle steht. Die Luft geht also durch zwei übereinanderstehende Stappel, anstatt von dem untersten Stappel in einem besonderen Abzug abgeleitet zu werden. Käme in dem untersten Stappel eine Explosion vor, so würden ohne Zweifel die in dem obersten Stappel arbeitenden Arbeiter von den Nachschwaden erstickt werden.

Solches geschieht unter der Aufsicht der Bergpolizeibehörde. Es ist notwendig, das zu sagen, damit die Aufsichtsbehörde voll ihre Pflicht tut und rücksichtslos auf Abschaffung solcher großen Verfehlungen drängt. Sehr zu empfehlen wäre es, wenn die Aufsichtsbeamten in Gesellschaft der Betriebsräte ihre Befahrungen vornehmen würden, statt mit den Fahrsteigern oder noch höheren Beamten.

Der Arbeiter will Geld verdienen und riskiert dabei sein Leben. „Geht es gut! nun dann ist es gut. Wenn nicht, dann sind wir tot und brauchen uns nicht mehr zu ärgern." So denken viele Arbeiter. Melden sie dem Steiger, daß Wetter stehen, dann laufen sie Gefahr, vor eine andere Arbeit verlegt zu werden. Folglich schweigen sie und hoffen auf gut Glück. Wenn ein Querschlag in die Nähe eines Flözes getrieben ist, können öfter aus dem Gestein mit starkem Druck Gase ausströmen und zur Gefahr werden.

Diese Momente können auf „Minister Stein" mitgewirkt haben. Der Zeitpunkt, an dem das Unglück passiert ist, ist derjenige, an dem die Querschläger die Schüsse abtun. Wenn mich nicht alles trügt, so wird auch hier der oft, wenn nicht immer aufgetretene Bläser wieder eine große Rolle spielen. Oder Querschläger haben unerwartet ein Flöz angeschossen. Denn diese Momente haben bei jedem großen Unglück eine Rolle gespielt. Erfahrene Bergleute glauben an diesen Zauber nicht. Meist ist schuld, daß die Betriebspunkte nicht genügend bewettert werden und sich Schlagwetter ansammeln.

Augenblicklich bestehen Verhältnisse genau so, wie sie vor dem Streik 1889 waren. Schon seit langer Zeit wurden die Bergleute nicht so hundsföttisch behandelt wie augenblicklich. Eine Antreiberei herrscht augenblicklich, die nicht zu beschreiben ist. Unrecht über Unrecht ergeht über den Bergmann. Nirgends bekommt er recht. Berggewerbegerichte und Knappschaftsoberversicherungsämter fällen öfter Urteile, wo das Unrecht zum Himmel schreit. Folglich häuft sich eine Verzweiflung und Wut unter den Bergleuten auf, die, wenn sie einmal zum Durchbruch kommt, gefährlich werden kann.

Wir ersuchen die oberen Behörden, die Bergrevierämter mit Beamten zu besetzen, die für die Not der Knappen Gehör und Gefühl haben. Zu den jetzigen Beamten haben die Bergleute jegliches Vertrauen verloren. Würden die Zechengewaltigen durch die ungerechten Urteile vor den obengenannten Gerichten nicht noch bestärkt, dann könnte sich die Brutalität nicht so auswirken.

Wir stellen noch einmal die Forderung auf, die obengenanntn Gerichte so schnell wie möglich an Stelle der Berg- und Oberbergräte mit unparteiischen Vorsitzenden zu besetzen. Geschähe dieses, würde sich schon vieles ändern.

Was plant die Regierung gegen die Beamten?

Der kürzlich vom Haushaltsausschuß des Reichstages eingesetzte Ständige Unterausschuß, früher Sparausschuß genannt, wird sich in naher Zukunft mit den grundsätzlichen Beamtenfragen, die mit dem Etat unmittelbar zusammenhängen, eingehend beschäftigen. Da der Unterausschuß die Aufgabe hat, vertrauliche Fragen und Spezialfragen zu behandeln, wird die Oeffentlichkeit von den Verhandlungen nichts erfahren. Besonders ist die Beamtenschaft über die Geheimnistuerei beunruhigt. Und das um so mehr, als bisher auf Antrag einer Partei kein Beamtenvertreter in den Ständigen Unterausschuß gewählt worden war. Kürzlich erst ist der Unterausschuß durch den Abgeordneten Steinkopf (SPD.) und Schmidt-Stettin (Dnatl.) ergänzt worden.

Das Plenum des Reichstages hat die Anträge der Parteien, soweit sie mit der Besoldungsfrage zusammenhängen, zur Vorberatung an den 5. (Haushalts)ausschuß überwiesen, der sie voraussichtlich an den Unterausschuß 5 b weiter überweisen wird. Zu den überwiesenen Anträgen gehören auch die Anträge, die sich mit der Aufhebung des Besoldungssperrgesetzes befassen. Das Besoldungsgesetz läuft mit dem 31. März 1925 ab. Eine vorherige Aufhebung ist nicht zu erwarten. Es verlautet sogar, daß die Reichsregierung beabsichtigt, in einem besonderen Paragraphen des Finanzausgleichsgesetzes die Verlängerung des Sperrgesetzes um zwei Jahre zu verlangen. Da nicht anzunehmen ist, daß das Gesetz über den Finanzausgleich bis zum 1. April vom Plenum des Reichstages verabschiedet wird, wird in eingeweihten Kreisen angenommen, daß dem Reichstage erst 24 Stunden vor dem 31. März eine entsprechende Vorlage zur Aufrechterhaltung des Sperrgesetzes zugehen und versucht wird, unter stärksten politischen Druck die Vorlage durchzupeitschen. Es verlautet sogar, daß der Reichskanzler Dr. Luther und der Reichsfinanzminister v. Schlieben die Frage der Verlängerung des Sperrgesetzes zur Kabinettsfrage machen werden.

Herabsetzung der Erwerbslosenbeiträge.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist laut Beschluß des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes Preußen vom 16. Februar d. J. die zulässige Höchstgrenze der Erwerbslosenbeiträge mit Wirkung vom 1. März d. J. ab von 2 Proz. auf 1 Proz. des Grundlohnes mit der Maßgabe herabgesetzt worden, daß ¼ v. H. an die Landesausgleichskasse, ¼ v. H. an die zuständige Provinzialausgleichskasse abzuführen ist und der Rest von ½ v. H. für die Verwaltungsgemeinde der Arbeitsnachweise verbleibt.

Die Vorschrift, wonach die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsnachweise und der Landesarbeitsämter zur Herabsetzung des ihnen verbleibenden Beitragsteiles berechtigt sind, bleibt bestehen. Für den Monat März wird auf die Abführung der Beiträge für die Landesausgleichskasse verzichtet. Dieser Beitragsanteil darf jedoch für den Monat März weder durch den örtlichen Arbeitsnachweis noch durch die Provinzialausgleichskasse in Anspruch genommen werden.

Der Manteltarif der Buchdrucker angenommen.

Die über den neuen Manteltarif für das Buchdruckgewerbe vom Verband der deutschen Buchdrucker vorgenommene Urabstimmung hatte folgendes Ergebnis: von 56 566 gültigen Stimmen wurden abgegeben **für die Annahme des Tarifs 32156**, für Ablehnung 24410 Stimmen. Die Abstimmungsbeteiligung der Gesamtmitgliedschaft, unter Ausschluß der Mitglieder des Danziger und des Saargebiets, betrug 82 Proz. Der bereits am 31. Januar provisorisch in Kraft getretene Tarif ist damit gegenseitig angenommen.

„Revolutionäre" Betriebsrätearbeit.

In Nr. 7 des sogenannten „Freien Eisenbahner" behauptete der kommunistische Vorsitzende des Bezirksbetriebsrats der Reichsbahn, Schiemenz, die Beschuldigungen, daß er es als eine der vornehmsten Pflichten seines Amtes hält, mit Mänlein zu handeln, seien eitel Lüge. S. sei durch ein böses Betriebsratsmitglied des DEV. zu solch einem Handel „animiert" worden. Natürlich habe er dieses Ansinnen entrüstet zurückgewiesen.

Leider finden seine Beteuerungen nicht überall gläubige Ohren. Zu dem Mantelgeschäft stellen wir folgendes fest: 1. Der Handel mit den Mänteln geht durch die Hand des 1. Vorsitzenden des Bezirksbetriebsrats Franz Schiemenz. 2. Die Einziehung der Raten erfolgt auf dessen Anweisungen. 3. Der Zollbehörde gegenüber ist Schiemenz verantwortlich (möglich, daß die Sache jetzt unter dem Druck der Oeffentlichkeit geändert worden ist). 4. Sollten die Mäntel zum Teil im Amtszimmer des Bezirksbetriebsrats gelagert werden; erst auf Einspruch von Mieh unterblieb dieser Versuch. 5. Kein einziges Bezirksbetriebsratsmitglied vom DEV. hat jemals den Versuch unternommen, den armen Schiemenz zu einem Handel zu animieren.

Es kann ferner bewiesen werden, daß der fragliche Händler des öfteren bei Schiemenz erschienen ist, um die Geldfragen zu regeln, und daß letzterer auch den Verkauf der Mäntel mit außerhalb der Reichsbahn Beschäftigten regelt.

Eine weitere Tat, die jedenfalls zur Befreiung des Proletariats dienen soll, leistete sich der arme, von den bösen Reformisten verleumdete 1. Vorsitzende des Bezirksbetriebsrats, indem er einen Kleiderfabrikanten die Adressen sämtlicher örtlichen Betriebsräte abschreiben ließ, damit dieser Herr seine Produkte gegen Teilzahlung den Belegschaften anbieten könne. In den Prospekten wurden den Betriebsräten, welche auf die Belegschaften losgelassen werden sollten, sogar Prozente versprochen. Jedenfalls eine hervorragende Maßnahme, um den Kapitalismus niederzuringen. Fest steht, daß diesem Fabrikanten von den Kollegen, die eine bessere Meinung von Betriebsratspflichten haben als der Vorsitzende des Bezirksbetriebsrats Schiemenz, die Tür gewiesen wurde. Der besagte Fabrikant hat nun in seinem Prospekt auf seine Empfehlung durch den Bezirksbetriebsrat hingewiesen. So wie in diesem Fall die Adressen an Unberufene weitergegeben wurden, vermuten wir, daß sie auch zu Gelegenheiten Verwendung finden, die ebenfalls nichts mit Betriebsrätefragen zu tun haben.

In Nr. 41 der „Roten Fahne" veröffentlicht nun S. einen Brief an den Fabrikanten, um seine Unschuld zu beweisen. Dabei bemerkt er, daß es das Ansehen des Bezirksbetriebsrats erfordert, daß der Widerruf erfolgen muß. Die Erkenntnis kommt aber bei S. leider zu spät. Weil eben Erfolge den Kollegen nicht unterbreitet werden können, wird tüchtig auf den DEV. geschimpft, um die eigene Schande zu verdecken. Die Betriebsratswahlen sind nämlich vor der Tür, da müssen die alten Kampfmethoden wieder herhalten. Verleumdungen sind billig. Im Mai werden sicherlich diese Helden, wie es in den anderen Direktionen schon längst geschehen, auch in Berlin die Quittung erhalten.

Für den Straßenbahndienst untauglich.

Bei der Straßenbahn wurde im Mai v. J. ein Fahrer eingestellt, nachdem ihn der Vertrauensarzt Dr. Neuhold untersucht und dienstauglich befunden hatte. Im August wurde der Fahrer für kurze Zeit krank. Im Oktober war er infolge einer Magenkrankheit vier Wochen arbeitsunfähig. Am 24. Dezember erkrankte er an Muskelrheumatismus und wurde bis 20. Januar vom Kassenarzt behandelt. Daß die letzte Krankheit gerade am Weihnachtsheiligabend ausbrach, das sollte dem Fahrer zum Verhängnis werden. Straßenbahner, die sich am Weihnachtsheiligabend krank melden, stehen nämlich bei der Direktion in dem Verdacht, sich unter Vorgabe einer Krankheit dienstfreie Feiertage zu verschaffen. Diese Kranken werden also zum Vertrauensarzt geschickt, damit er feststelle, ob eine „Weihnachtskrankheit" vorliege. Auch unser Fahrer mußte den Vertrauensarzt Dr. Neuhold aufsuchen. Der stellte nach einer sehr oberflächlichen Untersuchung, die kaum mehr war als ein Blick auf den Kranken, ein „Gutachten" aus, welches mit dem Satz beginnt: „N. N. macht von vornherein den Eindruck eines Drückebergers". Weiter wird in dem „Gutachten" gesagt, der Fahrer sei zum Fahrdienst nicht geeignet. Das also bescheinigte derselbe Dr. Neuhold, der sieben Monate vorher den Fahrer untersucht und für diensttauglich befunden hatte.

Auf Grund dieses „Gutachtens" wurde der Fahrer gekündigt und entlassen. Der Arbeiterrat klagte für ihn beim Gewerbegericht auf Wiedereinstellung. Hier wurde dem Dr. Neuhold sein „Gutachten" vorgelegt und er gab zu, daß die Bemerkung, der Fahrer mache von vornherein den Eindruck eines Drückebergers, vielleicht eine Dummheit sei, die er nicht vertreten wolle. Das Gutachten sei ja nur für die Direktion, aber nicht für weitere Kreise bestimmt gewesen. Als der Kläger eingestellt wurde, habe die Straßenbahn einen größeren Bedarf an Fahrern gehabt und habe er den Kläger, obgleich er nicht besonders kräftig sei, noch für genügend tauglich gehalten. Das könne er aber nicht mehr, nachdem der Mann im Laufe von sieben Monaten dreimal krank geworden sei.

Demgegenüber bemerkte der Vertreter der Klage, Arbeiterratsvorsitzender Flieger, wenn der Fahrer nicht zufällig am Weihnachtsheiligabend krank geworden wäre, dann hätte man ihn nicht zum Vertrauensarzt geschickt, er würde noch heute als diensttauglich gelten und seinen Dienst als Fahrer versehen. Nach alledem könne man zu dem Gutachten des Vertrauensarztes kein unbedingtes Vertrauen haben.

Das Gericht verurteilte die Beklagte, den Fahrer weiter zu beschäftigen oder ihm eine Entschädigung von 105 M. zu zahlen. Die Urteilsbegründung sagt, die Entlassung sei eine unbillige Härte. Der Kläger sei bei seiner Einstellung als tauglich befunden. Die rheumatische Erkrankung habe er sich offenbar im Dienst der Straßenbahn zugezogen. Es könne nicht angenommen werden, daß er sich vom Dienst habe drücken wollen. Dr. Neuhold habe ja selbst zugegeben, daß die dahingehende Bemerkung in seinem Gutachten nicht ernst gemeint sei. Wenn der Gesundheitszustand des Klägers für den Dienst als Fahrer nicht mehr ausreichen sollte, dann ließe sich im Betriebe der Straßenbahn wohl eine andere Beschäftigung, sei es als Wagenwäscher oder dergleichen, für ihn finden, und wenn sich dann herausstellen sollte, daß er auch dieser Arbeit gesundheitlich nicht gewachsen sei, dann könnte seine Entlassung möglichenfalls begründet sein.

Ihrer Gepflogenheit entsprechend wird die Straßenbahn den Entlassenen nicht wieder einstellen, sondern ihn mit der Entschädigungssumme abfinden. Der Mann hat also seine Stellung verloren infolge eines vertrauensärztlichen „Gutachtens", dessen markantester Satz von Dr. Neuhold selbst als eine Dummheit anerkannt wird. Wir sagen, **ein Arzt, von dessen Urteil die Existenz eines Mannes, vielleicht einer Familie abhängt, darf solche „Dummheiten" nicht machen**, auch wenn er, wie Dr. Neuhold, erst 28. Lebensjahre zählt.

Ausbreitung der Transportarbeiter-Internationale.

Die fortwährende Ausbreitung der ITF. seit ihrer Wiedererrichtung im Jahre 1919 hat im Jahre 1924 mit 14 Neuanschlüssen im Vergleich zu den vorausgegangenen Jahren ihren Höhepunkt erreicht. Von den beigetretenen Organisationen sind 5 Eisenbahnerverbände mit zirka 80 000 Mitgliedern, 5 Transportarbeiterverbände (einschließlich des polnischen Straßenbahnerverbandes) mit zirka 20 000 Mitgliedern und 4 Seeleuteverbände mit zirka 60 000 Mitgliedern. Unter diesen Verbänden befinden sich die ersten Vertreter Britisch-Indiens und Niederländisch-Indiens (zwei Eisenbahnerverbände), Finnlands (Transportarbeiter), Brasiliens (Chauffeure, Fuhrleute usw.) und Australiens (Seeleute). Von den 5 Eisenbahnerorganisationen sind 3 Verbände der Eisenbahnangestellten (England, Norwegen und Niederländisch-Indien).

Im Jahre 1925 gingen bereits 3 Beitrittsgesuche ein, und zwar vom griechischen Eisenbahnerverband, in dem fast sämtliche Eisenbahner des Landes organisiert sind, vom italienischen Transportarbeiterverband (Lokaleisenbahnen, interkommunale Straßenbahnen, inländische Schiffahrtsunternehmungen usw.) und von der spanischen Stewardsorganisation in Vigo. Nach Zulassung dieser Organisationen beträgt die Gesamtzahl der bei der ITF. angeschlossenen Verbände 72.

Batab-Mitgliederversammlung der Metallindustrie heute, Freitag, abend 7½ Uhr im Nordischen Hof, Invalidenstr. 126. Tagesordnung u. a.: Wahl der Delegierten zur Generalversammlung der D.-B. Berlin.

Deutscher Holzarbeiterverband. Heute, Freitag, keine Sitzung der erweiterten Verwaltung und kein Kursus. Der nächste Kursusabend ist am 6. März.

Zentralverband der Angestellten, Jugendgruppe. Sonnabend abend 7½ Uhr in der Aula der Schule Aschenberger Str. 67—70, „Heiterer Märchenabend", verbunden mit musikalischen Darbietungen. Eintritt für Jugendliche 30 Pf., für Erwachsene 60 Pf. Die jugendlichen sowie die älteren Verbandsmitglieder sind nebst ihren Angehörigen zu der Veranstaltung freundlichst eingeladen.

Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverband. Achtung, Tapezierer! Heute abend 7 Uhr öffentliche Versammlung aller Tapezierer und Näherinnen im Gewerkschaftshaus, Saal 4. Die Tagesordnung: Lohn und Tariffragen muß Veranlassung sein für jeden, die Versammlung zu besuchen. — **Achtung, Kollegen!** Bei der Veranstaltung am Sonnabend ist ein goldener Manschettenknopf mit Bild verloren gegangen. Da ein Andenken in Frage kommt, das für den Finder keinen Wert hat, wird der Finder gebeten, den Knopf im Bureau, Engelufer 24—25, Zimmer 28, abzugeben.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ebkern; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

Kein Tanzkränzchen braucht
verschoben zu werden, wenn sich die Teilnehmer vorher, und auch für den Nachhauseweg in der nebeligen Nachtluft rechtzeitig mit Sanas echten Sodener Mineral-Pastillen versorgen; Erkältungen wären alsdann ausgeschlossen

MAGGIs Würze
ist einzig
in Qualität, Ausgiebigkeit und deshalb Billigkeit. Wenige Tropfen geben Suppen, Soßen, Gemüsen, Salaten usw. augenblicklich kräftigen Fleischgeschmack.
„MAGGIs gute, sparsame Küche"

Um das Beamtensperrgesetz.

Die Deutsche Volkspartei beweist ihre „beamtenfreundliche" Haltung.

Die gestern abgehaltene Stadtverordnetenversammlung genehmigte vor Eintritt in die Tagesordnung ohne Debatte zwei Vorlagen des Magistrats, von denen die eine 50 000 Mark für die Hinterbliebenen der Dortmunder Grubenkatastrophe vorsieht. Die andere Vorlage enthält die Beschlüsse des Magistrats und der Kunstdeputation, die die Weiterführung des Charlottenburger Opernhauses betreffen. Ein Antrag unseres Genossen Flatau, den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Beamtensperrgesetzes vorweg zu behandeln, wurde gegen den Widerspruch des volksparteilichen Herrn Caspari, der den Antrag als „Demonstration" bezeichnete, angenommen. Man kann den Beamten, die immer noch dieser „Volks"partei nachlaufen, diese Stellungnahme der Rathausfraktion nur zur gelegentlichen Beachtung empfehlen. Herr v. Eynern, der dann in der Debatte für die Deutsche Volkspartei sprach, redete sich ohne jede äußerliche Veranlassung so in Wut (der Berliner sagt: Pustete sich auf!), daß Genosse Flatau ihn als „entgleisten Parlamentsästheten" bezeichnete. Schallende, zustimmende Heiterkeit quittierte diese treffende Charakteristik. Der Antrag, der den Magistrat ersucht, bei den Behörden um Aufhebung des Sperrgesetzes vorstellig zu werden, wurde dann einstimmig angenommen. — Um 7 Uhr erfolgte die Abstimmung über das Statut für die Wohlfahrtspflege der Stadt Berlin. Die Abänderungsanträge aller Parteien wurden abgelehnt, das Statut in der Ausschußfassung angenommen. — Dann gab's eine dramatische Szene. Ein Stadtverordneter beschwerte sich gegen einen ihm in der vorigen Sitzung ungerechterweise erteilten Ordnungsruf; ein Zuruf an den berüchtigten Pastor Koch sollte die Veranlassung gewesen sein. Genosse Horlitz meldete sich als Zwischenrufer und wiederholte, daß er den Koch einen „Beschützer der Meineidigen von Magdeburg" genannt habe. Jetzt konnte der Vorsteher dem richtigen Mann den Ordnungsruf erteilen. Der so charakterisierte Gottesmann nahm den Vorwurf schweigend entgegen. — Wenn der Kommunist Dörr eine Anfrage begründet, dauert es immer seine Zeit. So ging's auch bei der Anfrage wegen einer Wohnungszuweisung an Kutisker im Jahre — 1919. Allerlei ausfällige Redensarten, Scherze, bei denen dann die ausgelöste Heiterkeit schmunzelnd entgegengenommen wird, — so „debattiert" Herr Dörr. Stadtrat Genosse Wutzki antwortete namens des Magistrats. Die Besprechung der Sache nahm die Stadtverordnetenversammlung lange Zeit in Anspruch, da Deutschnationale und Kommunisten sich bei der agitatorischen Ausbeute der Angelegenheit gegenseitig ablösten. Schließlich verlief die ganze Sache im Sande. Die üblichen kleinen Vorlagen, Anträge usw., alle debattelos erledigt, bildeten den Schluß der öffentlichen Sitzung.

•

Die Berliner Stadtverordneten befaßten sich zunächst mit einer Dringlichkeitsvorlage des Magistrats, die

die Sanierung bzw. Weiterführung des Deutschen Opernhauses

zum Zweck hat. Der Magistrat will das im Eigentum der Stadt befindliche Haus seiner ursprünglichen Bestimmung erhalten wissen, will es aber nicht verpachten, sondern den Betrieb einer Aktiengesellschaft übertragen, deren Aktien die Stadt übernimmt. Die Gründung der Gesellschaft dränge sehr. Die Versammlung wird ersucht, diesem Plane zuzustimmen; das Grundkapital soll auf 700 000 M. normiert werden; es soll ein jährlicher Bedürfniszuschuß von höchstens 300 000 M. geleistet und für die Abwicklung des Konkurses ein Betrag von 80 000 M. ausgeworfen werden. — Die Versammlung stimmte den Vorschlägen zu und trat darauf auch dem Beschluß des Magistrats bei,

für die Hinterbliebenen der bei der Grubenkatastrophe Verunglückten 50 000 M.

zu bewilligen. — Die Zeitungsberichte über die Berliner Gerichtsverhandlung, in der schwere hygienische Mißstände auf der Tuberkulosenstation des Krankenhauses Friedrichshain zur Sprache kamen, hat zu einer Anfrage der Demokraten Veranlassung gegeben. Auf Antrag des Genossen Flatau wurde nach kurzer Aussprache mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, unseren als Punkt 49 auf der Tagesordnung stehenden Antrag vom 12. Februar: „Den Magistrat zu ersuchen, unverzüglich bei den in Betracht kommenden Regierungsstellen

für die Aufhebung des Beamten-Sperrgesetzes

einzutreten", vorzuziehen und vorweg zu verhandeln. Dem Antrage auf Vorwegnahme hatte Dr. Caspari (DVp.) mit dem Hinweis widersprochen, daß ja das Gesetz am 31. März ohnehin außer Kraft trete und daß es der Sozialdemokratie wohl bloß um Agitation und Propaganda unter den Beamten zu tun sei. Lange (Z.) dagegen hielt gerade angesichts des bevorstehenden Ablaufs eine Stellungnahme der Stadtvertretung für durchaus angebracht, wobei ganz gleichgültig sei, von welcher Partei der Anstoß dazu gegeben werde. In der Beratung wies Genosse Flatau kurz auf die Verhandlung der Beamtenkundgebung vom letzten Sonntag im Großen Schauspielhause hin und betonte daneben, daß das Gesetz die Selbstverwaltung ausgeschaltet habe, und daß es sich um die Wiederherstellung dieses kommunalen Rechtes handle; endlich stellte er fest, daß die bezügliche Denkschrift des Reichsfinanzministeriums durch Gegendenkschriften der beiden großen Beamtenverbände Zeile für Zeile widerlegt und ihr eine Reihe tatsächlicher Irrtümer nachgewiesen worden ist. — Der Oberbürgermeister bemerkte, daß die Berliner Vertreter im Deutschen Städtetage sich von jeher gegen das Gesetz gewendet, auch gegen die erwähnte amtliche Denkschrift eine Gegendenkschrift verfaßt haben, die in diesen Tagen der Oeffentlichkeit übergeben wird. Inwieweit der grundsätzliche Standpunkt des Magistrats, daß das Gesetz möglichst bald beseitigt werde, vom Reichstag anerkannt werden wird, sei eine andere Frage. — In der weiteren Aussprache trat Goß (Komm.) für den baldigen Fall des Gesetzes und der Abbaugesetze ein, zugleich seinem Erstaunen Ausdruck gebend, daß eine so in Beamtenpropaganda machende Partei wie die Deutsche Volkspartei der Beratung widersprochen habe. Darauf hielt v. Eynern es für erforderlich, nochmals mit erheblicher Breite darzulegen, warum die Deutsche Volkspartei der Vorwegnahme entgegen gewesen sei. Die Fraktion habe sich mit dem Antrag der Sozialdemokraten noch gar nicht befassen können. Das Gesetz sei für Berlin bloß ein Hemmschuh; für die Provinz habe es seine Vorzüge. Eine so loddrige Denkschrift wie die des Reichsfinanzministeriums sei in älterer Zeit undenkbar gewesen.

Lange (Z.) wies die in den letzten Worten liegende Insinuation zurück; die betreffende Denkschrift stamme aus der Zeit, da Herr v. Schlieben Staatssekretär war, und der jetzige Reichsfinanzminister sei kein Mann der neuen Zeit sondern durchaus alte Schule. Die Aufhebung des Sperrgesetzes wie der Abbaugesetze sei notwendig; beides sei als der Verfassung zuwiderlaufend mindestens moralisch unzulässig gewesen. — Auch Dr. Steiniger (Dnat.), Flieth (Dem.) und Richard Kunze sprachen sich für den Antrag aus. Goß (Komm.) hielt Herrn v. Eynern entgegen, daß auch andere amtliche Denkschriften „loddrig" gearbeitet seien, so diejenige, die die Hingabe der den Ruhrindustriellen „in den Rachen geschmissenen" 715 Millionen zu rechtfertigen bestimmt sei, und Genosse Flatau zog aus dem Verlauf der Verhandlung den Schluß, daß die Umstellung der Tagesordnung der DVP. doch sehr unangenehm gewesen sein müsse, wenn es ihr gelang, einen „Parlamentsästheten" wie Herrn von Eynern so aus der Fassung zu bringen. Unter großer Heiterkeit der Versammlung wurde vom Vorsteher die einstimmige Annahme des Antrags konstatiert.

Die Anfrage unserer Genossen, wenn der Magistrat

das Krematorium in der Dieskeimeyerstraße

herstellen und in Betrieb zu setzen gedenke, wurde vom Genossen Klingler begründet und vom Genossen Stadtrat Ahrens beantwortet, der nur seiner persönlichen Anschauung Ausdruck geben konnte, da sich der Magistrat mit der Frage noch nicht beschäftigt hat. Im Jahre 1924 hätten 12 500 Verbrennungen stattgefunden und man sei mit den vorhandenen Krematorien zur Not ausgekommen; allerdings sei auch Tag und Nacht gearbeitet worden. Er würde geneigt sein, bei der Haushaltsberatung sich im Sinne der Anfrage einzusetzen. Eine längere Debatte entspann sich über die Magistratsvorlage wegen Uebernahme einer Bürgschaft von 100 000 Mark für die evangelische Gemeinde Deutschstämmiger aus Rußland. Diese aus Rußland Vertriebenen haben von der französisch-reformierten Gemeinde einen Teil des Kirchengrundstücks Klosterstr. 43 auf 20 Jahre gepachtet, um dort die Jugendpflege der Kolonie, eine Schulabteilung (realgymnasialen Charakters), eine Speiseanstalt, eine Flüchtlingsübernahme und als Bildungs- und Einnahmequelle eine literarische Bühne einzurichten. In der Ausschußberatung hat die Vorlage eine Mehrheit gefunden; in der zweiten Beratung im Plenum befürworteten Gäbel (Komm.) und Genosse Horlitz, der speziell die Leistungen der Goethebühne unter die kritische Lupe nahm, die Ablehnung der Bürgschaftsübernahme. Kämmerer Dr. Karding mußte zugeben, daß auch der Magistrat Anstand genommen haben würde, sich für das Unternehmen zu interessieren, hätte er die Entwicklung voraussehen können. Koch (Dnat.) dagegen erblickte in der Hilfeleistung für diese vertriebenen deutschen Brüder eine Ehrenpflicht der Stadt Berlin. Mit 106 gegen 96 Stimmen stimmte die Versammlung der Uebernahme der Bürgschaft zu. Ueber die Satzung der Wohlfahrtspflege der Stadt Berlin stand die Abstimmung noch aus. Alle Abänderungsanträge wurden abgelehnt, der gemeinsame der beiden Rechtsparteien und des Zentrums, welcher die Wahl der Vertreter der freien Wohlfahrtspflege durch die Versammlung aus den Ausschußbeschlüssen wieder beseitigen wollte, mit 110 gegen 92 Stimmen. Es verblieb durchweg bei der Ausschußfassung. Gegen einen Ordnungsruf, der ihm in der vorigen Sitzungen zu Unrecht erteilt worden ist, hat Stv. Wildegans (Soz.) schriftlich protestiert, da er schon eine halbe Stunde früher den Saal verlassen habe. Der Ordnungsruf war erteilt worden wegen eines den Stv. Koch beleidigenden Zurufs. Koch wollte wissen, wer denn nun den Zwischenruf getan habe. Genosse Horlitz meldete sich mit der Erklärung, er habe gerufen:

„Beschützer der Meineidigen von Magdeburg"

und halte diesen Zuruf aufrecht. Unter großem Hallo der Rechten wurde nun Horlitz zur Ordnung gerufen. Dann begründete Dörr (Komm.) unter den herkömmlichen Anwürfen gegen die Sozialdemokratie und unter Erwähnung auch der Barmat-Affäre die Anfrage, ob behördliche Stellen auf das Zentralwohnungsamt in der Wohnungszuweisungsangelegenheit des übelberüchtigten Staatsbankkreditschiebers Kutisker in Wilmersdorf eingewirkt hätten. Genosse Stadtrat Wutzki gab eine erschöpfende Einzeldarstellung des Falles, wie er sich ihm aus den Akten von 1919 bis 1922 darstellt. Dörr beantragte Besprechung und verlangte Auskunft auf die von ihm gleichfalls angezogene Barmat-Wohnungsangelegenheit. Stadtrat Wutzki erklärte sich dazu außerstande, da die Akten nicht zur Hand seien. Die Besprechung fand genügende Unterstützung. — Koch (Dnat.) sah aus der Darstellung dieser so verwickelten Sache immerhin so viel, daß Kutisker unberechtigt in Berlin gewohnt habe. (Zurufe links.) Der Deutschnationale, der einen Ostjuden aufnehme, werde aus der Partei sofort ausgeschlossen. (Gelächter b. d. Komm.) Herr Koch wurde von dem völkischen Professor und Studienrat Danicke-Neukölln und vom Kommunisten Stolt sekundiert. Der letztere brachte allerhand Geschichten über Wohnungsangelegenheiten der Barmats zur Sprache, ohne positives mitteilen zu können. Genosse Pattloch stellte trotz des krampfhaften Widerspruchs der Rechten fest, daß der Ausspruch Kochs, daß kein Deutschnationaler einen Ostjuden aufgenommen hätte, auf sehr schwachen Füßen stehen müsse, denn in die Prachtwohnungen am Kurfürstendamm, deren Inhaber den Deutschnationalen doch fast durchweg sehr nahe ständen, habe doch kein einziger Arbeiter Aufnahme gefunden. Jetzt säßen dort aber zum Teil dieselben „Arrivierte", gegen deren Zuzug die Deutschnationalen ihre Agitation und ihre Einwände gerichtet hätten.

Damit schloß die Besprechung dieser Anfrage. Es wurden noch mehrere kleine Vorlagen erledigt und nach 9 Uhr erfolgte der Schluß der öffentlichen Sitzung.

Eine entsetzliche Tat ereignete sich im Werner-Werk in Siemensstadt. Dort schlug ein schwerkriegsbeschädigter Schlosser mit mehreren Hammerschlägen den Meister Wegner nieder. Dieser wurde in sehr bedenklichem Zustande in das Paulinenhaus gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Wegner ist zirka 40 Jahre alt, verheiratet und Familienvater. Der Grund zur Tat ist in Lohnstreitigkeiten zu suchen.

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

93] **Von Wilhelm Hegeler.**

Während ihr Geist sich öffnete, kamen Bilder angeschwebt, blaß und schemenhaft zuerst, dann rasch immer farbiger: eine Gesellschaft im Wagen, junges Volk in dem einen, im anderen die Eltern . . . ein Kreis sich lagernder Menschen im Wald, ihr zu Füßen der Freund, sie fühlt seine dunklen Augen, die schmeichelnd werbenden, weichen Augen. War es damals, daß sie zuerst seine Liebe geahnt hatte? Und die Bilder folgten einander, immer runder und gefüllter: sie sieht die Gestalten ihrer Freunde, ihrer Freundinnen, Teile einer Unterhaltung werden wieder laut: man spricht vom Glück, drängt über die Jugend hinaus in die Zukunft, schwelgt in Plänen und Hoffnungen . . . aber plötzlich wenden alle, auch sie, sich der feinen Gestalt eines Greises zu, der das Wort ergriffen hat. . . . Sie erinnert sich nicht mehr seiner Worte, nicht einmal des Sinnes seiner Rede, aber das Gefühl, das sie hinterlassen hat, wird wieder lebendig in ihr, das staunende und leicht betroffene Gefühl, das übermütig zweifeln möchte und doch vor der Wahrheit sich beugen muß. Was mag er nur gesagt haben? Sie kommt nicht darauf.

„Erinnern Sie sich?" unterbrach Ryseck ihre Gedanken. „Es war ganz der gleiche helle Sommertag wie heute, und es war die gleiche Waldlichtung wie diese. Fingerhut blühte und Anemonen. Schmetterlinge gaukelten, und ein Sommerwölkchen schwebte im tiefen Blau, so zart hingehaucht und fein an Gestalt, als wär's ein Schatten von Ihnen. Wir beide schwiegen, die anderen aber sprachen vom Glück. Erinnern Sie sich, wie sie sich stritten, bis man einen alten Herrn fragte, der sagte: das Glück sieht ganz anders aus, als ihr junges Volk euch träumt, es gleicht durchaus nicht der Göttin mit dem goldenen Füllhorn auf rollender Kugel. Es kommt, wenn man's am wenigsten ruft. Es ist der Einklang des Menschen mit sich selbst. An einem Sommertag im Wald zu liegen, die Bäume rauschen zu hören, in den Himmel zu sehen . . . eine Stunde wie diese: das ist das Glück. — Ich glaube, daß die Erinnerung an solch eine Stunde das Heimweh drüben in mir erzeugt hat, daß sie mich zurückgerufen hat nach Deutschland, zu Ihnen. Wie nichts sich vergißt, nichts sich verliert. Es sinkt nur unsichtbar in die Tiefe, aber auf dem Grunde wirkt es fort, und die Stunde kommt, wo wir einsehen, daß wir so handeln mußten, wie wir handelten. Alles kommt wieder, und die zerrissenen Fäden werden von neuem verknüpft. Ganz wie eben rief auch damals der Kuckuck, und ganz wie jetzt erhoben Sie auch damals die Hand und sagten, Sie wollten zählen, wieviel Jahre der Vogel mir gäbe. Aber ich sagte, nein, uns beiden sollte sein Rufen gelten und es sollte die Jahre unseres Zusammenseins bedeuten. Sie begannen zu zählen und lächelten, als die Finger nicht ausreichten, und ich war so glücklich über Ihr Lächeln. Damals habe ich zum erstenmal gefühlt, daß ich Sie liebe, und . . . war nicht damals auch in Ihnen ein gutes Gefühl für mich?"

Sie antwortete nicht und hätte nicht antworten können, auch wenn sie gewollt hätte. Keine Regung ihres Gesichts verriet das innere Leben darunter, das so ruhig und so bewegt war wie ein von unterirdischen Quellen gespeister Brunnen. Sie wußte nicht, wollte nicht wissen, was die sonnenwarme, sonnenhelle Süßigkeit bedeutete, die in sie einströmte, sacht und schnell und so tief und überquellend, daß sie das Gefühl ihrer Körperhaftigkeit verlor und wie in einen seligen Traum versank. Erst nach einer kleinen Weile richtete sie den zurückgelehnten Kopf wieder auf und sagte:

„Kommen Sie! Wir müssen aufbrechen. Sonst gelangen wir heute nicht mehr an unseren Bestimmungsort und verfehlen vielleicht meine Schwester."

Sie waren doch noch geblieben. Ryseck versicherte, sie hätten nur noch zwei knappe Stunden Fahrt und würden mit der Dunkelheit bestimmt in Ruprechtsau eintreffen.

Während er eine kurze Pfeife rauchte, schloß Elisabeth ein wenig die Augen. Es war so schön, ganz still zu liegen, von der Sonne durchwärmt, vom leisen Rauschen der Baumkronen eingewiegt und beglückt von dem Bewußtsein, daß der Freund an ihrer Seite ruhte. Nur manchmal, in langen Zwischenräumen, öffnete sie die Augen, als wenn sie sich überzeugen müßte, daß alles Wirklichkeit sei.

Aber plötzlich sagte er, daß jemand auf sie zukäme. In der Tat tauchte zwischen den kurzen Baumstümpfen der Schonung ein kleines Männchen auf, dem der breite Schlapphut, das dunkle Gewand, das freundliche, etwas stubenblasse Gesicht das Aussehen eines Geistlichen gaben. Zu seinem langschössigen, schwarzen Rock bildete der große Rucksack auf seinen Schultern und der rot und blau karierte Beutel in seiner Rechten einen etwas komischen Gegensatz.

Der alte Herr bahnte sich mit einiger Mühe durch das Brombeergestrüpp den Weg, zog artig seinen Hut und fragte, ob hier etwa ein Feuer brennte?

„Es scheint so," erwiderte Ryseck, oberflächlich seine Mütze berührend. „Ist's vielleicht nicht erlaubt?"

„Das glaube ich eigentlich wohl kaum," erwiderte das Männchen. „Aber offen gestanden, geht mich das auch nichts an. Ich wollte mir nur erlauben, um etwas Feuer zu bitten."

Während der Ankömmling seinem altmodischen Strohfutteral die einzige Zigarre entnahm, zog Ryseck einen glimmenden Spahn aus dem Feuer. War es nun seine oder des alten Herren Schuld — das Feuerscheit und die Zigarre stießen etwas unsanft zusammen und diese fiel in die Glut.

„Ach herrje," sagte das Männchen, und machte ein so betrübtes Gesicht, daß Ryseck sich aufrichtig entschuldigte und ihm eine neue Zigarre anbot, die mit vielen Höflichkeitsphrasen abgelehnt wurde, während doch der sehnsüchtige Blick in das gefüllte Lederetui bewies, wie gern sie genommen wäre. Ryseck drängte sie ihm auf, worauf der zutrauliche Gast mit einem erleichterten Seufzer den Rucksack hinuntergleiten ließ und sagte: wenn's den Herrschaften nicht unangenehm wäre, möchte er sich hier einen Augenblick verschnaufen. Er hätte mit seiner Tochter im Wald Pilze gesammelt, die nach dem Gewitterregen in ungeahnter Fülle hervorgeschossen wären.

„Esther," rief er, „Estherchen, komm doch mal her! Hier sind die Herrschaften, denen das Auto gehört!"

Er hätte nämlich bereits das Auto bewundert und eigentlich den Chauffeur um Feuer bitten wollen. Der gute Mann hätte aber so fest geschlafen, daß er es nicht über das Herz gebracht hätte, ihn zu wecken.

„Die Herrschaften sind gewiß auf einer größeren Autoreise?"

Ryseck nickte nur.

„Ausländer, wenn ich fragen darf? Die Frau Gemahlin hat, soweit ich mich darauf verstehe, einen echt angelsächsischen Typus. You look like an English woman (Sie sehen wie eine englische Dame aus)."

„We're Americans (wir sind Amerikaner), brummte Ryseck.

Amerikaner! Hatte er sich's doch gedacht! Das alte Herrchen besaß drüben auch Verwandte. Aber leider, leider war nach dem Krieg jede Nachricht von ihnen ausgeblieben . . . Er hielt es jetzt für an der Zeit, sich vorzustellen, und es erwies sich, daß er der Geistliche des benachbarten Dorfes war. Ryseck murmelte, die Mütze lüftend, etwas Undeutliches. Aber die beflissene Neugier des Gastes war noch hartnäckiger als seine brummige Zurückhaltung. Wohl oder übel mußte er sich zu einigen Antworten herbeilassen. Von Zeit zu Zeit rief der Vater nach seiner Tochter, die endlich gemächlich aus dem Walde hervorschlenderte. Schlank, zierlich, im kurzen Röckchen der Siebzehnjährigen mit einem mächtigen rotbebänderten Strohhut auf dem schwarzen Haar und in der Hand außer einem Blumenstrauß einen bunten Pilz tragend, glich sie selbst einem niedlichen Pilz. (Fortsetzung folgt.)

Irrtümer der Justiz.

Die Nachforschungen im Falle Denke sind wohl bereits über das Anfangsstadium hinaus, über ihren Verlauf erfährt man aber nur wenig. So ist z. B. bekannt geworden, daß unter den Sachen des Münsterberger Mörders Aufzeichnungen gefunden worden sind, die etwa 30 Namen enthalten; es sind vermutlich die Namen der Ermordeten. Auch sollen 15 blutige Westen an den Tag gefördert worden sein. Feststehen dürfte, daß er auch drei Mädchen getötet hat. So ist im Jahre 1909 die Emma Sander durch ihn Opfer eines Lustmordes geworden. Aber wegen Ermordung eben dieses Mädchens ist der Fleischermeister Trautmann seinerzeit in Glatz auf Grund eines ungenügenden Indizienbeweises zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Strafe hat er bereits voll verbüßt und lebt jetzt in Münsterberg. Sollte die Behauptung sich bewahrheiten, so wird die grauenhafte Geschichte von Justizirrtümern um einen weiteren Fall bereichert und die Gegner der Todesstrafe erhielten eine neue Waffe in ihrem Kampfe gegen sie. Denn war es nicht nur ein gütiger Zufall, daß Trautmann nicht gleich vielen anderen Opfern der Justizirrtümer zum Tode verurteilt und hingerichtet worden ist? Wie ungeheuer groß muß aber die Last der Zuchthausstrafe für ihn gewesen sein, da er nicht einmal das Bewußtsein der eigenen Schuld besaß, dafür aber um so stärker unter dem Bewußtsein des ihm zugefügten Unrechts gelitten haben muß.

In seinem Kampf gegen die Todesstrafe erklärte einmal der berühmte Jurist Holtzendorff, daß er selbst mindestens 10 unzweifelhaft irrige Todesurteile aus der letzten Vergangenheit kenne. Sie sind übrigens in allen Ländern und zu allen Zeiten zu verzeichnen. Nur zwei seien hier genannt: Der Fall eines russischen Juden in Marinmpol, der während des Weltkrieges wegen Spionage auf Grund der Aussage eines Gendarmen laut Kriegsgerichtsurteil hingerichtet worden ist: sofort nach Vollstreckung der Strafe stellte sich seine Unschuld heraus; und ein englischer Fall, der viele Jahre zurückliegt: an einem Mann wurde wegen Ermordung seiner Tochter die Todesstrafe vollstreckt. Hinterher erwies es sich aber, daß sie ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende gemacht hatte. Es ist unmöglich, alle Quellen der Justizirrtümer aufzuzählen: so mannigfaltig sind sie. Selbstbezichtigungen, irrtümliche Aussagen von Zeugen, Meineide, Aussagen von Schwerverletzten, irrtümliche Wiedererkennung, irrige Gutachten von Gerichtsärzten, Schrift-, Schuß- und Banksachverständigen, die vox populi, der schlechte Leumund der Angeklagten, ihr Verhalten während der Untersuchung und in der Hauptverhandlung u. dergl. sind schon manchem zum Verhängnis geworden. Selbst die größte Tüchtigkeit der Polizei, die noch so große Vorsicht der Staatsanwaltschaft und der erkennenden Richter, die noch so große Sachkenntnis des Verteidigers sind oft außerstande, das Unglück zu verhüten. Menschliches Tun ist eben unvollkommen. Und es darf deshalb nichts geschehen, was nicht gutzumachen wäre: dieses ist aber der Fall bei Todesstrafe und der Seele und Körper vernichtenden Zuchthausstrafe. Der Student Ganter, der vor kurzem der Ermordung des Mädchens auf dem Arnswalder Platz verdächtigt wurde, kann von Glück sprechen. Wenn es ihm nicht gelungen wäre, sein Alibi nachzuweisen, wenn zufällig irgendein Zeuge geglaubt hätte, ihn, trotz der spärlichen Beleuchtung, wieder zu erkennen, wenn er sich in Widersprüche verwickelt oder vielleicht vor Jahren, etwa noch als Knabe, aber ein sittliches Vergehen zu schulden kommen gelassen hätte, wäre ihm, bei seinem abenteuerlichen Leben, Glauben geschenkt worden? Natürlich nicht! Der etwa vor drei Jahren in Hirschberg zu Zuchthaus verurteilte Köhne beteuert nach wie vor seine Unschuld. Das gleiche tat Grupen, der nach dem Todesurteil sich im Gefängnis erhängte. Auch Hau, der vor kurzem seine Strafe verbüßt hat, will heute noch nicht der Täter gewesen sein. In all diesen Fällen schien jedoch die Tat erwiesen. In wie vielen Fällen aber konnten Justizirrtümer festgestellt und die Verurteilten erst durch ein, unter großen Schwierigkeiten durchgeführtes, Wiederaufnahmeverfahren rehabilitiert werden. Man denke z. B. an den Fall Dreyfus; an den österreichischen Fall Steiner, wo eine Prostituierte zu schwerem Kerker verurteilt wurde, der wahre Täter sich aber nach mehreren Jahren einfand; an einen deutschen Fall, wo ein Mann verurteilt wurde, weil man seine Hacke bei seinem ermordeten Bruder, mit dem er in Feindschaft lebte, auffand: als wirklicher Täter stellte sich aber ein anderer heraus, der die Hacke entliehen hatte. In einem weiteren Fall hatte ein Sohn wegen Muttermordes bereits 13 Jahre Zuchthaus verbüßt, als dessen Frau auf dem Sterbebette gestand, die Mörderin gewesen zu sein. Erinnerlich ist noch der Polnaer Ritualmord, wo ein Jude wegen Ermordung zweier Mädchen zum Tode verurteilt und später zu lebenslänglichem Kerker begnadigt worden ist. Das Urteil stand lange im Mittelpunkt einer heftigen Auseinandersetzung. Am tragischsten aber wirken vielleicht die zwei Fälle von Frauen, die sich selbst bezichtigten, geboren und das Kind getötet zu haben. In Wirklichkeit aber waren sie gar nicht schwanger gewesen. Die eine wurde zweimal zum Tode verurteilt, erst das Wiederaufnahmeverfahren führte zum Freispruch.

Man kann ruhig sagen: die Geschichte der Justiz zu allen Zeiten ist zugleich auch die Geschichte der Justizirrtümer. Und wie überheblich dünken einen die Menschen, die von ihrer Unfehlbarkeit durchdrungen sind! Ist es nicht demütigend zu wissen, daß Wohl und Wehe, Leben und Tod des Bürgers in die Hand von überheblichen „Herrenmenschen" gelegt sind? Manzini hat in seiner Parlamentsrede gegen die Todesstrafe an eine italienische Legende erinnert: nach Beschluß des Senats in Venedig sollte jedesmal, wenn es sich um eine Anklage auf Tod und Leben handelte, im Gerichtssaal ein Abgesandter des Senats erscheinen und sagen: „Denkt an den armen Bäckergesellen". Es hieß, daß ein armer Bäckergeselle unschuldig zum Galgen geführt worden war. Im neuen Entwurf zum Strafgesetzbuch hat sich entgegen dem Entwurf von 1922 die Todesstrafe wieder eingeschmuggelt. Man möchte den Herren Gesetzgebern wahrlich zurufen: „Denkt an den armen Bäckergesellen!"

Die Tariferhöhung bei der Hochbahn.

Ab nächsten Dienstag.

Die Erhöhung der Hochbahn, die wir im gestrigen Abendblatt bereits ankündigten, wird jetzt von der Hochbahngesellschaft bestätigt. Sie versendet folgende Mitteilung:

„Die Tarife der Hoch- und Untergrundbahn sind seit länger als einem Jahr fast unverändert geblieben, obgleich die Ausgaben seitdem wesentlich gestiegen sind. Nach mehreren Lohnaufbesserungen im Laufe des Jahres und der letzten durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses erfolgten Zulage von 5 Pf. für die Lohnstunde beträgt heute die Steigerung der Lohnsätze gegen Anfang des vorigen Jahres 45 Proz.; ebenso haben sich die Preise aller Betriebsstoffe ganz erheblich erhöht. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit stellt sich die Arbeitsstunde, die damals 53 Pf. kostete, heute auf 82 Pf., ist also im Preise um 55 Proz. gestiegen, während die Tarifsätze im allgemeinen die gleichen sind wie vor dem Kriege. Unter diesen Umständen sieht sich die Gesellschaft genötigt, um einigermaßen einen Ausgleich gegen die Mehrausgaben zu schaffen, eine Tariferhöhung vorzunehmen, und zwar durch Erhöhung der Einzelfahrpreise um 5 Pf., aber unter stärkerer Verbilligung der Blockkarten, um den ständigen Fahrgästen die Erhöhung so wenig wie möglich fühlbar zu machen. Vom Dienstag, den 24. d. M., ab sollen folgende Fahrpreise erhoben werden:

	Einzelkarten: III. Kl.	Einzelkarten: II. Kl.	Blockkarten: III. Kl.	Blockkarten: II. Kl.
bis zu 5 Stationen	15	20 Pf.	12	17 Pf.
über 5 Stationen	20	30 Pf.	17	25 Pf.

Die Preise für Kinderkarten und die Uebergangsfahrkarten zur Straßenbahn bleiben vorläufig unverändert. Der Ueberfüllung der Wagen wird durch eine erhebliche Vermehrung des Wagenparks begegnet. In den letzten Wochen sind bereits 7 neue Sechswagenzüge in Umlauf gesetzt worden. 7 weitere Züge werden noch in diesem Monat folgen, und im Laufe des Sommers wird eine weitere Vermehrung eintreten."

Die Bevölkerung wird diese neue Belastung sehr schmerzlich empfinden, auch wenn die Gesellschaft ihr hartes Vorgehen durch den Hinweis auf Verkehrsverbesserung schmackhafter zu machen versucht.

Ein Paßfälscherprozeß.

Unregelmäßigkeiten auf der Paßstelle Tiergarten.

Ein großer Paßfälschungsprozeß, der gestern früh vor dem Schöffengericht Mitte begann, richtet sich gegen eine Reihe Beamte und zwar die Polizeibetriebsassistenten August Schulz und Zierrath von der Paßstelle des Polizeiamtes Tiergarten, sowie die Polizeibetriebsassistenten Goemer, Wannagat, Schwarz und den Hauptwachtmeister Cöllner von der Meldestelle des 2. Polizeireviers. Als Mittelsmann zwischen den Paßämtern und den Paßreflektanten, die mit falschen Pässen versehen wurden, diente der Angeklagte Feldmann. Ein anderer Vermittler war der nach Paris geflüchtete russische Kaufmann Tannenbaum, weiterhin sind noch eine Reihe Russen angeklagt, die in Einzelfällen in der Paßvermittlung als Unteragenten von Tannenbaum und Feldmann tätig waren. Der Kaufmann David Finkenstein aus Tiflis, der Reisende Severin v. Treskin aus Riga, der Privatlehrer Georg Potressoff aus Petersburg, der Kaufmann Alexander von Kastro aus Petersburg und der russische Schneider Polkowski.

Den Beamten wird zur Last gelegt, daß sie durch Geschenke zu Amtswidrigkeiten sich durch Feldmann und Tannenbaum haben verleiten lassen, indem sie die Pässe und die Voranmeldungen ohne Nachprüfung ausgestellt hatten. Eine Stichprobe hat ergeben, daß über 150 falsche Pässe bei der Paßstelle Tiergarten und 64 Vorbescheinigungen bei der Meldestelle 2 ausgestellt worden sind. Hinter die Unregelmäßigkeiten bei der Paßstelle Tiergarten kam man durch die Festnahme eines Ehepaares in Marienburg, das deutsche Pässe besaß, obwohl es einen ausgesprochenen östlichen Typus aufwies. Da man in ihnen Hoteldiebe vermutete, wurde die Berliner Kriminalpolizei mit den Ermittlungen beauftragt. Diese Nachprüfungen ergaben, daß Beamte der Paßstelle Tiergarten und der Meldestelle 2 bei den Paßfälschungen die Hand im Spiele hatten. Die angeklagten Beamten bestritten, daß sie für ihre falschen Bescheinigungen Geldzuwendungen erhalten hätten. Sie wollen die Ausfertigungen nur aus Gefälligkeit dem ihnen vertrauenswürdig erscheinenden und mit einem Ausweis des Regierungsrats Bartels versehenen Tannenbaum gegeben haben. Gelegentlich hätten sie wohl einmal eine Zigarre erhalten oder seien zu einem Glas Bier eingeladen worden. Die Anklage allerdings nimmt an, daß die Beamten nicht für eine Zigarre oder ein Glas Bier ihre Existenz aufs Spiel gesetzt hätten. — Zu der heutigen Sitzung ist in erster Reihe Polizeirat Görlich vom Paßamt des Polizeipräsidiums geladen worden.

•

Die BS.-Korrespondz verbreitet gestern einen Vorbericht zu diesem Prozeß unter der bezeichnenden Ueberschrift, die auch vom „Lokal-Anzeiger" übernommen wurde: „Polizeipräsident Richter und die Auslandspässe". Darin hieß es, daß sich die angeklagten Polizeibeamten damit entschuldigten, daß auch ihr Vorgesetzter, der Polizeipräsident Richter, sich nach den bestehenden Vorschriften nicht gerichtet habe. Letzterer, so heißt es in dem Bericht weiter, habe nämlich durch seinen Privatsekretär Stöcker mehrfach für seine politischen Freunde Pässe besorgen lassen, von denen die Unterschriften der Paßinhaber nicht vorher geleistet worden waren, oder bei denen die fertigen Unterschriften hinzugesetzt wurden. Die Rechtsanwälte Dr. Schwindt, Dr. Jaffé und Dr. Johanny stellten unter Beweis, daß das gleiche Verfahren auch gegenüber Reichstagsabgeordnete geübt worden sei. Bei ihnen habe es genügt, daß ein Bote des Reichstags bei den Behörden mit einer Anzahl von Paßanträgen erschien, denen dann die nicht unterschriebenen Pässe verabfolgt wurden. So sei diesen Abgeordneten der sonst übliche Weg zur Paßstelle erspart worden, wie es Herr Richter für seine Parteifreunde getan habe. Wenn dem so sei, dann falle nach Ansicht der Verteidigung bei den angeklagten Beamten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ohne weitere fort.

Es ist für die vergiftete Atmosphäre unserer Zeit typisch, daß man es überhaupt wagen kann, eine Parallele zwischen den den Beamten zur Last gelegten Verfehlungen und den Handlungen des bisherigen Polizeipräsidenten zu ziehen. Wenn Abgeordnete oder sonstige Persönlichkeiten, deren Identität außer Zweifel steht und die eine dringende Reise ins Ausland antreten müssen, sich an den Polizeipräsidenten wenden zwecks Erleichterung der Paßformalitäten, so ist es einfach selbstverständlich, daß ihrem Ersuchen nach Möglichkeit entsprochen wird. Ebenso verfährt das Auswärtige Amt bzw. die Pressestelle der Reichsregierung. Es ist aber eine bodenlose Heuchelei, wenn man heute die Hochkonjunktur der Barmat-Hetze ausnützt, um daraus eine Analogie mit der Erteilung von Pässen und Vermerken an gänzlich unbekannte Ausländer, ohne jede Kontrolle ihrer Identität und lediglich unter Fürsprache eines gewerbsmäßigen Vermittlers, konstruiert.

Gewiß, Rechtsanwälte sollen alles tun, was im Interesse der Verteidigung ihrer Mandanten liegt; aber sie schädigen nicht nur das Ansehen ihres Standes, sondern auch die Aussichten der Beschuldigten, wenn sie mit solchen Mätzchen kommen, nur weil sie meinen, es genüge heute, Richter zu beschimpfen, um sofort die Sympathie eines Teiles der Oeffentlichkeit und des Richterstandes auf seiner Seite zu haben.

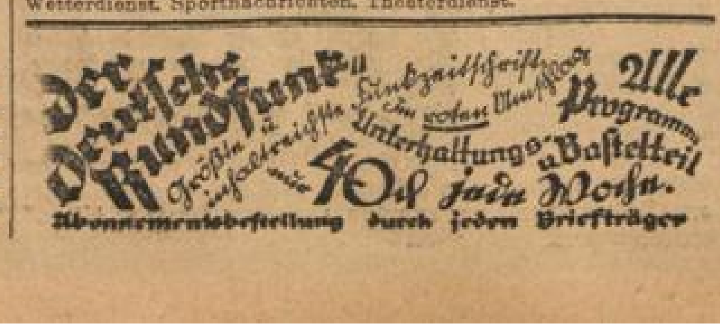
Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner.

Die tarifmäßige Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner wird, wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung mitteilt, auch in diesem Jahre, und zwar für die Zeit vom 1. März bis 31. Oktober gewährt. Die Ausgabestellen der Ausweise **und deren Dienststunden sind die gleichen wie im Vorjahre.** In den Anträgen hat der Antragsteller neben seinem Namen auch seine Wohnung anzugeben. Die Ausfertigungsgebühr für jeden Ausweis beträgt 1 M. Zur Verhinderung der mißbräuchlichen Benutzung vorjähriger Ausweise werden die Ausweise diesmal mit roter Tinte ausgefertigt. Es entfällt ferner der im vorigen Jahre angewendete runde Adlerstempel in der rechten oberen Ecke des Ausweises.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 20. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: **4.30—6 Uhr** abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). **6.40 Uhr** abends: Vortrag Tierarzt Dr. Otto Schmidt: „Die Tollwut der Hunde und anderer Haustiere". **7 Uhr** abends: Woge zum Wissen: „Beethovens unsterbliche Geliebte". **7.30—8.20 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). **7.30 Uhr** abends: Medizin. Professor Dr. Lewandowski: „Die körperliche Ertüchtigung der Jugend". 5. Vortrag. „Die Notwendigkeit körperlicher Uebungen nach der Schulentlassung". **8 Uhr** abends: Naturwissenschaft. Oberingenieur Gramatzki: „Moderne Astronomie". 3. Vortrag. „Die Planeten, insbesondere Mars und Venus". I. Teil. **8.30 Uhr** abends: Einführung zum Sendespiel. **8.45 Uhr** abends: Sendespielbühne, Abteilung: Schauspiel. Leitung: Alfred Braun. Das Fest der Handwerker. Berliner Volksstück mit Gesang in einem Akt von Louis Angely. Dirigent: Dr. W. Buschkötter. Herr Wohlmann, Zimmermeister und Bauunternehmer: Ferdinand Gregori; Kluck, Maurerpolier, Berliner: Leopold von Ledebur; Hähnchen, Tischler, Berliner: Alfred Braun; Stehauf, Klempner, Breslauer: Harry Foerster; Puff, Schlosser, Stettiner: Willi Eberhardt; Wilhelm Kind, Zimmermann, Dresdener: Hugo Schrader; Madam Kluck: Lu Euler; Madam Stehauf: Rosa Pategg; Madam Puff: Fanny Wolf; Frau Mietzel, Gastwirtin: Else Malti; Lenchen, ihre Tochter: Charlotte Freyer. Handwerker und ihre Frauen, Musikanten. Orchester: Berliner Funkkapelle. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst. Sportnachrichten. Theaterdienst.



In der Angelegenheit der „Hirsch-Polizei" ersucht uns Herr v. Hirsch-Schwabe, noch ergänzend mitzuteilen, daß er niemals in irgendwelchen Beziehungen zur Kapp-Regierung gestanden hat.

Künstlerische Reichsbannerfeier am Sonntag, den 22. Februar. Der kommende Sonntag ist der Jahrestag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Der Gau Berlin-Brandenburg veranstaltet aus diesem Anlaß eine von hochwertigen künstlerischen Darbietungen umrahmte Feier im Saalbau Friedrichshain um 10 Uhr vormittags. Das Berliner Sinfonie-Orchester und Schauspieler Carl Ebert vom Staatstheater wirken mit. Zu Beginn der Veranstaltung findet der Einzug der Fahnen statt. Karten für die Veranstaltung sind bei folgenden Stellen zu haben: An den Theaterkassen von Tietz und im KDW., im Bureau des Gauvorstandes, Sebastianstraße 37-38, bei der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Bernburger Straße 18, in der Vorwärts-Buchhandlung und im Bezirksbildungsausschuß, Lindenstr. 3.

Für Völkerversöhnung — gegen Völkerverhetzung. Das Deutsche Friedenskartell, dem 23 pazifistische Organisationen angehören, veranstaltet am Sonntag, den 1. März, vorm. 11 Uhr, im Herrenhause eine Feier mit dem Thema: „Die Mahnung der Toten — die Pflichten der Lebenden", die im Gedenken an die Gefallenen des Weltkrieges den Rachekrieg verwirft. Eingeleitet wird die Feier durch Verse, gesprochen von Gertrud Eysoldt. Den Vorsitz führt Genosse Reichstagspräsident Löbe. Weitere Redner sind der Nobelpreiskandidat Professor Ludwig Quidde, Gerhard Seger und die Chemikerin Dr. Claudia Löwe, die besonders auf die Schrecknisse eines künftigen Giftgaskrieges hinweisen wird.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

1. Kreis Mitte. Elternbeiräte: Die Versammlung am Freitag, den 20. Februar, findet umständehalber erst nächsten Freitag, den 27. Februar, statt.
2. Kreis Tiergarten. Freitag, den 20. Februar, 8 Uhr, Sitzung des Bezirksausschusses bei Krüger, Tuttlstr. 10.
20. Kreis Reinickendorf. Die Kreismitgliederversammlung heute abend findet nicht bei Schulz, sondern im Lokal Eberhard, Wittenau, am Bahnhof, Lübarser Straße, statt.

Heute, Freitag, den 20. Februar:

[illegible] Abt. 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Wahnkopf, Carmen-Sylva-Str. 123.
Jungsozialisten. Gruppe Lankwitz: 8 Uhr in der Sportecke. Vortrag des Genossen Schulze über „Kunst und Volksmusik".
Vereinigung Sozialdemokratischer Studenten. 8 Uhr im Hörsaal 41 der Universität. Aussprache über die politische Lage. Nur für Mitglieder.

Frauenveranstaltung am Freitag, den 20. Februar:

36. Abt. Charlottenburg. 7½ Uhr Spreestr. 9. Vortrag des Gen. Todenhagen.

Morgen, Sonnabend, den 21. Februar:

17. Abt. ½7 Uhr pünktlich Funktionärsitzung bei Gerth, Tegeler Str. 30. Kurze Besprechung.
22. Abt. Alle Parteigenossen, die der Konsumgenossenschaft angehören, treffen sich um 8 Uhr bei Rahaus, Brüsseler Str. 43. Aufstellung der Kandidaten für die Genossenschaftswahlen. Mitgliedsbuch mitbringen.
48. Abt. 5 Uhr Abrechnung beim Genossen Marth.
121. Abt. Niederschönhausen. 7½ Uhr Funktionärsitzung im Lokal Kubaßk.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

17. Abt. Genosse Bruno Grüh, [illegible] 19, ist verstorben. Einäscherung Sonnabend nachmittag 1 Uhr im Krematorium Gerichtstraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Kameradschaft Lichtenberg nebst Untergruppen: Freitag, den 20. Februar, Besprechung. — **Kameradschaft Schöneberg:** Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, Turn- und Sportabend in der Rothschule. Entgegennahme der Fahrkarten für die Magdeburg-Fahrer. — **Kameradschaft Wedding:** Freitag, den 20. Februar, von 6 Uhr abends an, Teilnehmerkarten zur Fahrt nach Magdeburg bei Müller, Uferstr. 12, abholen. Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 4½ Uhr, und Sonntag, den 22. Februar, früh 3½ Uhr, Treffen zur Fahrt nach Magdeburg Weddingplatz, Ecke Schulzendorfer Straße. Kameraden, die nicht nach Magdeburg fahren, treffen sich Sonntag früh 8½ Uhr bei Müller, Uferstr. 12, zum gemeinsamen Besuch der Veranstaltung im Saalbau Friedrichshain. Zur letzteren Veranstaltung sind Eintrittskarten bei Kamerad Müller für aktive und passive Mitglieder sowie deren Freunde zu haben. Der Vorabend am Sonnabend muß von allen Kameraden, die an den Veranstaltungen am Sonntag nicht beteiligt sind, besucht werden. Montag, den 23. Februar, abends 7½ Uhr, beginnt das Turnen in der Schule Gottenburger Str. 2. — **Kameradschaft Wilmersdorf:** Achtung, Magdeburg-Fahrer! Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, Treffen vor dem Haupteingang des Potsdamer Fernbahnhofes. Sonntag, den 22. Februar, früh 6¼ Uhr, an gleicher Stelle. — **Kameradschaft Vernau:** Sonnabend, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saal des Restaurants Bellevue, Jubiläumsfeier, verbunden mit Konzert, Rezitationen und anschließendem Tanz. Sämtliche Kameraden sind dazu eingeladen. — **Kameradschaft Niederschöneweide, Ortsgruppe Baumschulenweg:** Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Bergmann. Tagesordnung: Neuwahl des Ortsvorstandes. Erscheinen jedes Mitgliedes Pflicht. — **Kameradschaft Pankow mit sämtlichen Untergruppen:** Diejenigen Magdeburg-Fahrer, welche erst am Sonntag, den 22. Februar, fahren können, holen sich Fahrtausweise Freitag, den 20. Februar, beim Kassierer aus der Wohnung ab. Die am Sonnabend, den 21. Februar, Fahrenden treten nachmittags 3 Uhr vor dem Bahnhof (Potsdamer Platz) an. — **Kameradschaft Prenzlauer Berg:** Treffpunkt der Kameraden, die nach Magdeburg fahren, Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 4¼ Uhr, Senefelderplatz, Sonntag, den 22. Februar, morgens 5.30 Uhr Prenzlauer Tor. Abfahrt Potsdamer Bahnhof. Fahnen gehen Sonntag mit. Fahrkarten Freitag abend ab 8 Uhr bei Bura. — **Kameradschaft Weißensee:** Freitag, den 20. Februar, Fahrkarten abholen. — **Kameradschaft Lichtenberg nebst Untergruppen:** Diejenigen Kameraden, welche am Sonnabend, den 21. Februar, den Zug 5.46 Uhr nachmittags ab Potsdamer Bahnhof benutzen, treffen sich um 4¼ Uhr Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Ausgang Bahnsteig; diejenigen, die am Sonntag, den 22. Februar, mit dem Zug 6.54 Uhr ab Potsdamer Bahnhof fahren, treffen sich morgens 5½ Uhr an gleicher Stelle. Die Jugendkameraden haben sich an beiden Tagen zur selben Zeit am gleichen Bahnhof zu sammeln. — **Kameradschaft Mitte:** Die Kameraden treffen sich am Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 4½ Uhr, vor dem Potsdamer Bahnhof. — **Kameradschaft Köpenick und Untergruppen:** Achtung, Magdeburg-Fahrer! Abfahrtszeiten der einzelnen Untergruppen am Sonntag, den 22. Februar: Köpenick 4.30, Friedrichshagen 4.40, Grünau-Bohnsdorf 4.50 Uhr. Gemeinsamer Sammelpunkt Bahnhof Treptow, Bahnsteig A, früh 5.45 Uhr. Antreten 10 Minuten vorher. — **Kameradschaft Neukölln-Britz:** Sonntag, den 22. Februar, morgens 5¼ Uhr, Treffpunkt zur Fahrt nach Magdeburg: Zug 1 Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße, Zug 2 und Jungmannschaft Ringbahnhof, Zug 3 und 4 Bahnhof Hermannstraße. Treffpunkt zur Feier im Saalbau Friedrichshain vormittags 9¼ Uhr Reuterplatz. — **Kameradschaft Lichtenberg, Untergruppe Karlshorst.** Magdeburg-Fahrer! Empfangnahme der Fahrkarten Sonnabend, den 21. Februar, von 6 Uhr ab im Verkehrslokal. Treffpunkt Sonntag, den 22. Februar, früh 5.30 Uhr Bahnhof Karlshorst. Zu gleicher Zeit werden auch die Karten für die Veranstaltung im Saalbau Friedrichshain zur Ausgabe gelangen. Treffpunkt zu letzterer Veranstaltung Sonntag früh 8 Uhr Bahnhof Karlshorst.

Arbeiter-Radio-Klub, Gruppe Neukölln, Rütlischule. Heutiger Bastelabend fällt aus. Nächster Bastelabend am 27. Februar. — **Bezirk Norden:** Jeden Donnerstag abend 7½ Uhr Versammlung bei Morak, Kopenhagener Str. 9. Gäste willkommen.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Berlin-Treptow. Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Zeichensaal der 6. Treptower Gemeindeschule, Wildenbruchstr. 53, 2 Tr., Vortrag: „Ausbildungsmöglichkeiten im Lette-Haus" (Dr. Elli Hauff, Direktorin d. L.-H.). Eintritt frei.

Schlesier-Verein „Rübezahl", Charlottenburg. Die Gesangsübungsstunden finden nicht mehr Montags, sondern jeden Freitag 8½ Uhr Kaiser-Friedrich-Straße 63 statt. Am Sonntag, den 1. März, 7 Uhr abends, Kaiserin-Augusta-Str. 24—25 (Schulaula), schlesischer Kulturabend: u. a.: Vortrag mit Lichtbildern „Aus der Wunderwelt des Riesengebirges" mit Lichtbildern von Dr. Köppen, Gesangseinlagen vom Quartett des Charl. Lehrer-Gesangvereins. Eintritt 75 Pf. Kartenverkauf an Gesangsabenden und an geladene Gäste auch am Vortragsabend.

Wetter für Berlin und Umgegend. Am Freitag weitere Abkühlung. Tagestemperaturen etwas über Null, vielfach noch wolkig, mit vereinzelten Schauern. In der Nacht zu Sonnabend leichter Frost. Am Sonnabend selbst heiter und trocken und wieder beginnende langsame Erwärmung. — **Für Deutschland.** Im Nordosten noch zahlreiche, sonst nur vereinzelte Niederschläge in Schauern. Im Westen beginnende Abnahme der Bewölkung. In der Nacht zu Sonnabend weit verbreitete Nachtfröste. Von Sonnabend ab wieder beginnende Erwärmung.

Wirtschaft

Substanz, die erhalten wurde.

In der Generalversammlung der **Mannesmann-Röhren-Werke A.-G.** in Düsseldorf wurde von der Verwaltung mitgeteilt, daß trotz der starken Verluste, die die Gesellschaft besonders infolge ihrer internationalen Betätigung erlitten habe, es doch möglich gewesen sei, daß Goldkapital annähernd zu erhalten. Welcher Art waren diese Verluste? Die Verwaltung teilte darüber folgendes mit:

Die Gesellschaft habe ihre **Werke in England verloren**, auf die sie bisher eine Entschädigung noch nicht erhalten konnte, obgleich dem Deutschen Reich ein Betrag von 560 000 Pfund Sterling (mehr als 11 Millionen-Mark) dafür gutgebracht worden seien. Die Reichsentschädigungsstelle erkenne zwar an, daß **ein Schaden von etwa 18 Millionen Mark** vorhanden sei, von dem aber rund 5 Millionen Mark nicht unter die Bestimmungen der Ersatzleistungen fallen. Für die übrigen 13 Millionen Mark biete man der Gesellschaft nur 26 000 M., deren Annahme die Gesellschaft abzulehnen beabsichtige, wenn nicht ausdrücklich die Zusicherung gemacht werde, daß bei einer Besserung der Finanzlage des Reiches die Gesellschaft an einer etwaigen Aufbesserung teilnehmen werde.

Das **italienische Werk** habe man während des Krieges **unter Preis verkaufen** müssen und ebenso sei es der Gesellschaft mit den **Saar-Werken** gegangen. Die Gesellschaft sei an den Saar-Werken jetzt noch mit 20 Millionen Franken beteiligt, aber seit deren Uebernahme durch die Pariser Gesellschaft sei eine Rentabilität nicht erzielt worden.

Durch die **Ruhrbesetzung** haben die Werke und Zechen beinahe **ein Jahr lang stillgelegen.**

Trotz aller dieser Verluste haben also die Mannesmann-Werke ihre Substanz erhalten können. Diese Gesellschaft gehört natürlich auch zu den Ruhrindustriellen, die von der Regierung mit ungeheuren Abfindungssummen bedacht worden sind und darüber klagen, daß sie keine Steuern zahlen könnten. Im übrigen ist die Verwaltung sehr hoffnungsfroh. Seit Anfang Dezember ist eine **starke Belebung des Auslandsgeschäftes** eingetreten. Leider seien die erzielbaren Preise gedrückt, aber die Gründung der **Rohstahl-Gemeinschaft** in Düsseldorf habe doch bisher den Erfolg gebracht, daß sich **das allgemeine Preisniveau** gehoben habe.

Bisher hat man von dieser Seite immer gehört, daß die Kartelle „preisregulierend" wirken sollen: hier haben wir das offene Eingeständnis der wahren Tendenz der Kartelle: sie üben eine Diktatur auf dem Markte aus, sie schrauben die Preise in die Höhe, sie verteuern der weiterverarbeitenden Industrie das Material und sind somit ein äußerst schädlicher Faktor im Wirtschaftsleben.

Zur englischen Agrarfrage.

Vom Sekretariat der **Internationalen Landarbeiter-Föderation** wird uns geschrieben:

Der vergangene Wahlkampf in England wurde von der Konservativen Partei auf dem Lande hauptsächlich unter der Parole „**Schutz der notleidenden Landwirtschaft**" geführt. Nachdem nun die Konservative Partei durch den für sie überaus günstigen Wahlausfall in die Lage versetzt wurde, die **Regierung** zu übernehmen, werden ihr die während des Wahlkampfes ausgestellten Wechsel zur Einlösung präsentiert. Die Regierung sucht sich diesem Ansturm dadurch zu entziehen, daß sie die Notlage der Landwirtschaft erst einmal von einer Konferenz festgestellt wissen will. Die Zusammensetzung der Konferenz war folgendermaßen gedacht: Ein Drittel **Landbesitzer**, ein Drittel **Farmer** (Landwirte mit teilweise eigenem Besitz oder Pächter) und ein Drittel **Landarbeiter**. Die **englische Landarbeiter-Organisation** (National-Union of Agricultural Workers) hat aber die **Teilnahme an dieser Konferenz abgelehnt.** Da über diese Ablehnung verschiedentlich falsche Gerüchte im Umlauf sind, sehen wir uns veranlaßt, die Stellung dieses Verbandes, die aus ihrer Zeitung vom Februar d. J. hervorgeht, auszugsweise wiederzugeben.

Der erste und wichtigste Einwand ist wohl der, daß **jede Agrarpolitik** auf die **industriellen Verhältnisse** aufgebaut sein muß. Es wird behauptet, daß diese Verhältnisse nicht bekannt sind und die Farmer auch nicht besorgt sind, daß sie bekannt werden. Eine allgemeine Konferenz, die um alle Fragen herumredet, ist **nicht die geeignete Körperschaft**, um Untersuchungen anzustellen über die Wirtschaftslage der englischen Landwirtschaft. Das ist eine Aufgabe von **Sachverständigen**, die schon einige Monate vor einer solchen Konferenz sich mit nichts anderem beschäftigen müßten, als sich der Untersuchung der aufgeworfenen Fragen hinzugeben.

Als zweiter Grund wird angegeben, daß die **Landarbeiter keine gerechte Vertretung haben.** In den meisten Fällen werden die Farmer und die Landbesitzer im Gegensatz zu den Landarbeitern stehen, jeder Beschluß, der dann infolge dieser Stimmenverhältnisse gefaßt wurde, geht als Beschluß der „Konferenz" in die Welt. Wenn auch die Landarbeiter einen Minoritätsbeschluß fassen würden, ginge es einem solchen wie allen Minoritätsbeschlüssen, er würde nicht erwähnt werden. Es würde immer nur die Rede von dem Beschluß der „Konferenz" sein, an der auch die Landarbeiter teilnahmen, der von ihnen aber nicht im geringsten gutgeheißen wird.

Nachdem noch von der englischen Landarbeiterorganisation auf die vielen bisherigen Konferenzen gleicher Art hingewiesen wird, die ergebnislos verliefen, unterbreitet sie folgenden Vorschlag: Nach ihrer Ansicht ist die vorliegende Frage eine solche der **gesamten englischen Politik.** Es geht nicht an, daß die Regierung sie irgendeiner Delegation von Spezialinteressenten unterbreitet. Die Prüfung einer solchen Frage muß von anerkannten **Sachverständigen** unter Vorlegung aller nötigen Angaben vorgenommen und dann von einer Körperschaft beraten werden, die die wirkliche Vertretung der gesamten Nation darstellt.

Der Artikel, in dem auf die Frage der Agrarkonferenz eingegangen wird, schließt mit der Feststellung, daß das Exekutiv-Komitee der englischen Organisation erst nach reiflichen Erwägungen zu diesem für die englischen Landarbeiter äußerst wichtigen Beschluß kam.

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts" im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für den kommenden Monat bei dem zuständigen Postamt sofort zu erneuern.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen G. m. b. H. Der Gedanke, die kommunalen Elektrizitätswerke Westfalens zu einer Verwaltungs- und Betriebsgemeinschaft zusammenzuschweißen, hat dieser Tage seine Verwirklichung gefunden. Die unter der Firma „**Dortmunder und Verbands-Elektrizitätswerk G. m. b. H.**, Dortmund, vereinigten Gesellschaften (Städtisches Elektrizitätswerk Dortmund und Westfälisches Verbands-Elektrizitätswerk A.-G. zu Dortmund) haben jetzt mit dem Elektrizitätswerk Westfalen A.-G., Bochum-Münster, eine Vereinbarung dahin getroffen, daß auch Westfalen der Dachgesellschaft beitritt. Das **Gesellschaftskapital** (gegenwärtig 200 000 Goldmark) soll in Kürze auf 10 Millionen Mark erhöht werden. Davon übernimmt Westfalen als geschlossene Gruppe 50 Proz., die anderen 50 Proz. werden von den bisherigen Gesellschaften übernommen. Die Firmenbezeichnung lautet künftig: „Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen G. m. b. H." Diese neue Gesellschaft verfügt über **vier Großdampfkraftwerke** mit einer Gesamtleistung von zusammen 166 000 Kilowatt. Sitz der Gesellschaft ist Dortmund.

Kampf zwischen Produzenten und Abnehmern in der Textilindustrie. Der **Süddeutsche Spinnweberverband** hat sich, wie „Die Textil-Woche" erfährt, zwecks Aufhebung einer seit dem Jahre 1919 seitens des Verbandes der nord- und nordwestdeutschen Baumwollwaren-Ausrüster verhängten Einkaufssperre verpflichtet, für die Dauer des Jahres 1925 **keine neuen Kunden mehr aus dem Einzelhandel** und der Kleinkonfektion zu werben, auch seine bisherigen Kunden aus dem Einzelhandel 8 bis 10 Proz. teurer als den Baumwollwarengroßhandel zu beliefern. Der Reichsbund des Textileinzelhandels wird gegen dieses durch den Druck des Baumwollwaren-Ausrüstungsverbandes zustande gekommene Abkommen, das eine schwere **Schädigung** für den Einzelhandel und die Konfektion bedeutet, die **auf Grund der Kartellverordnung** zulässigen gesetzlichen Schritte unternehmen, insbesondere beim Vorsitzenden des Kartellgerichts die Genehmigung zu einer Sperre einholen.

Erhöhung der Roheisenpreise. In der Sitzung des **Roheisenverbandes** am letzten Mittwoch wurde berichtet, daß die **Nachfrage nach Roheisen** weiterhin **befriedigend** ist. Die Roheisenpreise wurden für sämtliche Sorten mit sofortiger Wirkung um 2 M. je Tonne erhöht.

Die Erweiterung der Gemeinschaftsgruppe. In den Generalversammlungen der zur Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken gehörigen Hypothekeninstitute wurde die Aufnahme der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank A.-G. in Schwerin mit Wirkung vom 1. Januar 1925 beschlossen, und es soll dementsprechend ein Austausch von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern unter den genannten Banken stattfinden. Mit dieser Aufnahme wird der Wirkungskreis der Gemeinschaftsgruppe insofern erheblich erweitert, als die Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank die einzige Hypothekenbank von Bedeutung in Mecklenburg ist. Die Gemeinschaftsgruppe hat damit Gelegenheit, auch für den Realkredit des landwirtschaftlichen Besitzes mehr als bisher zu tun und auf diese Weise die Tätigkeit der Landschaften, deren Hauptaufgabe die Versorgung der landwirtschaftlichen Unternehmungen mit hypothekarischem Realkredit ist, etwas zu entlasten.

Die Getreideankäufe Sowjetrußlands in Kanada. Die Sowjetregierung hat im Dezember und Januar zusammen 9 Millionen Pud Mehl in Kanada angekauft, d. h. den größten Brotankauf abgeschlossen, der jemals in Kanada stattfand. Der Ankauf geschieht durch Vermittlung der Bank von New York gegen Barzahlung. Der Transport erfolgt ab New York nach dem Schwarzen Meer.

Eine internationale Interessengemeinschaft in der Elektroindustrie. Nach einer Meldung der „New York Times" haben die Westinghouse Electric and Manufacturing Company in New York und die Siemens-Schuckert-Werke in Berlin ein auf 10 Jahre befristetes **Arbeitsabkommen** abgeschlossen, wonach die beiden Gesellschaften die Ergebnisse ihrer Untersuchungen, Erfindungen und Arbeitsmethoden auf elektrischem Gebiete **austauschen** werden. **Von dieser Zusammenarbeit erhofft man wesentliche Vorteile für beide Konzerne.**

Die Umwandlung der staatlichen Salinenbetriebe in Oesterreich. Nach der im deutsch-österreichischen Nationalrat eingebrachten Regierungsvorlage soll wie bei den Bundesbahnen ein **eigener Wirtschaftskörper** „Oesterreichische Salinen" errichtet werden, welchem vom Bunde die Führung der Salzmonopole überlassen wird. Sitz des Unternehmens ist Bad Ischl. Die Firma genießt alle Begünstigungen und Rechte wie die jetzige Monopolverwaltung. Die geschäftsbehördliche Bewilligung entfällt. Die „österreichischen Salinen" haben den Reingewinn mit Schluß jeden Geschäftsjahres an die Bundeszentralkasse abzuführen. Sie erhalten vom Bunde ein Betriebskapital von 20 Milliarden. Organe sind der Salinendirektor als Vorstand und die Verwaltungskommission; einem Abberufungsbefehl der Bundesregierung muß entsprochen werden. Zur Ueberwachung der Geschäftsführung wird von der Bundesregierung eine **Verwaltungskommission** mit dreijähriger Amtsdauer bestellt, welche aus acht Mitgliedern besteht. Drei Mitglieder sind den Organisationsleitungen des Personals zu entnehmen. Die Einflußnahme der Bundesregierung ist auf jene Befugnisse beschränkt, die aus ihrem bundesbehördlichen Hoheits- und Aufsichtsrechte entspringen.

Arbeitersport.

Fußballspiele am Sonntag.

Die Serienspiele haben ihr Ende erreicht. Die Spiele um den Berliner Meister sind im vollen Gange. Der Bezirk **Osten** und der Bezirk **Südwest** haben bereits die Vorrunde hinter sich. Am kommenden Sonntag steigt nun auch die **Vorrunde um die Bezirksmeisterschaft** im Norden. Auf dem Adler-12-Platz, Berlin N., Christianiastraße, treffen sich folgende Abteilungsmeister: Um 1 Uhr ATB.-Pankow gegen Teutonia und um 2½ Uhr Adler 08 gegen FSB 24. (Am 1. März gehen dann gleichzeitig in allen drei Bezirken die Endspiele vor sich.) Im weiteren finden noch folgende Spiele statt (Anfang 3 Uhr): Brandenburg gegen VfB.-Köpenick in Brandenburg; Stralau gegen Adlershof in Stralau, Alt-, Ecke Glühendstraße; Teltow gegen Potsdam in Teltow, Annastraße; Britannia-Neukölln gegen Zosdorf auf dem Tempelhofer Feld; Viktoria gegen Lichtenberg II in Tempelhof, Verlängerte Kaiserin-Augusta-Straße; Nowawes gegen Alemannia in Nowawes, Park Babelsberg; BC. Moabit gegen Oberspree im Beusselgrund; Berolina-Neukölln gegen Brandenburg 24 auf dem Tempelhofer Feld; Kreuzberg gegen Lichtenberg I auf dem Tempelhofer Feld; FBC. gegen Germania-Weißensee in Zehlendorf, Spandauer Straße; Woltersdorf-L. gegen Lichtenberg III in W.; Stralau gegen Wacker 30 in Stralau, Goßlerstraße; Frisch-Frei gegen Neukölln-Britz in Niederschöneweide, Oganstalt; Weißensee gegen Stern-Marienfelde in Weißensee, Rennbahn; Askania gegen Wilmersdorf in Köpenick, An der grünen Trift; Friedrichshagen gegen Fußballring in Friedrichshagen, Gemeindesportplatz; Komet gegen BSC. in Fürstenwalde, Braunsdorfer Straße; Concordia gegen Brandenburg in Baumschulenweg, Plänterwald; Luisio-Fibel gegen RFC. in Rudow, Neuköllner Straße; Schöneberg gegen Alt-Glienicke in Schöneberg, Dominicusplatz, Sachsendamm; Velten gegen Sparta-A. in Velten, Bahnhofstraße. Vorher untere Mannschaften.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Am Sonnabend, den 21. Februar, abends 7 Uhr, Vorhandsitzung bei Ewald. Um 8½ Uhr gemeinsame Sitzung mit den Spielführern.

4. Bezirk, Nordgruppe. Am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet in der Gemeindeturnhalle in Berlin-Marienfelde die Gruppenlehrprobe statt. Jeder Verein hat seinen Turnwart und Vorturner zu entsenden. Anschließend findet im Lokal des Turngenossen Stalleck, Marienfelde, Berliner Straße, die Gruppensitzung mit sehr wichtiger Tagesordnung statt. **Jeder** Verein des 4. **Bezirks** meldet zur Turnspielserie bis zum 15. März seine Mannschaften an den Bezirksspielwart Friedr. **Neumann**, Lichtenrade, Halkestr. 15.

Sport-Club „Liberias 96", Jiu-Jitsu-Abteilung, Charlottenburg. Am Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstraße 24, **Werbekampftag im Jiu-Jitsu** gegen die bekannten Vereine Norden, Zurich, Neukölln, Boran und Sazon-Brandenburg. Der Abend wird durch eine Jiu-Jitsu-Demonstration eingeleitet.

Freie Kanufahrer Berlin, e. V. Am Freitag, den 20. Februar, abends 8½ Uhr, Sitzung im Vereinslokal, Neukölln, Marktstr. 12 (Ideal-Klause). Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Berlin. Touren für Sonntag, den 22. Februar. 1. Abt.: Dampfer „Wintermärchen". Treffpunkt ½2 Uhr Jannowitzbrücke. 3. Abt.: Zehlendorf, Karlstr. 12, bei Böhn, bis Zehlendorf-Mitte. Start 1 Uhr Lausitzer Platz. 5. Abt.: Pichelswerder (Alten Freund). Start 1 Uhr Landsberger Platz. 6. Abt.: Tour wird um 1 Uhr am Start Kopenhagener Str. 36 bekanntgegeben. 7. Abt.: Besuch der Arbeiterwohlfahrtsausstellung. Start vormittags 10 Uhr Kolonistr. 146. 8. Abt.: Teltow—Klein-Machnow. Start 1 Uhr. 26. Februar, 7 Uhr, Weskendorf, Wielefstr. 24. 9. Abt.: Schönwalde (Klöpfer). Start 1 Uhr Schulstr. 114, Seefeld, Uebungsfahrt für Langstreckenfahrer. 10. Abt.: Mahlsdorf (Heideberg). Start 1 Uhr Comeniusplatz. 11. Abt.: Strausberg. Start vormittags 10 Uhr Hochstr. 12. **Ortsgruppe Charlottenburg:** Ziel wird um 1 Uhr am Start Gervinusstr. 13 bekanntgegeben. **Ortsgruppe Baumschulenweg:** Alle Zuschriften sind an Max Vocken, Baumschulenstr. 84, 2 Tr., zu richten. **Ortsgruppe Neukölln:** 1 Uhr am Start Sanger, Ecke Saalestraße. **Ortsgruppe Lichtenberg:** 28. Februar sportliche Vorführungen in Tempels Festsälen, Friedrichsfelde, Prinzenallee 50. Start 8 Uhr abends. — **Achtung, Bundesgenossen!** Die nächste Beginntour für die Abteilungen ist am 1. März nach Birkenwerder, Restaurant Japan.

Freie Schwimmer Neukölln. Sonnabend, den 21. Februar, abends 6 Uhr, Altersriegensitzung bei Rock, Weser-, Ecke Jungstraße.

3 Tropfen Kaol
Metall-Oel-Politur besser als Putzwasser

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! **Jugendliche** Achtung!

Heute, Freitag, den 20. Februar, abends 7 Uhr, im großen Saal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85:

Vortrag mit Lichtbildern:

„Der Diesel-Motor, mit einem Ueberblick über Gas- u. Explosionsmotoren". Von Oberingenieur Dr. W. Pschyrembel.

Zu diesem Vortrag haben alle Kollegen Zutritt. **Die Jugendabteilung.**

Achtung! **Generalversammlung!**

In der Zeit vom Montag, den 23. Februar bis Dienstag, den 2. März finden die **Wahlkörper-Versammlungen** statt.

Die Tagesordnung der Generalversammlung ist folgende: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal. 2. Bericht der Revisoren. 3. Erledigung der an die Verwaltung gelangten Anträge.

Die Anträge für die Wahlkörperversammlungen können von **Montag, den 23. Februar**, mittags ab, im Zimmer 3, von den Bezirksleitern abgeholt werden.

Achtung! **Verwaltungsmitglieder!**

Heute, Freitag, abends 7 Uhr:

Sitzung

der mittleren Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Scotts Emulsion

(Deutsches Fabrikat)

ist seit Jahrzehnten in allen Kulturländern das

Nährmittel für die Jugend

Scott's Emulsion fördert die Entwickelung, kräftigt den Knochenbau und wirkt blutreinigend. Bei zurückgebliebenen und schwächlichen Kindern ist sie unentbehrlich und dient als Ergänzung der täglichen Nahrung.

Man hüte sich vor Nachahmungen, da diese oft an Stelle des Originalpräparates empfohlen werden.

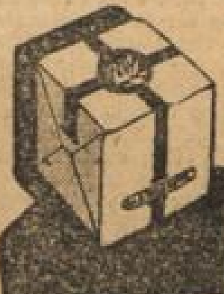
Scott's Emulsion *ist in allen Apotheken und Drogerien zu haben.*

Niederlagen:
Admirals-Apotheke, SO. 26, Admiralstr. 31/32
Apotheke Zum Bär, O. 27, Grüner Weg 94
Böer's Apotheke, NO. 18, Gr. Frankfurter Str. 103
Minerva-Apotheke, Charlottenburg, Bismarckstr. 81
Schweizer-Apotheke, W. 8, Friedrichstr. 173
Victoria-Apotheke, SW. 48, Friedrichstr. 19
Drogerie Albert Blechstein, Berlin, Zorndorfer Str. 8
Emser-Drogerie, Neukölln, Emser Str. 124
Drogerie Georg Gores, Pankow, Breite Str. 40

Strahlende Gesichter

lohnen der Mutter die Mühe des Kuchenbackens. Jedes Backwerk gewinnt an Wohlgeschmack und Aussehen, wenn man zu seiner Herstellung die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband" verwendet.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.



Schwan im Blauband

frisch gekirnt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband" das farbig illustr. Familienblatt „Die Blauband-Woche" gratis zu verlangen.

Aus den Bezirken.

Bezirk Mitte.

In der Sitzung der Bezirksversammlung Berlin-Mitte am Mittwoch, den 11. Februar, stand die Wahl eines besoldeten Stadtrats auf die Tagesordnung. In geheimer Sitzung und nachfolgender geheimer Abstimmung wurde die Wahl eines besoldeten Bezirksamtsmitgliedes vorgenommen. In der Stichwahl wurde unser Genosse Herrmann, bisher unbesoldeter Stadtrat im Bezirksamt Mitte, mit 33 Stimmen gegen 32 Stimmen zum besoldeten Stadtrat gewählt. Anscheinend haben noch einige Bürgerliche außer dem Zentrum für unseren Kandidaten gestimmt, da die Kommunisten wie überall der Parole ihrer Zentrale folgend auch hier wohl gegen unseren Genossen gestimmt haben. Die übrigen Beratungsgegenstände nahmen das Interesse der Versammlung weniger in Anspruch; insbesondere die Etatberatung verlief ruhig. Bei der Vorlage über den Bau eines Wohnhauses in der Gartenstraße, das vom Bezirksamt Mitte mit Hilfe von Ablösungsgeldern und Hauszinssteuerertrag errichtet wurde, bemängelte die Rechte, daß die Versammlung nicht vorher befragt worden sei. Demgegenüber konnte mit Recht darauf hingewiesen werden, daß es wichtiger war, die milde Witterung auszunutzen und etwa 30 Wohnungen herzustellen, die zu normalen Preisen den Wohnungslosen, die zunächst berechtigt sind, überlassen werden.

Bezirk Spandau.

Der Wahlerfolg vom 7. Dezember hat uns gezeigt, daß die von uns eingeschlagenen Wege richtig sind. Sinngemäßes Zusammenarbeiten des Kreisvorstandes, der Bezirksverordnetenfraktion, sowie sämtlicher Funktionäre zeigte hierbei volle Harmonie. Gewiß zeigten Debatten oftmals Meinungsverschiedenheiten, aber stets war man bereit, der Sache zu dienen und den Gedanken des Sozialismus zu fördern. Leider ist in Spandau die Saalfrage schwierig, da Säle nur sehr schwer und nicht in jedem Stadtteil zu haben sind. Zweifellos sind öffentliche Versammlungen, die man in die einzelnen Stadtteile legen kann, von Vorteil, der sehr wesentlich ist. Die Arbeiter Spandaus zeigen oftmals eine gewisse Bequemlichkeit, die sich schlecht mit ihren dürftigen Lebensverhältnissen vereinbaren läßt. Hier haben mit anerkennenswerter Freudigkeit unsere Genossinnen und Genossen eingesetzt und in der korrekten Flugblattverbreitung Beachtliches geleistet. Ein besonderes Kapitel ist eine gewisse Unbeständigkeit der Arbeiterschaft im Bezirk. Die Mehrzahl besteht aus ehemaligen Staatsarbeitern, politisch wenig gefestigten Volksgenossen. Trotzdem zeigten unsere Versammlungen einen Massenbesuch. Selbst die Versammlungen in unserem ländlichen Bezirk waren erfolgreich. Trotz der wirtschaftlich schlechten Zeit sind nach Berichten die Abteilungsabende zufriedenstellend besucht. Das trifft auch auf die vom Kreisvorstand einberufenen Mitgliederversammlungen zu. In der Mitgliederversammlung vom Januar, wo Genosse Artur Richter über die „politische Lage" sprach, war manche wertvolle Anregung zu buchen. Am 18. Februar sprach hier Genosse Clajus über die „Arbeit unserer Genossen im Stadtparlament". Trotz beinahe zweistündigem Referat keine Ermüdung, was etwas heißen will. Die Aussprache war rege und gab manchen Aufschluß über die Spandauer Verhältnisse. Eine geschickte Kommunalpolitik unserer Genossen kann und wird noch vieles erzielen. — Ein vorgesehener Bericht der Bezirksverordnetenfraktion mußte der vorgeschrittenen Zeit halber zurückgestellt werden. Die Werbearbeit unserer Frauen ist ebenfalls im Kreise Spandau eine sehr fördernde und verdient alle Anerkennung.

---

15. Verwaltungsbezirk (Treptow).

Mit vollem Recht erklärte unser Fraktionsredner anläßlich der Etatberatung in der Bezirksverordnetenversammlung, daß es in erster Linie das Verdienst der Sozialdemokratie sei, wenn heute wieder im Reich, in den Ländern und Kommunen eine gesunde Etatwirtschaft, auf Goldmark basierend, Platz gegriffen hat. Und wir haben auch gegenwärtig allen Anlaß, dieses immer wieder in aller Oeffentlichkeit zu betonen. Wenn noch im Oktober 1923 die Etataufstellung für 1924 ein Jonglieren mit unmöglichen Zahlen darstellte, so ist demgegenüber für das Rechnungsjahr 1925 ein in Einnahmen und Ausgaben fest umrissener Etat geschaffen worden. Etat oder Bedarfsanmeldung? Letzteres ist wohl die zutreffendere Bezeichnung. Nicht mehr wie in den früheren Jahren die Einzelgemeinden braucht sich heute der einzelne Verwaltungsbezirk resp. die Bezirkskörperschaft Kopfzerbrechen über die Deckung des eigentlichen Bedarfs zu machen. Und doch wird man von den Zentralinstanzen Groß-Berlins erwarten dürfen, daß bei der Etataufstellung bzw. Bedarfsanmeldung der Bezirke der Finanzlage Groß-Berlins Rechnung getragen wird. Andererseits wird sich aber die Zentralverwaltung bei Prüfung der Bedarfsanmeldungen der Verwaltungsbezirke vor Schematisierung hüten und die Struktur, Bevölkerungsziffer, soziale Lage der Einwohnerschaft der einzelnen Bezirke, ausgiebig berücksichtigen müssen. Die Kriegs- und die nun hinter uns liegende Inflationszeit, das zeigt sich nur zu deutlich, hat in den Bezirken mit einem großen Prozentsatz Minderbemittelter viel größere Wunden hinterlassen als in denen mit einer verhältnismäßig starken, sozial gehobenen Schicht. Diese Bezirke sind größtenteils identisch mit denen, die sich heute aus den schon früher finanziell schwachen und am wenigsten leistungsfähigen Einzelgemeinden zusammensetzen. In der Vorzeit ist gerade hier vieles im Interesse der Allgemeinheit Liegende aus vorhergehenden Gründen unterlassen worden. Es war nun aber einer der leitenden Gedanken der geistigen Väter des jetzigen Groß-Berlin, diese Schäden allmählich zu beheben, einen notwendigen Ausgleich in der Einheitsgemeinde zu schaffen. Die Erhöhung der Ausgaben des 15. Bezirks auf 9 834 240 M. für 1925 gegenüber zirka 5½ Millionen für 1924 setzte in der Bezirksversammlung einzelne Mitglieder derselben zunächst in Erstaunen. Nach der Einbringung des Etats war es der Demokrat Schaak, der sich gegen diese Erhöhung erging. Unsere Fraktion, die selbstverständlich ein starkes Interesse an einer korrekten Durchberatung hatte, stellte den Antrag, im Rechnungsausschuß den Etat einer sachlichen Nachprüfung zu unterziehen. In zwei Sitzungen, in welchen wie immer, wenn es sich um sachliche Arbeit handelt, die Kommunisten fehlten, kamen die Parteivertreter zur übereinstimmenden Erkenntnis, daß der Etat von dem Bezirksamt, das mit zwei Ausnahmen von Genossen besetzt ist, und den Deputationen in mustergültiger Art, den Verhältnissen unseres Bezirks Rechnung tragend, aufgestellt worden ist. Sollen die Bedürfnisse im neuen Etatjahr nur einigermaßen befriedigt werden, soll weiter nur ein kleiner Prozentsatz der vorher erwähnten Schäden behoben werden, dann dürfte nicht eine einzige Mark gestrichen werden. Einstimmig empfahl der Rechnungsausschuß die Annahme des Etats. Gesagt muß werden, daß unsere Fraktion bei allen Beratungen in vorbildlicher Form aufzeigte, wie man im Interesse der Bevölkerung positive, praktische Arbeit verrichtet. Namen die Vertreter der bürgerlichen Parteien über allgemeine Redensarten und Nörgeleien nicht hinaus, so erlaubten sich die Kommunisten das Vergnügen, den Etat abzulehnen, was bewies, daß sie den Etat weder richtig gelesen noch verstanden hatten.

Die Wohnungspolitik der Stadt Berlin.

Eine Eingabe der Gemeinnützigen Baugenossenschaften.

Eine Konferenz, die von den gemeinnützigen Baugenossenschaften vor etwa 14 Tagen einberufen worden war, und die sich mit der Wohnungspolitik der Stadt Berlin beschäftigte, hat diese Genossenschaften nunmehr veranlaßt, in einer längeren Eingabe an den Magistrat die Schäden, die aus einer verkehrten Wohnungspolitik erwachsen, darzulegen. Der Eingabe, die allen Stadtverordnetenfraktionen zugegangen ist, entnehmen wir folgendes: Die gemeinnützigen Baugenossenschaften haben im Jahre 1924 den

Bau von 1100 Wohnungen

begonnen. Die Finanzierung der Bauten schien völlig gesichert, zumal die Gewährung verhältnismäßig preiswerter Hypotheken zur Deckung der Restfinanzierung in Aussicht gestellt war. Die Finanzierung der Bauten erfolgt gegenwärtig nur bis zu 50 Proz. aus öffentlichen Mitteln. Der Rest der Baukosten muß durch Baukostenzuschüsse der Mieter und durch Gelder aufgebracht werden, die dem öffentlichen Kapitalsmarkt zu entnehmen sind. Die Baugenossenschaften stehen jetzt vor der Unmöglichkeit, billiges Hypothekenkapital aufzubringen. Zudem verschlingt die seit dem Oktober v. J. eingetretene Preissteigerung der Baumaterialien ganz erhebliche Summen. Die Eingabe fährt dann fort: Dadurch, daß die Richtlinien des preußischen Wohlfahrtsministeriums es der Stadt Berlin unmöglich gemacht haben, die Hauszinssteuerhypothek pro Wohnung in Sonderfällen zu erhöhen, wurde der größte Teil der Mittel aus der Hauszinssteuer an Bauunternehmer und Bauinteressenten gegeben, die nicht für Minderbemittelte, sondern für begüterte Volkskreise Wohnungen erbauten. Diese Bauunternehmer waren aber auch in der Lage, das in geringerem Umfange zur Verfügung stehende Privathypothekenkapital an sich zu ziehen.

Die Ziegelpreise wurden z. B. vom Juli 1924 bis zum Februar d. J. von 14 M. auf 45 M. erhöht.

Ueber die Baupreise, wie sie sich für die Herstellung des einzelnen Kubikmeters umbauten Raumes ergeben, macht die Eingabe interessante Angaben. Am Beginn des vorigen Jahres stellte sich der Preis auf 25 M. Gegenwärtig ist unter 35 M. keine Wohnung herzustellen. Die gemeinnützigen Bauten wurden durch verzögerte Ausstellung der Ansiedlungsgenehmigung, der Baupläne usw. in die Periode der Preissteigerung hineingezogen. Zu Beginn der Bauten konnte auf Grund der Baupreise im August v. J. eine Wohnung von 65 Quadratmeter Wohnfläche für 10 000 M. hergestellt werden. Die gleiche Wohnung kostet jedoch heute 14 000 M. und, wenn man den Grund und Boden dazu rechnet, etwa 16 000 M. Trotz der noch geltenden günstigen Bauverträge, die die Genossenschaften mit Baufirmen abgeschlossen haben, muß für eine solche Wohnung eine Jahresmiete von rund 1000 M. gefordert werden. Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß eine Wohnung von zwei Zimmern, Kammer und Wohnküche pro Quadratmeter der Wohnfläche etwa 15 M. Miete erfordert. Dieser Preis erreicht aber bereits die doppelte Friedensmiete. Nach den gegenwärtigen Baupreisen und den gegenwärtigen Finanzierungsmöglichkeiten wird man Wohnungen für „Minderbemittelte" nur zur

dreifachen Friedensmiete

erbauen können. Die Eingabe, die den geradezu katastrophalen Stand der gemeinnützigen Bautätigkeit zeigt, schließt mit der Feststellung, daß unter den geschilderten Verhältnissen die Baugenossenschaften ihre Aufgabe, Wohnungen für Minderbemittelte zu bauen, nicht erfüllen können. Bei den Behörden ist irgendein Entgegenkommen nicht zu finden. Es soll sogar vorgekommen sein, daß der Steuerfiskus einer Genossenschaft die Gemeinnützigkeit aberkannt hat, weil sie der hohen Baukosten wegen für Minderbemittelte keine Wohnungen herstellen kann. Die Baugenossenschaften richten deshalb an den Magistrat die dringende Bitte, ihnen

geringverzinsliche Hypothekengelder in solchem Ausmaß zur Verfügung zu stellen, daß es den minderbemittelten Wohnungslosen ermöglicht wird, die Mieten aufzubringen.

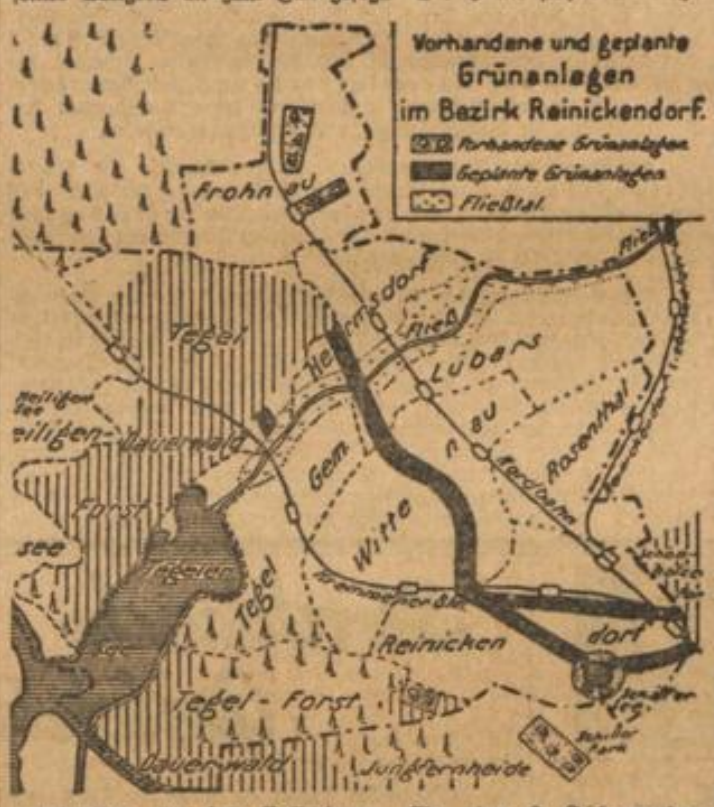
Gleichzeitig wird darum gebeten, die Verzinsung und die Tilgung der Hauszinshypothek so lange auszusetzen, bis auf dem Berliner Bau- und Geldmarkt wieder normale Verhältnisse eingetreten sind.

*

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, der in der nächsten Sitzung behandelt werden wird. Sollte dem Verlangen der Baugenossenschaften und auch unserer Fraktion von der bürgerlichen Mehrheit des Stadtparlaments nicht in dem gewünschten Umfange entsprochen werden, so ist mit aller Bestimmtheit damit zu rechnen, daß die Baugenossenschaften den Bau von Wohnungen gänzlich einstellen müssen. Unterschrieben ist die Eingabe von 14 der größten gemeinnützigen Baugenossenschaften, unter denen sich auch die „Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter" befindet, die bekanntlich im engsten Zusammenarbeiten mit den freien Gewerkschaften steht.

Kulturarbeit im Norden.

Während der Norden und Nordwesten des Bezirks Reinickendorf von Hermsdorf, Frohnau bis Tegelort, Saatwinkel zu den schönsten Teilen der Berliner Umgebung gehören, entbehren der Süden und Südwesten des Bezirks, namentlich die Ortsteile Reinickendorf und Wittenau, jedes landschaftlichen Reizes. Diesem Mangel in großzügiger Weise abzuhelfen, hat sich das Bezirksamt vom Beginn seiner Tätigkeit an zum Ziel gesetzt. Die Pläne stehen nunmehr



unmittelbar vor der Vollendung. Ein etwa 8 Kilometer langer, 100 bis 300 Meter breiter Grünstreifen soll sich in wechselnder Breite durch den ganzen Bezirk ziehen. Der Grünstreifen soll in der Nähe des Schloßparkes Schönholz an die dort geplanten Pankower Grünanlagen anschließen, südlich der Kremmener Bahn bis zur Dalldorfer Irrenanstalt verlaufen, dann sich nach Nordwesten wendend unmittelbar westlich des alten Dorfes Wittenau, weiter hart westlich von Waidmannslust, hier das hübsche Steinberggelände einschließend, seinen Fortgang nehmen, das Hermsdorfer Fließ erreichen und nördlich desselben in der Nähe des Dauerwaldes bei Hermsdorf sein Ende finden. Auf diesen Grünstreifen soll in der Nähe des Bahnhofs Reinickendorf ein zweiter Grünstreifen stoßen, der, von Süden kommend, seinen Ausgangspunkt an den Anlagen am Schäfersee nehmen soll. Die Anlagen am Schäfersee sollen später auch durch einen Grünstreifen mit dem Schillerpark in Verbindung gebracht werden. Die Anlagen am Schäfersee sind bereits in der Inflationszeit geschaffen worden. Für die große Querpromenade durch den ganzen Bezirk ist es in überraschender Weise in den letzten fünf Monaten gelungen, das gesamte erforderliche Gelände teils im Wege des Kaufes oder Tausches, teils unentgeltlich zu erwerben. Einen Teil, nördlich der Irrenanstalt Dalldorf, besitzt die Stadt Berlin bereits seit längerer Zeit.

Die Ausarbeitung der gartentechnischen Pläne ist dem Gartendirektor Brodersen übertragen. Durch die Gewinnung dieses hervorragenden Fachmannes ist die künstlerische Ausgestaltung der Anlage verbürgt. Das Bezirksamt hofft diese Pläne bereits im nächsten Jahre zu verwirklichen. Die Parkanlagen werden nach ihrer Vollendung nicht nur dem Bezirk Reinickendorf, sondern auch der ganzen Stadt zur Zierde gereichen; sie werden allen Bewohnern von Reinickendorf und Wittenau eine leicht erreichbare Gelegenheit zur Erholung gewähren.

Immer noch kein Ortsstatut für die Berufsschule.

Drei Bezirke ohne Berufsschulpflicht für Mädchen!

Vor der Gründung Groß-Berlins herrschte auf dem Gebiete des Fortbildungsschulwesens ein wüstes Durcheinander. Jede größere Gemeinde hatte ihr besonderes Ortsstatut. Mehrere kleinere Gemeinden hatten die Schulpflicht überhaupt noch nicht eingeführt. Aber auch in größeren Gemeinden, wie Neukölln, Tempelhof, Zehlendorf, bestand noch keine Berufsschulpflicht für Mädchen. Bei Schaffung der Gesamtgemeinde sollte dieser unerträgliche Zustand beseitigt werden, aber bis auf den heutigen Tag besteht er noch unverändert fort. Die städtischen Körperschaften haben schon mehrmals ein neues Ortsstatut beraten, das einheitlich die Schulpflicht für Jünglinge und Mädchen regeln sollte. Zur Einführung ist es aus meist recht unerheblichen Gründen noch nicht gekommen. So hat sie der Bürgerblock im Roten Hause eine geraume Zeit hindurch deswegen verzögert, weil er die Bildung einer besonderen Deputation für Berufs- und Fachschulen verlangte. Dies Ziel hat er nun erreicht, das Ortsstatut ist trotzdem immer noch nicht da. Es muß mit größtem Nachdruck eine Beschleunigung dieser Angelegenheit verlangt werden, damit wenigstens zum 1. April die Errichtung von Mädchenberufsschulen in den drei noch fehlenden Bezirken Neukölln, Tempelhof, Zehlendorf gesichert wird und zugleich auch die Reorganisation der anderen Berufsschulen nach einem vernünftigen Plan durchgeführt werden kann.

Neue Stadträte. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin hat unter dem 3. Februar 1925 die Wahl des Filialleiters Max John zum unbesoldeten Stadtrat im Bezirksamt Köpenick für den Rest der Wahlzeit des früheren Stadtrats Nawrocki und unter dem 6. Februar 1925 die Wahl des Bezirksverordneten Kaufmann Paul Sauerwald in Berlin-Schmargendorf zum unbesoldeten Stadtrat des Bezirksamtes Berlin-Wilmersdorf für den Rest der Amtszeit für den verstorbenen Stadtrat Heenemann bestätigt.

Die Bezirksnachrichtenstelle Spandau teilt mit, daß der nächste Vorleseabend der Stadtbücherei aus Kolbenheyers Werken erst am Donnerstag, den 26. Februar, stattfindet. — Am Donnerstag, den 5. März, liest die bekannte märkische Dichterin Ina Seidel aus ihren eigenen Werken; am Donnerstag, den 12. März, Dr. Gustav Manz aus „Edda" und „Nibelungenlied".

Wilhelm Gaßmann, einer unserer Alten, ist von uns gegangen. Genosse Gaßmann hat im Alter von 67 Jahren seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht, nachdem er seit der Inflationszeit ständig mit Not und Entbehrung zu kämpfen hatte. Er ist insbesondere den Parteigenossen des früheren 6. Wahlkreises als „Vorwärts"-Spediteur in der Gegend des Gesundbrunnens und den Genossen des jetzigen 19. Kreises bekannt. Er war lange Zeit Gemeindevertreter in Pankow und als solcher besonders während des Krieges mit großem Eifer für die Sache der Arbeiterschaft tätig. Auch sonst hat er in seiner mehr als 40jährigen Zugehörigkeit zur Partei für die Ideen des Sozialismus gewirkt. Während der Inflation verlor er seine Ersparnisse; dieser Umstand in Verbindung mit einer anhaltenden Krankheit veranlaßten ihn, den Freitod zu wählen. Die Parteigenossen werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Oskar Sander gestorben. Dieser Tage verstarb plötzlich unser alter, langjähriger Parteigenosse Oskar Sander, Ostenberg, Kietzer Weg 6. Gen. Sander stand im 75. Lebensjahr und war seit 30 Jahren in der Partei organisiert, ebensolange war er Mitglied im Zentralvorstand der Zimmerer. Von 1908 bis 1918 vertrat er die Interessen der Arbeiterschaft als Stadtverordneter in Lichtenberg. Die 110. Abteilung betrauert in Oskar Sander einen Parteigenossen, der trotz seines Alters an allen Veranstaltungen der Partei teilnahm.

Husemann über die Grubenkatastrophe.

Regierungserklärungen im Reichstag.

Staatssekretär **Geib** beantwortete im Reichstag die Interpellationen über die Kontrolle der Sicherheit der Gruben nach warmen Gedenkworten folgendermaßen: An erster Stelle ist zu prüfen, welche gesetzlichen Maßnahmen noch zur Verhütung derartiger Katastrophen getroffen werden können. In dieser Beziehung muß ich auch heute darauf hinweisen, daß der Bergarbeiterschutz in erster Linie Sache der Landesverwaltung ist. Ihre Sache ist auch die bergpolizeiliche Untersuchung der Unfallursachen. Prüft man die Frage, was seitens des Reiches etwa noch zur Verhütung derartiger Unglücksfälle getan werden könnte, so kommen hauptsächlich die Bestimmungen über die Tätigkeit der Betriebsräte auf dem Gebiete der Unfallverhütung in Frage. Die Befugnisse der Betriebsräte sind in einer von Werksleitungen und Gewerkschaften für den rheinisch-westfälischen Bergbau getroffenen Vereinbarung näher festgelegt und umschrieben worden. Nach der Vereinbarung besitzt die Betriebsvertretung die Befugnis zur Befahrung aller Reviere. Es sind vier regelmäßige Befahrungen jedes Reviers im Monat vorgesehen, darüber hinaus Befahrungen in besonderen Fällen, soweit sie zur Untersuchung von Beschwerden oder zur Erfüllung anderer Aufgaben der Betriebsvertretung erforderlich werden.

Um eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen Bergrevierbeamten und Betriebsvertretungen zu erreichen, hat in Preußen der Herr Handelsminister besondere Anweisungen an die Bergrevierbeamten erlassen. Danach haben die Revierbeamten von Grubenbefahrungen, die sie im sicherheitspolizeilichem Interesse vornehmen, der Betriebsvertretung vor Beginn der Befahrung zwecks Beteiligung Mitteilung zu machen. Ebenso haben sie bei allen größeren, aus sicherheitspolizeilichem Interesse stattfindenden Revisionen der Betriebsvertretung die Möglichkeit der Beteiligung zu geben. Sie haben ferner Anträgen der Betriebsvertretung auf außergewöhnliche Befahrungen, falls besondere Gründe hierfür vorgebracht werden, zu entsprechen und sich bei allen bergbehördlichen Prüfungen, Genehmigungen und Anordnungen, soweit die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter in Frage kommt, der Ansicht der Betriebsvertretungen zu vergewissern. Die Bergrevierbeamten sollen schließlich in gewissen Zeitabständen die Betriebsvertretung der einzelnen Gruben oder Schachtanlagen zur Aussprache über Fragen der Unfallverhütung zusammenberufen. Die geltende Regelung gibt hiernach den Betriebsräten auf dem Gebiete der Unfallverhütung im Bergbau ein außerordentlich weites Wirkungsfeld.

Ein Anlaß zu neuen gesetzgeberischen Maßnahmen seitens des Reiches liegt — soweit sich die Sachlage bis jetzt übersehen läßt — nicht vor.

Ob im vorliegenden Falle die Betriebsvertretung ihre Aufgaben erfüllt hat, oder ob ihr oder der Werksleitung Verstöße gegen die geltenden Bestimmungen zur Last fallen, wird erst nach Abschluß der schwebenden Untersuchung entschieden werden können. Es handelt sich bei der Befahrung der Reviere, wie bei sämtlichen Aufgaben der Betriebsvertretung lediglich um Befugnisse der Betriebsvertretung, deren Wahrnehmung ihrem Pflichtermessen anheimgestellt und nicht von der Werksleitung zu kontrollieren ist. Sollte sich ergeben, daß die Betriebsratsmitglieder in der Wahrnehmung ihrer Rechte durch die Werksleitung mittelbar oder unmittelbar — insbesondere etwa durch Schaffung zu großer Fahrreviere — behindert worden sind, so würde für Abhilfe derartiger Mißstände mit allen Mitteln Sorge getragen werden müssen. Das Reichsarbeitsministerium und die sonst beteiligten Stellen würden es gewiß nicht an Tatkraft fehlen lassen.

Was die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter im allgemeinen betrifft, von denen hier ja auch verschiedentlich die Rede war, so ist die vom Abg. Imbusch und dem Antrage Müller-Franken gewünschte reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterrechts bereits im Gange.

Ein Unterausschuß der im Reichsarbeitsministerium gebildeten Arbeitsrechtskommission hat unter Zuziehung von Sachverständigen aus den beteiligten Kreisen einen Entwurf fertiggestellt, der zurzeit im Ministerium einer Umarbeitung unterzogen wird. Nach Abschluß der Arbeiten, die allerdings bei der Schwierigkeit der Materie und der besonderen Vordringlichkeit anderer Arbeitsrechtsentwürfe noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden, wird der Entwurf den gesetzgebenden Körperschaften zugehen.

Die Reichsregierung erklärt sich gerne zu allen Schritten bereit, die etwa noch weiter erforderlich sind, um die Hinterbliebenen und Verletzten vor Not zu bewahren. Die Entschädigungszahlung ist sofort in die Wege geleitet worden. Am 13. Februar wurde das Sterbegeld und am 14. die Hinterbliebenenrenten angewiesen. Den Hinterbliebenen werden weiter auf dem Gebiete der Unfallversicherung die erheblichen Verbesserungen des neuen Entwurfs zugute kommen.

Das Problem der Unfallverhütung wie auch die übrigen Fragen des Bergbaues können einer wirklich befriedigenden Lösung nur zugeführt werden, wenn sich Unternehmerschaft und Arbeiterschaft über die äußerliche Zusammenarbeit im Produktionsprozeß hinaus zu einer wahren Arbeitsgemeinschaft auch innerlich zusammenfinden. Der Arbeiter muß die Empfindung bekommen, daß er nicht nur als Produktionsmittel, sondern auch als Mensch und Mitarbeiter gewertet und anerkannt wird. Dann wird sich die Zusammenarbeit immer gedeihlicher entwickeln und auch in der Unfallverhütung ihre Früchte bringen zum Wohle der Beteiligten selbst und zum Besten des deutschen Volkes. (Beifall.)

Ministerialrat **Hatzfeld**, der Leiter des Preußischen Grubensicherheitsamtes, gibt zunächst der Teilnahme der preußischen Staatsregierung aus Anlaß des Unglücks Ausdruck. Er erörtert dann weiter die Verhältnisse in dem Explosionsfeld. Dieses liegt im Südostfeld der Zeche „Minister Stein" und ist auf drei Sohlen erschlossen. Abbau findet hauptsächlich unmittelbar über und unter der ersten Sohle statt, während auf der dritten Sohle Vorrichtungsbetriebe im Gange sind. Die Wetterführung war im allgemeinen gut. Ueber die Frage der Schlagwetteransammlung läßt sich erst nach beendigten Aufräumungsarbeiten Näheres sagen. Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes war Berieselung vorhanden. Seit einiger Zeit war mit der Einführung des Gesteinstaubverfahrens begonnen worden. Die Explosion hat sämtliche drei Sohlen betroffen. Zu Tode sind 136 Personen gekommen, 6 Personen wurden lebend geborgen, 3 konnten sich selbst in Sicherheit bringen.

Bezüglich der Ursachen kann zurzeit ein endgültiges Urteil noch nicht abgegeben werden.

Hier sind verschiedene Möglichkeiten ins Auge gefaßt worden. Die erste geht dahin, daß auf der dritten Sohle Schlagwetter durch den Funken der elektrischen Lokomotivförderung entzündet sein sollen. Diese Möglichkeit scheidet nach Auffassung des Redners aus. Die zweite Möglichkeit wird in der Entzündung von Sprengstoffpatronen in einem sitzengebliebenen Schuß im Flöz „Ernestine" gesucht. Hier ist eine Klärung noch nicht erfolgt. Als dritte Möglichkeit ist hinzugetreten die Entzündung von Schlagwettern durch einen kleinen Schuß im Flöz „Otto". Diese Möglichkeit hat nach Ansicht des Regierungsvertreters zurzeit die meiste Wahrscheinlichkeit. Jedoch muß auch hier mit dem Urteil zurückgehalten werden, bis sämtliche Grubenbaue besichtigt werden konnten. Als Schutzmaßnahme kommt in erster Linie die Durchführung des Gesteinstaubverfahreus in Betracht, welches schon in kürzester Frist durch eine bergpolizeiliche Vorschrift obligatorisch gemacht werden soll. Daneben wird die Frage einer Klärung bedürfen, inwieweit die Schießarbeit in Flözen mit stärkerer Gasentwicklung und Kohlenstaubentwicklung noch Anwendung finden darf. Des weiteren muß der Ausbildungsfrage der Bergarbeiter von allen Seiten genügend Aufmerksamkeit geschenkt werden. Eine bergpolizeiliche Regelung dieser Angelegenheit steht bevor. **Bezüglich der Rettungskammern erklärte der Redner, daß diese Frage mit Rücksicht darauf, daß eine größere Anzahl Leute drei Stunden nach der Explosion noch gelebt haben, sich aber nicht in Sicherheit bringen konnten, einer Klärung bedarf.** Der Redner weist aber auf die praktischen Schwierigkeiten, die nach dieser Richtung bestehen, hin.

Das Haus tritt in die Besprechung der Interpellationen ein.

Abg. Husemann (Soz.):

Das schreckliche Grubenunglück auf Zeche Minister Stein hat das öffentliche Gewissen wachgerufen und alle möglichen Kreise halten sich jetzt für verpflichtet, den Bergarbeitern ihr Beileid auszusprechen. Viel richtiger wäre es aber, nicht nur dem toten Bergmann Sympathie auszusprechen, sondern dem lebenden, der stündlich von ungeheuren Gefahren bedroht ist, mehr Entgegenkommen zu zeigen. Ich fürchte sehr, daß man schon nach einigen Monaten die Toten von Minister Stein vergessen haben und die unbedingt notwendigen Reformen unterlassen wird. Die Zahl der durch Massenunglück Getöteten ist gering gegenüber der Zahl von Bergleuten, die durch die täglichen Unfälle betroffen werden. Diese Einzelunfälle werden kurz registriert, aber an die Angehörigen denkt man nicht weiter, sie müssen sich mit der Rente, die die Unfallversicherung gewährt, abfinden. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist eine Zurücksetzung, denn auch diese Bergarbeiter wurden bei der Ausführung ihres schweren Berufes dahingerafft.

Was jetzt in bezug auf die Höhe der Unterstützungen und der Versorgung der Hinterbliebenen geschehen muß, das muß auf alle Unfälle ausgedehnt werden. Es ist schrecklich, wenn man daran denken muß, daß im deutschen Bergbau täglich 2 Bergarbeiter getötet werden, daß 215 Verletzte täglich zu zählen sind.
(Hört, hört! bei den Soz.)

Im Ruhrbergbau ist die Zahl der täglichen Todesunfälle noch größer. Im Jahre 1924 sind dort 775 bis 800 Bergarbeiter täglich verunglückt. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf eine Schicht entfallen mehr als zwei tödliche Unfälle.

An einigen Zahlen will ich die Steigerung der Unfälle feststellen. Im Jahre 1922 wurden im Monat durchschnittlich 4678 Unfälle angezeigt. Im Durchschnitt der ersten 11 Monate 1924 waren es 5184. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Es ist notwendig, jetzt nicht nur die Vorgänge auf der Zeche Minister Stein zu besprechen, sondern auch das, was sonst im Bergbau geschieht, damit wir vor Wiederholungen solcher Unglücksfälle und vor der Steigerung der Unfallzahlen nach Möglichkeit bewahrt bleiben.

Das System des ständigen Antreibens, die überhohe Beladung der Wagen, die Bestrafung derjenigen, die Mindermaße oder Unrein liefern, wobei man sogar zu Prügel übergegangen ist, dieses System hat letzten Endes dieses Unglück herbeigeführt.

Bevor dieses System nicht geändert, bevor nicht die Rechte der Arbeiter und der Betriebsvertretungen gewahrt werden, werden wir noch oft solche Katastrophen zu betrauern haben. Aus den Berichten haben wir ersehen, daß in Flöz Otto, das besonders gefährlich ist, geschossen worden ist. **Hier hätte die Genehmigung dazu nicht gegeben werden dürfen.** Aus den Ausführungen des Ministerialrats Hatzfeld war zu entnehmen, daß das Unglück in dieser Ausdehnung hätte verhütet werden können, wenn in dem betreffenden Grubenfeld von Minister Stein überall die Steinstaubschranken gestanden hätten. Ich glaube, wenn man mit mehr Hochdruck an die Errichtung dieser Schranken und an die Durchführung der Gesteinstaubberieselung herangegangen wäre, so wäre ein derartiges Unglück verhütet worden. Bei einer Besprechung, die zwei Tage nach dem Unfall unter Grubendelegierten des Ruhrgebiets stattfand, wurde gesagt, daß durch das übervolle Laden der Förderwagen die zu hoch geladenen Kohlenmengen herunterfallen und zu Staub zermahlen werden. Die Folge davon sei, daß überall der Kohlenstaub fingerdick, vielfach bis zu den Knöcheln herumliegt. **Wenn nichts dagegen geschieht, dann muß es ja zu solchen Katastrophen kommen.** (Sehr richtig! bei den Soz.) Dieses Drängen und Schieben, dieses Jagen nach Kohlen muß aufhören, damit eine vernunftgemäße Arbeit in der Grube möglich ist. Auch die Gedingeprämien für die Bergarbeiter, die Förderprämien für die Beamten tragen vielfach dazu bei, daß der Bergmann die bergpolizeilichen Vorschriften nicht so beachtet, wie es erforderlich ist. Dazu kommt die Kürzung des Akkords, die zur Folge hat, daß der Bergmann, wenn er überhaupt leben will, darauf loshauen muß und dann die Vorschriften nicht beachtet.

Die Mitwirkung der Betriebsräte darf man sich nicht so vorstellen, wie es jetzt geschieht. Weiße Salbe sollen unsere Betriebsräte nicht werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Sie müssen mit mehr Rechten ausgestattet werden. Es wird die Frage zu erwägen sein, ob nicht für den Bergbau besondere Vorschriften für die Mitwirkung der Betriebsräte bei Unfallgefahren zu erlassen sind, weil der Bergbau besondere Gefahren hat.

Die allgemeinen Bestimmungen genügen nicht, es muß auch dafür gesorgt werden, daß die Betriebsräte gegenüber den Uebergriffen der Grubenverwaltungen geschützt werden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Der Redner erwähnt einige Zuschriften von Bergarbeitern, die gerade darüber Klage führen. Ein Bergarbeiter schildert die Zustände auf der Zeche Oespel, wo die Befahrung der Grubenbaue nur nach vorheriger Anmeldung der Bergrevierbeamten erfolge. Die Befahrung dauere in der Regel nur 1½ bis 2 Stunden.

Ein Bergrat Nolte habe gesagt, daß er mit dem jetzigen Betriebsrätesystem nicht einverstanden sei. Die Reviere seien so groß, daß eine vorschriftsmäßige Wetterkontrolle fast nicht stattfinden könne. **Den Betriebsräten auf Zeche Oespel, die Wetter melden, werden die größten Schwierigkeiten gemacht.** Als ein Betriebsratsmitglied eine ordentliche Wetterführung verlangte, wurden die Arbeiter über Tage gelegt, um dort 12 Stunden zu schaffen. So wurde das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Belegschaft vergiftet. Solche Zustände sind auch auf einer ganzen Reihe anderer Zechen zu finden. Auf der erwähnten Besprechung haben eine Reihe von zuverlässigen Bergarbeitern erklärt, daß **ein solches Unglück sich jeden Tag auf jeder anderen Zeche ereignen könne. Wenn die Bergleute mit einer solchen Ungewißheit ihre Arbeit vollführen müssen, dann muß endlich mit eisernem Besen Auskehr gehalten werden.**

Im Ruhrgebiet und in anderen Gebieten wird mit Hochdruck gearbeitet, man achtet nicht die Unfallverhütungsmaßnahmen, nachher fragt man sich, wie es soweit kommen konnte und leider hat man nicht immer die Möglichkeit, die Frage mit der wünschenswerten Deutlichkeit zu beantworten.

Ich bin nicht der Mann, der von vornherein sein Urteil fällt. Es besteht aber ein Unterschied zwischen 1918 und 1924. Heute haben wir doch schon einige Mitwirkung bei den Vorbeugungsmaßnahmen. Es geht nur darum, daß sie auch richtig angewendet, daß der Mitwirkung keine Schranken auferlegt werden. Da muß man natürlich mit Vernunft arbeiten und darf nicht glauben, daß alles nur durch radikale Redensarten erledigt werden kann. In dem Sinne haben wir unseren Antrag gestellt; im Ausschuß werden wir uns über Einzelheiten zu unterhalten haben, besonders dann, wenn die Untersuchung abgeschlossen ist. Notwendig ist aber die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte und ihre Sicherung, damit sie ihrer Pflicht auch obliegen können. Notwendig ist auch, daß die Betriebsvertretungen bei der Befahrung der Grubenbaue geschützt sind. Ich fürchte, daß wir da noch auf Schwierigkeiten stoßen werden.

Als gestern im Preußischen Landtag der Redner der sozialdemokratischen Partei bei Besprechung des Unglücksfalles eine Reihe wichtiger Reformen auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung verlangte, da kam von rechts ein Zuruf, „Neue Pöstchen" (hört, hört! bei den Soz.). **Es scheint, daß den Herren es lieber ist, daß solche Unglücke passieren, als daß sie versuchen, sie zu verhüten.**

Das Geld, was wir für die Verhütung der Unfälle anwenden, ist gut angelegt, es schützt nicht nur vor den vielen Unfällen, es hilft die Arbeitskraft der Arbeiter im Interesse ihrer Familien und des Volksganzen zu erhalten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Verbesserungen müssen durchgeführt werden, und die Bergarbeiter werden alle ihre Kräfte aufwenden, um das durchzusetzen. Natürlich muß man es anders machen als die Kommunisten es wünschen. Wenn sie heute von der schlechten Behandlung der Arbeiter sprechen, so muß man ihnen sagen, daß sie durch ihre Zersplitterung die Schuld tragen. Aber diese Herren wollen ja im Parlament keine praktische Arbeit leisten, sie versuchen sogar, solche Unglücksfälle demagogisch auszunützen. Wenn die Kommunisten davon reden, wieviel tausend Bergarbeiter hinter ihnen stehen, dann kann man feststellen, daß es übertrieben ist, auf ein paar Nullen mehr oder weniger kommt es ihnen nicht an. Ich lebe auch unter den Belegschaften und kenne deren Stimmung.

Zusammenfassend muß ich sagen, daß aus diesem traurigen Vorgang nicht nur zu lernen ist, daß durch unsere gesetzgeberischen Maßnahmen dem so schwer schaffenden Bergmann der notwendige Schutz gewährt werden muß, und die Betriebsverwaltungen könnten auch daraus lernen, daß der Schaden bei solchen Unglücksfällen viel größere Kosten verursacht, als die Vorbeugungsmaßnahmen, die man treffen müßte. Die Schaffung eines besseren Rechts für die Betriebsräte, die Sicherung der Betriebsräte gegenüber Uebergriffen der Grubenverwaltungen, die Schaffung eines Reichsberggesetzes sind überaus dringliche Aufgaben. Die Regierung hat die Pflicht, die notwendige Gesetzesvorlage dem Hause schleunigst zu unterbreiten, damit die Bergarbeiter sehen, daß die gesetzgebende Körperschaft des Reichs nicht nur Worte des Mitleides hat, sondern alle Kräfte einsetzt, den so schwer schaffenden Bergarbeitern Rechte zu geben und sie zu schützen gegenüber den ungeheuren Gefahren der Tiefe. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Winnefeld** (D. Vp.) gab im Namen der Deutschnationalen Volkspartei, der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei eine Beileidserklärung ab. In der Erklärung heißt es weiter: Bevor die Untersuchungen über Entstehung und Verlauf des Grubenunglücks nicht zum Abschluß gelangt sind, halten die genannten Fraktionen es nicht für angängig, Worte der Anklage oder der Verteidigung auszusprechen. Die Fraktionen erwarten aber 1. die alsbaldige Vorlage des längst in Aussicht gestellten Reichsberggesetzes, 2. eine ausreichende Mitwirkung der Belegschaften an der Ueberwachung der Sicherheitsmaßnahmen, 3. einen weiteren Ausbau der Versuchsstrecken zur Unfallbelehrung der im Bergbau Tätigen.

Abg. **Ziegler** (Dem.): Noch stehen die Ursachen des Unglücks nicht fest. Wir müssen unser endgültiges Urteil zurückstellen, aber die Lehren aus dem Unglück befolgen. Wir müssen den Bergarbeitern etwas mehr an Schutz bieten. Nötig ist aber auch, daß alle Vorschriften gewissenhaft befolgt werden, dazu ist es aber ferner nötig, daß die Bergarbeiter in den Stand gesetzt werden, alle Vorschriften zu erfüllen.

Die Zeche „Minister Stein" hat ihre Produktion auf das Anderthalbfache ihrer Friedensproduktion steigern können und ist die rentabelste ihres Konzerns. Da kann man verlangen, daß sie das Menschenmögliche für die Sicherheit der Bergarbeiter leistet.

Das Prämiensystem, bei dem die Steiger und sonstigen Beamten an der Steigerung der Produktion interessiert sind, ist nicht geeignet, die Unfallgefahren zu verringern. Vom Januar 1924 bis September 1924 ist die monatliche Unfallziffer im Ruhrbergbau von 3519 auf 5900 gestiegen. Das läßt doch Schlüsse auf die Betriebssicherheit zu. Wir würden zu prüfen haben, wie wir für die Rechte der Betriebsräte sorgen können. Nach dem Unglück von Radbod wurde das Schießen in der Fettkohlenschicht eingestellt. Kann es nicht von neuem eingeschränkt werden? Der Kohlenstaub auf „Minister Stein" war übernormal. (Beifall.)

Damit schließt die Besprechung der Interpellation.

Abg. **Schüh** (Komm.) führte im Schlußwort aus, daß die Regierung und die Zechenbesitzer die Schuld an dem Unglück tragen. Wir werden die Sozialisierung des Bergbaues verlangen und mit allen Mitteln den skandalösen Zuständen ein Ende machen. (Zuruf: Tschekа!)

Der Antrag der Sozialdemokraten auf Bereitstellung von Mitteln für Sicherheitsvorkehrungen wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Angenommen wird der sozialdemokratische Antrag, die Mitwirkung der Betriebsräte im Bergbau bei der Unfallverhütung durch geeignete Mittel besser als bisher zu sichern und mit möglichster Beschleunigung dem Reichstag den Entwurf eines Reichsberggesetzes vorzulegen.

Ein kommunistischer Antrag auf Verstärkung der ständigen Sicherheitskommission durch Bergarbeiter wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Gemäß den Anträgen des Geschäftsordnungsausschusses wird die Genehmigung zur Vernehmung der Abgg. Dittmann, Fehrenbach, Giesberts, Scheidemann, Wallraf, Dr. David, Müller-Franken und Wels als Zeugen in der Strafsache gegen Rothardt vor dem Landgericht in Magdeburg erteilt.

In mehreren Fällen, in denen der Minister des Innern die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Bertz (Komm.) nachsucht, wird die Genehmigung versagt.

Das Verfahren gegen Heckert und Pfeiffer.

Die Kommunisten haben beantragt, daß die Abgg. Heckert und Pfeiffer, die in dem bevorstehenden Prozeß gegen die Zentrale der KPD. angeklagt sind, sofort aus der Haft entlassen werden und das Gerichtsverfahren gegen sie während der Sitzungsperiode des Reichstags eingestellt wird.

Der Geschäftsordnungsausschuß ist zur Ablehnung dieser Anträge gekommen und Abg. Dr. Riesser (D. Vp.) begründet als Berichterstatter die Ablehnung, indem er ausführlich aus den Akten die Anschuldigungen vorträgt, die den Abgg. Heckert und Pfeiffer zur Last fallen. Daraus gehen die gewaltsamen und hochverräterischen Pläne der KPD. hervor, die von den Kommunisten in fortgesetzten Zwischenrufen bestritten werden. Der Bericht wirft Schlaglichter auf die innere Organisation der KPD., insbesondere auf die Bildung zahlreicher Terrorgruppen. Die Leidenschaften des Proletariats sollten aufgepeitscht, die Reichswehr und Polizei zersetzt werden, damit sie sich nicht gegen das Proletariat führen ließen. Es sei unmöglich, daß die beiden Abgeordneten von allen diesen verbrecherischen Plänen und Taten nichts gewußt haben sollen.

Abg. Dr. Bell (Z.) gab namens der Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei eine Erklärung ab, die unter Bezug auf das vom Vorredner vorgetragene Material die Ausschußbeschlüsse billigt.

Abg. Brodauf (Dem.) und Henning (Natsoz.) stimmen gleichfalls den Ausschußbeschlüssen zu.

Der nächste Redner, der Abg. Münzenberg (Komm.), kann zunächst nicht zu Worte kommen, da im Hause allgemeine Unruhe herrscht. Er verläßt daher nach einigen Sätzen wiederum die Rednertribüne. An seiner Stelle springt der Abg. Florin (Komm.) zum Rednerpult und beschwert sich entrüstet über die allgemeine Unruhe, die es dem Abg. Münzenberg unmöglich mache, seine Rede zu halten. Der Präsident Löbe erwidert, daß die Kommunisten daran viel Schuld mit trügen, weil sie auch die anderen Redner dauernd durch Zwischenrufe unterbrochen hätten. Als Florin mit einem Schimpfwort antwortet, wird er zur Ordnung gerufen.

Abg. Münzenberg (Komm.) erhält dann wiederum das Wort und behauptet, daß es sich bei dem Prozeß gegen Heckert und Pfeiffer um einen großen politischen Tendenzprozeß zur Vernichtung der Kommunistischen Partei handele. Die Kommunistische Partei lehne keineswegs grundsätzlich jede Gewaltanwendung ab. Was jetzt Heckert und Pfeiffer als Hochverrat vorgeworfen wird, seien die Abwehrmaßnahmen, die im Herbst 1923 gegen den bewaffneten Aufmarsch der Faschisten mit Zustimmung der legalen Landesregierungen Sachsens und Thüringens gemeinsam mit den Sozialdemokraten unternommen wurden.

Abg. Dittmann (Soz.):

Auf die Rede des Herrn Vorredners, die mich anmutet wie die Delirien eines Unzurechnungsfähigen, gehe ich nicht ein. (Zuruf von den Komm.: Unverschämtheit!) Den kurzen Ausführungen, die ich zu machen gedenke, stelle ich den Satz voran: **Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie die verbrecherischen Kampfmethoden ablehnt und verurteilt, die die Anklagebehörde der Zentrale der Kommunistischen Partei unterstellt.** Die Sozialdemokratie hat sich seit ihrem Bestehen stets gegen Attentate, gegen Terror, gegen jegliche Gewaltanwendung im politischen Kampfe erklärt, und sie hat alle Versuche, diese Kampfmittel der Arbeiterklasse aufzudrängen, mit Energie abgewehrt. Die Sozialdemokratie vertritt den Gedanken der organischen Entwicklung (Lachen und Zurufe bei den Kommunisten: Noske!) in Wirtschaft und Gesellschaft und Staat, und sie bekämpft den Kultus der Gewalt (Lachen und Zurufe bei den Kommunisten: Noske!), wie er als Folge des Weltkrieges das politische Leben der Gegenwart vergiftet. Wir Sozialdemokraten machen für diese Vergiftung und Verwilderung des politischen Kampfes in erster Linie diejenigen Elemente verantwortlich, die in der Kriegszeit der heranwachsenden Jugend den Menschenmord als vaterländisches und göttliches Gebot gepredigt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Elemente haben nach unserer Meinung kein Recht, sich über die Früchte ihrer Hetze, die jetzt zutage treten, über die Verrohung und Verwilderung unserer jüngeren Generation sittlich zu entrüsten. Nur wer die Gewalt als Kampfmittel ablehnt, nur wer die Achtung vor dem Menschenleben allem anderen voranstellt, nur wer bereit ist, auch im Arbeiter den Menschen zu respektieren und dem Arbeiter die Gleichberechtigung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu erkämpfen, nur der hat ein Recht, zu sagen, daß er nicht mitschuldig sei an der Schaffung der Gewaltatmosphäre und der Gewaltpsychose, wie sie heute das charakteristische Merkmal unserer extremen Parteien ist, sowohl auf der Linken als auf der äußersten Rechten.

Es ist doch bekannt, daß der politische Mord in Deutschland zuerst von der Rechten geübt worden ist. (Widerspruch rechts.) Die Morde an Liebknecht, an Luxemburg, an Eisner, an Erzberger, an Rathenau, dessen Sarg hier an dieser Stelle gestanden hat, und die Morde an so vielen anderen Politikern der Linken fallen der äußersten Rechten zur Last.

Auch die Fememorde an angeblichen Verrätern sind zuerst von Verschwörerkreisen der Rechten praktiziert worden. (Sehr richtig! links.) Die Extremisten von links sind in allen diesen Dingen nur die stümperhaften Nachäffer der Extremisten von rechts gewesen.

Wir Sozialdemokraten verurteilen solche Verbrechen mit derselben Schärfe, ob sie von links oder von rechts ausgehen. Dasselbe kann man aber von unseren Strafverfolgungsbehörden und unseren Gerichten nicht sagen. Sie sind blind und taub gegen Verbrechen von rechts; davon sehen und hören sie nichts, und werden sie von außen mit der Nase darauf gestoßen, so wissen sie schließlich die Verfahren immer auf das tote Gleis zu schieben. Bei den Verfehlungen von links aber sehen sie mit tausend Augen und hören sie mit tausend Ohren. Mit dem größten Eifer werden die geringsten Verfehlungen von links verfolgt.

Das Wort des früheren Zentrumsführers Dr. Lieber-Montabaur von der himmelschreienden Parteilichkeit unserer Gerichte ist heute doppelt und dreifach wahr. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Ich will das an einer Parallele zeigen, die sich hier in diesem Falle geradezu aufdrängt. Was die Reichsanwaltschaft der Zentrale der Kommunistischen Partei im vorliegenden Falle unterstellt, soll im Jahre 1923, im Inflationsjahr, geschehen sein. Aber hat uns das Jahr 1923 nur Putschversuche von links gebracht? War im November 1923 nicht auch der **Rechtsputsch der Ludendorff und Hitler in München?** Hat man vergessen, daß Herr v. Graefe, der Vorsitzende der deutsch-völkischen Gruppe hier im Reichstage, sich am 22. November 1923 hier von der Tribüne gerühmt hat, in München vor der Front der Putschisten marschiert zu sein. (Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

Wo aber, frage ich, bleibt der Oberreichsanwalt mit seinen Strafverfolgungsanträgen gegenüber den Reichstagsabgeordneten Ludendorff und Graefe?

Ihr Hochverrat gegen das Reich ist doch wirklich sonnenklar. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Und das sagen Sie, Herr Dittmann?) Aber ihnen wird von unserer Justiz kein Haar gekrümmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was aber liegt vor gegen die beiden kommunistischen Abgeordneten Pfeiffer und Heckert, um deren Immunität es sich jetzt hier handelt. Ich habe die Verhandlungen im Ausschuß, die stundenlang gedauert haben, sehr aufmerksam verfolgt, und ich muß feststellen, daß ich auf Grund dieser Aussprache zu dem Resultat gekommen bin: es liegt keinerlei Tatbeweis gegen sie vor. Durch einen sehr anfechtbaren Indizienbeweis sucht die Reichsanwaltschaft die beiden Abgeordneten mit den behaupteten Verbrechen in Verbindung zu bringen. Pfeiffer und Heckert sollen Mitglieder der Zentrale der Kommunistischen Partei gewesen sein, und hätten deshalb, so behauptet die Oberreichsanwaltschaft, zweifellos gewußt von all den Delikten, die die Oberreichsanwaltschaft der Zentrale der Kommunistischen Partei glaubt ankreiden zu müssen. Das ist juristisch und vor allen Dingen auch politisch keinerlei schlüssiger Beweis. Ich gehöre in meiner Partei sehr vielen zentralen Körperschaften an, aber es passiert bald alle Tage, daß ich von Beschlüssen dieser Körperschaften erst nachträglich oder überhaupt nicht erfahre, weil es mir oft unmöglich ist, an all den Sitzungen, die notwendig sind, teilzunehmen. Das geht, glaube ich, auch jedem von Ihnen hier im Hause so, der sich in ähnlicher Situation befindet, ganz gleich, welcher Partei er angehört. Und das trifft zweifellos auch auf die Abgeordneten Pfeiffer und Heckert zu.

Wenn wir Sozialdemokraten die Aufhebung der Immunität dieser Abgeordneten gutheißen sollen, dann muß uns durch konkrete Angaben wenigstens einigermaßen glaubhaft gemacht worden sein, daß diese Abgeordneten an den behaupteten Delikten beteiligt gewesen sind. Dieser Beweis aber ist hier in keiner Weise erbracht worden, und darauf kommt es hier einzig und allein an, auf nichts anderes.

Wir Sozialdemokraten werden von den Kommunisten fanatischer bekämpft als irgendeine andere Partei, auch hier im Hause. Der Redner der kommunistischen Fraktion, der eben vor mir gesprochen hat, hat den größten Teil seiner verlängerten Redezeit ausgefüllt mit wüsten Beschimpfungen meiner Partei. Aber dadurch werden wir uns nicht abhalten lassen, auch den Kommunisten gegenüber die Grundsätze zu wahren und nicht zu verlassen, von denen wir uns bei der Frage der Abgeordnetenimmunität bisher stets haben leiten lassen, auch dann, wenn es sich um Deutschvölkische und um Deutschnationale gehandelt hat.

Wir werden deshalb den Anträgen auf Einstellung des Verfahrens und Freilassung der Abgeordneten Pfeiffer und Heckert zustimmen und den Antrag des Geschäftsordnungsausschusses ablehnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) wehrt sich dagegen, daß man die Cholerabazillen und Typhuskulturen der Kommunistischen Partei an die Rockschöße hängen wolle. (Heiterkeit.) Als der Redner dann erklärt, durch die Barmat-Affäre seien die Sozialdemokraten stark belastet, ruft Abg. Bernstein (Soz.) erregt: Elender Verleumder! und wird dafür zur Ordnung gerufen. Der Redner wendet sich zum Schluß den bürgerlichen Parteien zu und erklärt: Fühlen Sie sich nicht so sicher! Ihr Optimismus ist außerordentlich naiv! (Lachen b. d. bürgerl. Parteien. Stürm. Beifall u. Händeklatschen b. d. Komm.)

Damit schließt die Aussprache.

Abg. Stoecker (Komm.) beantragt, vor der Abstimmung noch den Reichskanzler und den Reichsjustizminister herbeizuholen, damit sie zu dem vorgebrachten Spitzelmaterial Stellung nehmen.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, daß in Immunitätsfragen der Reichstag allein zu entscheiden habe. Das andere Material könne beim Justizetat behandelt werden.

Der Antrag Stoecker wird darauf abgelehnt.

Ein kommunistischer Antrag auf namentliche Abstimmung über die Freilassungsanträge wird nicht genügend unterstützt, da nur die Antragsteller sich dafür erheben.

In einfacher Abstimmung werden dann die Anträge auf Freilassung der Abgg. Heckert und Pfeiffer gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. (Minutenlange Pfui-Rufe der Komm.)

Das Haus vertagt sich.

Freitag 10 Uhr: Die Ruhrentschädigung.

Schluß nach 7 Uhr.

Die Untersuchung der Kreditaffäre.

Unterstaatssekretär a. D. Töpfer vor dem Reichstagsausschuß.

Der frühere Unterstaatssekretär Töpfer führte im Untersuchungsausschuß des Reichstages gestern weiter aus: Nach den Akten ist Barmat bei mir durch den Abg. Heilmann eingeführt worden. Auf Einzelheiten dabei kann ich mich unmöglich entsinnen, zumal ich jeden Tag ähnliche Einführungsschreiben für andere Leute bekam. Ich hätte mich jedenfalls keineswegs für die Sache interessiert, wenn ich nicht annehmen mußte, daß wichtige deutsche Interessen in Frage kämen. Unter anderen Umständen hätte ich mich auch nicht für die Erteilung eines Dauervisums eingesetzt. Für dieses Dauervisum bin ich übrigens in keiner Weise verantwortlich, denn seine Erteilung war selbstverständlich **mit aller Verantwortung Sache der betreffenden Paßstelle in Holland.** Ich weiß nichts darüber, daß Beamten irgendeines Ressorts Schwierigkeiten gemacht worden sind, weil sie angeblich Barmat und Genossen nicht genügend entgegen gekommen sind. Nach Erledigung der Dauervisumangelegenheit habe ich von Barmat nichts mehr gehört. Barmat hat auch nie den Versuch gemacht, mich durch irgendwelche Angebote in meiner dienstlichen Tätigkeit zu beeinflussen. Bei meiner

Unterredung mit dem Gesandten Rosen

haben wir sicherlich auch über Barmat gesprochen. **Die Bedenken,** die Rosen gegen Barmat damals erhoben hat, sind aber sicherlich nicht so stichhaltig gewesen, daß man deswegen hätte unfreundlich gegen ihn sein müssen, nachdem Barmat früher schon zu einigen Dingen für Deutschland gebraucht worden war.

Auf einige Fragen des Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) erklärt Zeuge Töpfer, daß die Stettiner Oelwerke, deren Aufsichtsratsvorsitzender er sei, keine Geschäftsbeziehungen mit irgendeiner Barmat-Bank unterhalten haben, daß die Oelwerke dagegen der „Dema" Oele lieferten. — Bei der Frage, ob die von Barmat projektierten Verbindungen mit Deutschland wichtig genug gewesen wären, um etwaige Bedenken zu überwinden, haben sicherlich auch die Auskünfte der Herren Heilmann und Krüger meinen Standpunkt beeinflußt, obwohl ich natürlich nur nach reiflicher und ernster Prüfung gehandelt habe und für meine Handlungen jede Verantwortung tragen kann.

Auf eine Frage des Abg. v. Dewitz (Wirtsch. Vg.) erklärt der Zeuge Töpfer, daß ihm ein Bericht vom Chef der Admiralität, datiert vom 10. April 1918, in dem Barmat als Kriegsschwindler bezeichnet wird, nicht bekannt gewesen sei. Er könne sich auch nicht den Dualismus innerhalb des Auswärtigen Amts erklären, der dort zeitweise in bezug auf die Beurteilung Barmats geherrscht hat.

Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Vp.) verliest aus einem amtlichen Amsterdamer Schriftstück einen Passus: „... Wir sind vom Auswärtigen Amt gezwungen worden, das Visum zu erteilen." Der Zeuge bezieht sich demgegenüber auf seinen Brief vom 6. Mai, der nur eine Empfehlung enthalten habe.

Die Frage des Abg. Schreck (Soz.), ob Barmat sich ihm gegenüber intimer Beziehungen zum Präsidenten Ebert gerühmt habe, verneint Töpfer, der sich auch nicht daran erinnern kann, ob sein Empfehlungsbrief auf Grund der Unterredung Barmats mit dem Reichspräsidenten geschrieben sei.

Auf Fragen Dr. Beckers (D. Vp.) erwidert der Zeuge Töpfer, er sei niemals mit Barmat gesellschaftlich zusammen gewesen.

Vom Ausschuß wird nunmehr beschlossen, grundsätzlich die Frau Birk geb. Endrulat, die ehemalige Sekretärin Krügers, zu vernehmen.

Nächste Sitzung Freitag vormittag 10 Uhr. Zunächst soll Gesandter Rosen vernommen werden.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter! Heute, Freitag, von 5—7 Uhr Abrechnung in der Spedition.

Heute, Freitag, den 20. Februar, abends 7½ Uhr:

Moabit I: Schule Waldenserstr. 31. Vortrag: „Schulreform". — Wedding und Wedding-Nord: Jugendheim Schönstedtstraße. Vortrag: „Alt-Berliner Humor". — Nordost I: Jugendheim Neue Königstraße (Altersheim). Vortrag: „Sozialismus — Kommunismus — Anarchismus". — Nordost II: Jugendheim Danziger Str. 62 (Baracken). Vortrag: „Was ist Sozialismus und warum gibt es religiöse Sozialisten?" — Rosenthaler Vorstadt: Landesgemeindehaus, Sophienstraße 21. Vortrag: „Entwicklungsgeschichte der Erde". — Osten (Stralauer Viertel): Schule Koppelstr. 8. Vortrag: „Erfurter Parteiprogramm (von Kautsky)". — Charlottenburg: Jugendheim Rosinenstr. 4. Vortrag: „Theater und Kino". — Schöneberg I: Jugendheim Rubens-, Ecke Hauptstraße. Diskussion: „Aktuelle Fragen". — Schöneberg II: Schule Frankenstr. 10. Vortrag: „August Bebel". — Steglitz II: Jugendheim Holsteinische Str. 3. Vortrag: „SAJ. und Lebensreform". — Neukölln I: Jugendheim Bergstr. 29. Vortrag: „Was ist Faschismus?" — Baumschulenweg: Jugendheim Ernststr. 18. Vortrag: „Christentum und Sozialismus". — Köpenick: Jugendheim Grünauer Str. 5. Vortrag: „Gesellschaftslehre". — Falkenberg-Alt-Glienicke: Am Falkenberg 117. Diskussion: „Eine Sitzung im Jugendgericht". — Niederschöneweide: Schule Berliner Str. 81. Diskussion: „Unsere Jugendtage". — Tegel: Jugendheim Bahnhofstr. 15. Vortrag: „Wilhelm Busch". — Buchholz: Lokal von Rosiack, Hauptstr. 71. Vortrag: „Besprechung der proletarischen Jugendbewegungen". — Niederschönhausen: Gemeindeschule Blankenburger Str. 79. Diskussion: „Nikotin und Alkohol". — Pankow: Jugendheim Breite Str. 32. Vortrag: „Mensch und Kultur". — Friedenau: Jugendheim Offenbacher Str. 5a. Vortrag: „Jungsozialisten, SAJ. und Partei".

M. SCHULMEISTER

Hochbahnstation Kottbuser Tor

Straßen-Anzüge
31, 36, 42, 48, 54, 60, 69, 75 M.

Regenmäntel
18.50, 25, 29, 36, 45, 50 M.

Zur Einsegnung

Backfisch-Rindbox-Schnürstiefel 10.90
Besatzschnitt, halbhoher Absatz

Knaben-Rindbox-Derbystiefel 9.90
durchgenäht, gefällige Form ... Grösse 36—39

Knaben-Rindbox-Derbystiefel 7.50
gen., besonders billig ... Grösse 36—39

Ein grösserer Posten

Boxcalf-stiefel Grösse 39 und 40
hauptsächlich Rahmenware, z. T. mit Doppelsohle **12.50**
sowie
Rindbox-Stiefel
durchgenäht ... Grösse 39 und 40 **9.50**

Kinder-Stiefel

Kinder-Rindbox-Schnür- und Agraffenstiefel durchgenähte Ausführung, sehr strapazierfähig, Grösse 31—35 6.25, Grösse 27—30 **5.50**

Grösste Auswahl in modernen Lack-Schnürschuhen für Knaben u. Backfische sowie Lack-Spangenschuhen für Backfische in moderner halbrunder Form und mit halbhohem Absatz

Schwarze Strümpfe
beste Qualitäten, in Seide und Seidenflor
äusserst preiswert.

Leiser

Reaktionssturm gegen Severing.

Die Landtagskoalition der Rechten mit den Kommunisten.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Abg. **Falk** (Dem. — fortfahrend): Wenn die Deutschnationalen auch nicht im Ministerium sitzen, in der Verwaltung sind sie weit über Gebühr vertreten. Was wäre außenpolitisch die Folge, was würde die Entente für eine Stellung gegenüber dem Reiche einnehmen, wenn in Preußen die Deutschnationalen die politische Macht in die Hand bekämen?

Um Ministerien zu stürzen, sind die Parteien der Rechten ja allein nicht kräftig genug, da muß Herr Pieck ihnen helfen; da (auf die Kommunisten zeigend) stehen Ihre Hilfstruppen! (Große Heiterkeit.)

Die Oppositionspolitik der Deutschen Volkspartei ist schon deshalb unberechtigt, weil sie nicht imstande ist, an die Stelle der gestürzten Regierung eine neue zu setzen. Kommt es zu Neuwahlen, so trägt für sie und für die damit wiederum in das Volk getragene Unruhe **die Rechte allein die Verantwortung.** (Widerspruch und Lärm rechts.)

Vom Ministerpräsidenten und seinen Mitarbeitern erwarten wir, daß sie in alter deutscher Treue und echtem Preußensinn tätig sein werden. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. **Ladendorff** (Wirtschaftl. Vereing.) spricht ebenfalls die Teilnahme seiner Partei an dem erschütternden Dortmunder Unglück aus und wendet sich dann den Richtlinien des neuen Kabinetts zu. Wenn Dr. Marx sie in die Wirklichkeit überführen könnte, könnte die Wirtschaftliche Vereinigung sehr zufrieden sein; aber das sei nicht möglich, da die Minister denselben Parteien entnommen seien, die bisher die Regierung gebildet hätten, ohne ihren Versprechungen und Programmankündigungen, zumal gegenüber dem Mittelstande, gerecht geworden zu sein. Herr Severing sei beibehalten worden, der den Kleingewerbetreibenden schweres Unrecht getan habe; auch Herr Hirtsiefer sei als Wohlfahrtsminister wieder da, der für das skandalöse Wohnungselend und für das Darniederliegen des Bauhandwerks in erster Linie verantwortlich sei! Mit dem behördlichen Dilettantismus müsse endlich Schluß gemacht werden, die Wohnungszwangswirtschaft müsse ebenso fallen, wie die Zwangswirtschaft des Parlamentarismus. Die Wirtschaftliche Vereinigung kann dem neuen Kabinett Marx ihr Vertrauen nicht entgegenbringen, sie kann ein Kabinett nicht unterstützen, das für den Untergang des Mittelstandes in Stadt und Land die Schuld trägt. (Sturm des Widerspruchs und der Entrüstung in der Mitte und links.)

Abg. **Wiegershaus** erklärt, daß die Hakenkreuzler jedes Kabinett grundsätzlich ablehnen, in welchem irgendeine Partei der Weimarer Koalition führenden Einfluß hat.

Es ist ein Antrag der Wirtschaftspartei eingegangen, dem Landwirtschaftsminister Steiger das Vertrauen auszusprechen.

Ministerpräsident Marx:

Alles in der Regierungserklärung Versprochene soll durchgeführt werden — der Landtag muß freilich dazu helfen, denn auf ihn kommt es an. Der Gedanke der Volksgemeinschaft soll möglichst viele an der Regierung beteiligen. Weite Kreise, ja fast alle Kreise des Volkes sollen übereinstimmen in kultureller, seelischer und geistiger Hinsicht —, das ist der Gedanke der Volksgemeinschaft. Das ist nach den Verhältnissen nicht zu erreichen! Von einer solchen Verbindung kann man nicht verlangen, daß sie eine Geistesgemeinschaft ist: sie soll eine Arbeitsgemeinschaft sein, um zum Besten des Staates das Erreichbare durchzusetzen. Die Deutsche Volkspartei hat meine Frage der Rückkehr zur Großen Koalition verneint, die Sozialdemokratie hat sie bejaht. Was blieb mir noch übrig? Doch nur der Weg, der von mir eingeschlagen wurde:

eine Regierung, die sich stützt auf Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten.

Wie man darin eine Provokation sehen kann, ist mir ein Rätsel. (Lachen rechts.) Die genannten Parteien haben staatserhaltende Arbeit geleistet. Die Sozialdemokraten haben seit 1919 recht vielfach nationale Arbeit geleistet. (Sehr wahr! in der Mitte, Widerspruch rechts.) Es bestand für mich kein Zweifel, daß die Beteiligung der Sozialdemokratie mir wünschenswert erschien.

Das Kabinett läßt sich von Herrn Severing nicht trennen.

(Beifall in der Mitte und links, Lärm rechts.) Die Haltung der Kommunisten zeigt gerade, wie wertvoll gerade die Person des Herrn Severing ist. (Zurufe rechts.) Unter den gegebenen Voraussetzungen waren weiter keine Möglichkeiten einer anderen Kabinettsbildung. Deshalb mußte ich das Kabinett so bilden. Mir ist eine unsichere Zukunft prophezeit, man sagte, daß ich ja nur über zwei Stimmen mehr oder weniger verfügen kann. Ich habe mich von der Pflicht meinem Volk gegenüber tragen lassen; das war immer mein Grundsatz. (Beifall i. d. Mitte.) Ich bin erfreut, daß immer mehr der Gedanke Platz greift, daß für einen Ministerposten kein großer Reiz vorhanden ist. **Mein Pflichtbewußtsein hat mich veranlaßt, das Amt anzunehmen** und den Versuch zu machen, der ewigen Krisenmacherei in Preußen ein Ende zu bereiten. Der gute Wille der Regierung ist da. Warten Sie die Erfolge ab und lassen Sie ab von der inneren Zerfleischung. Es ist endlich an der Zeit, zur Arbeit zu kommen zum Wohle des Vaterlandes. (Lebh. Beifall i. d. Mitte und links.)

Abg. **Schlange-Schöningen** (Dnat.): Herr Marx allein macht es nicht. Daß er sich nicht von Herrn Severing trennen will, zeigt, daß er nicht geeignet ist, jetzt die Führung des preußischen Volkes zu übernehmen. Die Volksgemeinschaft ist nur möglich auf christlicher und nationaler Grundlage. In der kulturellen Frage behält sich die Sozialdemokratie aber ihre Stellung von Fall zu Fall vor. Um das Zentrum umzubiegen, betreuert der Redner: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß unserem deutschen und preußischen Volke wenigstens die konfessionellen Kämpfe erspart bleiben müssen. Eine Volksgemeinschaft mit Parteien, die in der Weltanschauung sich wie Feuer und Wasser unterscheiden, ist nicht möglich. Was Herr Falk von den Demokraten über einen Bericht der „Trierschen Zeitung", wonach

wir im Wahlkampf mit den Separatisten zusammen gearbeitet

hätten, gesagt hat, trifft nicht zu, alles was in dieser Hinsicht von uns gesagt wird, ist die unverschämteste Verleumdung. Herr Falk hat sich ferner über unseren Hinweis aufgeregt, daß auch die Deutsch-Hannoveraner in der Opposition stünden. Er vergißt, daß diese Regierung auf Leben und Sterben auf die beiden Polen im Landtag angewiesen ist. Herr Severing ist nur Fachmann in der parteipolitischen Zersetzung des Beamtentums, in der Zersetzung der Schupo und in ihrer Umbildung zu einer sozialistischen Schutztruppe. Herr Marx denkt im besten Sinne des Vaterlandes, Herr Severing lenkt im besten Sinne der Sozialdemokratie. Nachdem Sie (zu den Soz.) mit allem zusammengebrochen sind, sind Sie jetzt auch mit einer Reihe Ihrer führenden Persönlichkeiten zusammengebrochen. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Das Schlimmste ist, daß Sie diese Dinge so lange gekannt und geduldet haben. Der Minister des Innern hält solche Elemente so lange wie möglich. (Großer Lärm links.) Heute ist die Wucht der Ereignisse dabei, um Herrn Heilmann und seine Genossen den Pestkordon zu ziehen. (Beifall rechts, stürmischer Widerspruch bei den Soz.) Bei der Zusammensetzung des Kabinetts ist eine segensreiche Arbeit für das Vaterland unmöglich. In dieser Zeit der Not handelt es sich bei uns nicht um den Kampf gegen die Republik, sondern um den Kampf für den Staat schlechthin. Herr Marx wird am Freitag einsehen, daß er keine Mehrheit hat, und er muß dann zu dem Entschluß kommen, dem Volk noch einmal Gelegenheit zur Bekundung seines Willens zu geben. Wir sind jeden Tag bereit, für den Preußengeist gegen den Barmat-Geist mit fliegenden Fahnen noch einmal in den Kampf zu ziehen. (Stürmischer Beifall rechts.)

Abg. Leinert (Soz.):

Die heutigen Nachfolger der alten preußischen Konservativen haben ebenso wenig wie diese einen Schimmer von den „Staatsnotwendigkeiten", denen nach Herrn Schlange Rechnung getragen werden muß. Zu dem großen Rechtsblock gehören jetzt auch die Kommunisten als treue Eidesheifer. Sie lassen durch Herrn Pieck erklären, sie müßten sich von den Sozialdemokraten abwenden, weil diese die bürgerliche Koalitionspolitik unterstützten und eine Pogromhetze gegen die Kommunisten veranstaltet hätten. Diese Pogromhetze haben Sie (zu den Komm.) selbst verschuldet. Herr Pieck hat seine Fraktionsgenossen Koenen und Stolt reinzuwaschen versucht, die Rechtspresse, die von den betreffenden Beschuldigungen Notiz nimmt, verquickt diese Notizen mit hämischen Angriffen auf den „Vorwärts".

Mit dem Lärm über die Barmat-Affäre sucht man die Aufmerksamkeit von den Skandalen abzulenken, die heute und früher auf das Konto der Rechten gesetzt werden mußten.

Es war doch der geistige Lenker der „Kreuzzeitung" und der Konservativen, Freiherr v. Hammerstein, der öffentlich als oberster Hüter der öffentlichen Moral die Wache hielt und gleichzeitig sich mit seinem Verhältnis Flora Gaß im chambre séparé gütlich tat. An diesem Orte fiel ja auch das Wort der Flora Gaß ihrem Liebhaber gegenüber: „Komödianten seid Ihr doch alle!" Auf dem gleichen Niveau gemeiner Verlogenheit stehen auch heute die Moralpredigten der Rechtsblätter. Am 24. Oktober 1924 noch hat die Deutsche Volkspartei einen Antrag der Deutschnationalen, den sozialdemokratischen und demokratischen Ministern das Vertrauen zu entziehen, abgelehnt. Ein Vierteljahr später hat sie den kommunistischen Antrag auf Vertrauensentziehung angenommen! Was ist denn in den drei Monaten geschehen? Die Wahlen legten doch Zeugnis für die Große Koalition ab. Herr v. Campe verlangt jetzt eine Regierung auf breiterer Basis. Aber noch im Wahlkampf hat man von einer Annäherung der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen nichts gemerkt. Jetzt sind beide Parteien eine Arbeitsgemeinschaft zum Kampf gegen die Große Koalition.

Ohne die Kommunisten sind die beiden Rechtsparteien eine hoffnungslose Minderheit, es hat sich aber zwischen den Dreien ein solcher Grad der Gesinnungsgemeinschaft gegen die Sozialdemokraten herausgebildet, daß man schon von einer neuen Koalition sprechen darf.

Alles wird darangesetzt, das Zentrum mürbe zu machen. Die Große Koalition hat Preußen vor einer Staatskrise bewahrt; jetzt, nach dem 7. Dezember, reden Sie (nach rechts) uns mit großem Kraftaufwand eine Staatskrise auf. Aus dem Chaos vom November 1918 hat uns nicht die Rechte, sondern die Dreiheit der Parteien errettet, die jetzt in der Regierung vertreten sind. Tatsächlich haben die Deutschnationalen im Westen sich mit den Separatisten eingelassen, indem sie die von dem „Deutschen Freiheitsbund" aufgestellten vier Punkte unterschrieben. (Hört, hört!) Und wie haben sich die Deutschnationalen in der Aufwertungsfrage bloßgestellt! Nachdem der Wählerfang gelungen war, haben sie im Reichstag ihre eigenen Anträge, die sie schandehalber noch eingebracht hatten, niedergestimmt. Hat nicht Herr

Stinnes die Reichsregierung mit Erpressertaktik traktiert,

bis er ihr schrieb, daß Rhein und Ruhr von Preußen und vielleicht vom Reich „abgeschrieben" werden würden, wenn nicht das Reich, d. h. die Steuerzahler, die Arbeiterschaft, die breite Masse des Volkes die Micum-Lasten trage! Die Deutschnationalen sehen Preußen als einen Gutsbezirk an, in dem sie, und nur sie etwas zu sagen haben. Darum können wir die Staatskrise nur vermeiden, wenn wir verhindern, daß sie wieder an die Macht kommen. Sie (nach rechts) wollen jetzt die Fäden aufnehmen, die 1914 durch den Krieg zerschnitten wurden; unter der Parole „Schutz den Arbeitswilligen" soll die Entrechtung der Arbeiterschaft vollbracht werden. Man begnügt sich nicht damit, den Staat zu besitzen, was durch das Mittel der Beamtenbureaukratie verbürgt ist; man will ihn auch regieren, und zwar gegen das Volk regieren. (Zurufe rechts.) Es steht fest, daß zahlreiche Beamte der inneren Verwaltung Ihnen (nach rechts) Material zutragen (Große Unruhe rechts); an dieser Korruption des Beamtenkörpers sind Sie (nach rechts) schuld! (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Schwering** (Z.) hält den Bundesbrüdern der Kommunisten auf der Rechten unter Abweisung ihres Werbens um die Zentrumsstimmen vor, daß ihre Politik alles eher denn staatserhaltend ist. Die Feststellung der rechtsradikal-volksparteilich-kommunistischen Bundesbrüderschaft veranlaßte die Deutschnationalen zu solchem Wutgeschrei, daß erst ihr Vizepräsident v. Kries dem Redner einigermaßen Ruhe schaffen konnte. Abg. Schwering führte dann aus: Wenn das Verbleiben Severings im Kabinett eine Herausforderung sein solle, so sage er mit voller Ueberlegung, man möge überlegen, ob nicht

eine deutschnationale Regierung angesichts der Sündenregister der Konservativen in Preußen eine Herausforderung nach dem Westen

bedeute. (Stürm. Entrüstungsrufe rechts, Beif. im Zentr. und links.) Wir stünden in einer latenten Staatskrise. Die Entscheidung für eine Gesundung liege bei der Deutschen Volkspartei, die vergeblich auf die Uneinigkeit im Zentrum spekuliere. (Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Dr. **von Campe** (D. Vp.) sagte, die Zentrumspartei brauche sich nur auf ihre alte bessere Tradition zu besinnen und nicht in der Weise des jungen Vorredners derartig provozierend aufzutreten und mit Drohungen zu arbeiten, die jedes sittliche Empfinden vermissen ließen. An den Ministerpräsidenten Marx, gegen dessen Persönlichkeit seine Fraktion nichts habe, richte er die Bitte, sich noch einmal zu prüfen, ob er wirklich alle Möglichkeiten der Kabinettsbildung erschöpft habe oder nicht doch ein Ministerium ohne Sozialdemokraten zusammenbringen könne. — einen

Zwischenfall

rief eine Aeußerung Dr. v. Campes gegen Leinert hervor. Dieser hatte der Deutschen Volkspartei gesinnungsverwandte Zusammenarbeit mit den Kommunisten vorgeworfen, und diese Behauptung aufrechterhalten, als Dr. v. Campe meinte, das glaube Leinert doch wohl selber nicht. Als nun v. Campe erwidert, dann könne das nur die Folge seines (Leinerts) nervösen Zusammenbruchs sein, ertönten stürmische Pfuirufe und die

Sozialdemokraten, Demokraten und ein Teil des Zentrums verließen den Saal.

Heute, Freitag, 11 Uhr, Weiterbesprechung. Vorher kleinere Gegenstände ohne Besprechung. — Schluß gegen 5 Uhr.

Eine so gute Margarine haben Sie noch nicht gekostet. Das werden Sie selbst sagen, wenn Sie „Landbu" mit irgendeiner anderen Margarinesorte vergleichen. Sie werden sofort finden, dass „Landbu" etwas ganz Besonderes ist. An Nährwert und Bekömmlichkeit steht „Landbu" bester Naturbutter nicht nach. „Landbu" ist überall fabrikfrisch erhältlich.

Das ½ Pfund kostet nur 50 Pf.

Gratiszugabe: Würfelspiel „Landbumännchens Weltreise".

Landbu
MARGARINE

F. A. ISSERSTEDT AKT.-GES., ELBERFELD UND BERLIN-PICHELSDORF

Generalvertretung und Lager für Groß-Berlin und Provinz Brandenburg
Alfred Braun & Co., Berlin N. 4, Gartenstraße 6.

Aus der Partei.

Die polnischen Sozialisten und die nationalen Minderheiten.

Die Bemühungen der polnischen sozialistischen Partei (PPS.) zur friedlichen Beilegung des Konflikts zwischen **Polen** und **Danzig** haben erfreuliche Erfolge gezeitigt. Wohl ist ein Beschlußantrag, den sie im polnischen Parlament einbrachte und der im Sinne der Vereinbarung zwischen den polnischen und den Danziger Sozialdemokraten gehalten war, von der Majorität abgelehnt worden, aber die Regierungsparteien haben ihren eigenen Beschluß infolge der Intervention der Sozialisten abschwächen müssen, indem sie sich ausdrücklich bereit erklärten, daß der Konflikt vom Völkerbund in friedlicher Weise geschlichtet werden soll. Auch der Minister des Auswärtigen hat eine dementsprechende Erklärung abgegeben. Inzwischen ist auch eine wesentliche Beruhigung der öffentlichen Meinung eingetreten. Ende Februar werden Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Danzigs nach Warschau kommen, um die Besprechungen zwischen den beiden Parteien fortzusetzen.

Anfang März wird eine **Konferenz** zwischen der PPS. und der deutschen Sozialdemokratie in Polen stattfinden, um die Beziehungen zwischen den beiden Parteien regelmäßiger und inniger zu gestalten. Man hofft, daß es gelingen wird, zu einem gemeinsamen Entwurf für die Regelung der Minoritätsrechte der deutschen Minderheit zu gelangen.

Desgleichen hat die PPS. soeben im Parlament einen Entwurf für die Regelung der ukrainischen Minoritätsrechte und die Autonomie der ukrainischen Gebiete in der polnischen Republik eingebracht.

„Freunde der italienischen Freiheit."

In England hat sich ein Verein der „Freunde der italienischen Freiheit" gebildet, der von namhaften Persönlichkeiten der britischen Arbeiterpartei ins Leben gerufen wurde. In dem Aufruf, den die Gründer des Vereins erlassen haben, heißt es: „Die Unterdrückung aller Freiheit durch die Faschisten heischt die Sympathie aller derjenigen in England, die die Freiheit lieben, für die verfolgten Arbeiter Italiens. Die Zeiten sind vorüber, da wir schweigen und ein Verbrechen ohne Protest lassen konnten, weil wir angeblich kein Recht haben, uns in die Angelegenheiten eines anderen Landes zu mischen. . . . Der Protest der britischen Arbeiter ist längst fällig. Wir wollen die Tatsachen veröffentlichen, die öffentliche Meinung aufrufen, die Unterdrückung anklagen und so die schönste Tradition jenes freiheitsliebenden Geistes weiterführen, dessen Erbe die Arbeiterschaft ist."

Das Manifest ist u. a. unterzeichnet von dem gewesenen Mitglied der englischen Arbeiterregierung Wedgwood, den Arbeiterabgeordneten Wallhead, Smillie und Frau Wilkinson, sowie den bekannten Schriftstellern H. G. Wells und H. W. Nevinson.

Ein neues Arbeiter-Tageblatt in Australien.

Die Liste der sozialistischen Tageblätter ist wieder um eins bereichert worden. In **Sidney** (Australien) erscheint seit kurzem ein „**Arbeiter-Tagblatt**", das trotz der kurzen Zeit seines Bestandes sich bereits einer Auflage von 80 000 rühmen kann. Seit dem Kriege haben die australischen Arbeiter große Anstrengungen gemacht, um eine Tagespresse ins Leben zu rufen. Dies ist nun der erste Erfolg, und er soll nicht allein bleiben. Auch in **Melbourne**, der Hauptstadt von Victoria, soll bald ein sozialistisches Tageblatt erscheinen und man darf hoffen, daß in absehbarer Zeit die Arbeiterbewegung in jedem der australischen Gliedstaaten über ein Tageblatt verfügen wird.

HERMANN **Tietz** BILLIGE **Lebensmittel**

Verkauf nur so weit Vorrat — **Frisches Fleisch** — Mengenabgabe vorbehalten

Schweineliesen stark	Pfund 76 Pf.
Schweineschulterblatt ohne Beilage	Pfund 80 Pf.
Schweineschuft	Pfund 88 Pf.
Hammelfleisch (Dicke Rippe)	Pfund 64 Pf.
Hammelrücken	Pfund 68 Pf.
Kalbskamm	Pfund 66 Pf.
Kalbskeule	Pfund 76 Pf.
Schweineköpfe gepökelt	Pfund 34 Pf.
Schweinenieren gefroren, wie frisch	Pfund 60 Pf.
Ochsen-Suppenfleisch fettes, gefroren	Pfund 50 Pf.
Ochsen-Schmorfleisch fettes, o. Knochen, gefror.	Pfd. 74 Pf.

Kolonialwaren

Tafelsalz	1-Pfund-Paket 8 Pf.
Kartoffelmehl	Pfund 23 Pf.
Haferflocken	Pfund 24 Pf.
Hartgriess	Pfund 30 Pf.
Bandnudeln	Pfund 27 Pf.
Eier-Fadennudeln	Pfd. 45 Pf.
Eier-Riebele	Pfund 45 Pf.
Makkaroni	Pfund 48 Pf.

Fische

Schollen grosse	Pfund 25 Pf.
Seelachs ohne Kopf, im ganzen	Pfund 28 Pf.
Grüne Heringe	Pfd. 18, 28 Pf.
Frischer Zander	Pfund 80 Pf.

Obst u. Gemüse

Zitronen	Dutzend 30 Pf.
Mandarinen	Pfund 34 Pf.
Apfelsinen	Dutzend 50, 65 Pf.
Blutorangen	Dutzend 70 Pf.
Wirsingkohl holl.	Pfund 7 Pf.
Rotkohl holl.	Pfund 7 Pf.
Sellerie gr. Knollen	Pfund 35 Pf.
Blumenkohl	Kopf von 10 Pf. an

Wurstwaren

Speckwurst	Pfund 90 Pf.
Hausm.-Leberw.	Pfund 1.00
Fleischwurst	Pfund 90 Pf.
Sülzwurst	Pfund 90 Pf.
ff. Leberwurst	Pfund 1.30
Berl. Mettwurst	Pfund 95 Pf.
Mettwurst n. Br. Art.	Pfd. 1.20
Teewurst	Pfund 1.60

Wild · Geflügel

Hasen gestreift	Pfund 90 Pf.
Gänse gefroren	Pfund 80 Pf.
Gänsestückenfl. gefr.	Pfund 65 Pf.
Gänsekeulen gefroren	Pfund 1.30
Gänseklein mit Magen, gefroren	Stück 1.30
Gänsebrust gefroren, o. Kn.	Pfund 1.50
Gänserümpfe gefroren	Pfund 1.00
Suppenhühner	Pfund 1.55

Molk.-Butter ½-Pfund-Stück	98 Pf.
Vollmilch 4 grosse Dosen	1.00
Harzerkäse Kiste ca. 3½ Pfund	90 Pf.
Kakao Fabrikat Bensdorp	Pfund 80 Pf.
Frisch gebr. Kaffee	Pfd. von 2.60 an
Camembert 50% Fettgeh. Schl. ca. 350 g	80 Pf.

Räucherwaren

Sprotten	Pfund 35 Pf.
Makrelbücklinge	Pfund 35 Pf.
Seelachs	Pfund 48 Pf.
Bundaale	Band 200 g 80 Pf.

Aussergewöhnlich billiges Fasswein-Angebot!

Gefässe (Flaschen, Korbflaschen usw.) bitten wir mitzubringen.

Mittelvoller Rhein-pfälzer Weisswein Ltr. 90 Pf. Steuer 24 Pf. — Dunkler voller Natur-Rotwein .. Liter 1.00 Steuer 26 Pf. — Orig.: Douro-Portwein feurige, vorzügliche Qualität .. Liter 2.00 Steuer 52 Pf. — 1921er Haut-Sauternes süsser, weisser Bordeauxwein .. Liter 2.50 Steuer 65 P.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus 7½ U.: Mona Lisa. Opernhaus am Königsplatz 8 Uhr: Der Barbier von Bagdad. Schauspielhaus 7½: Charleys Tante. Schiller-Theater 7½: Der Widerspenstigen Zähmung

Volksbühne 7½ Uhr: Sakuntala

Deutsch. Theater 7½ Uhr: Die Stützen der Gesellschaft

Kammerspiele 7½ Uhr: Frühlings Erwachen

Die Komödie Kurfürstendamm 206/207 7½ Uhr: Sechs Personen suchen einen Autor

Theater i. d. Königgrätzer Str. 8 Uhr: Wir lassen uns scheiden

Komödienhaus 8 Uhr: Heimliche Brautfahrt

Berliner Theater 7.30 Uhr: Anneliese v. Dessau

SCALA 8 Uhr: Varieté-Revue. Sonntags 3½ U. zu halben Preisen

Residenz-Th. Tägl. 8 Uhr: Mrs. Dot. Leopoldine Konstantin, Armin Sandrock, Kortl, Burg, Ebner, Alexander Wattlard, Rant

Wintergarten Novitäten-Spielplan! Sonntags 3½ Uhr halbe Preise. Rauchen gestattet.

Lessing-Theater 8 Uhr: Indipohdi von Gerhart Hauptmann

Kleines Th. Täglich 8 Uhr: Frau Lohengrin von Friedmann und Lasser. Gisela Werbezirk, Olga Limburg, Schroder, Sterbini, Rothin

Trianon-Th. Tägl. 8 Uhr: Einmal ist keinmal von Fritz Mack. Hansi Arpstädt, Valkenstein, Keiser-Titz

Deutsch. Künstlertheat. Täglich 8½ Uhr: „Riquette" Operette von Oscar Straus

Lustspielhaus 8 Uhr: Guido Thielscher. D. wahre Jakob

Operettenhaus am Schiffbauerdamm 8 Uhr: Die vertauschte Frau

Wallner-Theat. 8 Uhr: Pelleas und Melisande

Theater des Westens Berl. Operngastsp. Dir.: Ewald Huth. Sonntag, 22. Februar 3 Uhr: Carmen m. d. ges. Ensemble der Gr. Volksoper

Rose-Theater 7¾: Berlin wie es weint und lacht

Ernst **Friedrich** spricht 22. Februar, 8 Uhr, in d. „Arbeiter-Kunst" Parochialstraße 29: Märchen- und Gespenster Geschichten

Thalia-Th. Tägl. 8 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Schubert, Jadlowker

Haller-Revue 1925 Th. i. Admiralspalast 27. Woche. Allabendl. 8¼ Uhr. Die größte Revue d. Welt: „Noch und Noch"

Sonntag nachm. 3¼ Uhr: Die ganze Vorstellung zu halben Preisen. 2. Rang 1 Mark

Central-Theater 7½ Uhr: Die versunk. Glocke

Deuts. Opernhaus 7½ Uhr: Oberon

Metropol-Theater Tägl. 7½ Uhr: Gräfin Mariza

Neues Th. am Zoo Heute 7 Uhr: Premiere. Die weiße Weste. Musik Lustsp. nach Friedmann-Frederich von Hans H. Zerlett. Musik v. Otto Urack

Th. in Kommand. Str. Letzte Wochen! 8 Molly Wessely in Die Frau ohne Kuß. Stg. 3½: Hans Hackebein

Casino-Theater Lothringer Str. 37 Tägl. 8 Uhr. Trotz d. gr. Erfolges nur noch kurze Zeit die Schlager-Posse Graf Koks. Vorher der humoristische bunte Teil mit Willy Melbrycki

Magenleidende nehmen die echten Reichels Magentropfen, bes. erprobte Rezept Fl. 1 u. 2.50. In Drogerien u. Apotheken, sonst bei Otto Reichel, Berlin 43, SO. Eisenbahnstr. 4

Apollo-Theater 8 Uhr. Revue-Posse Das lachende Berlin. Ueber 150 Mitwirkende! Ganz kleine Eintrittspreise. Parkett 2,50 M.

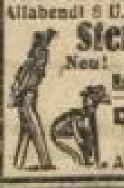
Metropol Varieté 8 Uhr. International. Varieté-Spielplan

URANIA Taubenstr. 48. Vom 16. bis 19. Februar, 7 Uhr abends, vom 20. bis 22. Februar, 5 Uhr nachmittags und 7 Uhr abends. Filmvortrag **COLUMBUS** der größte Dampfer Deutschlands 32 354 Br.-Reg.-Tonnen, Länge 236 m. Norddeutscher Lloyd Bremen. Vortragsredner Obering. DREYER, Hannover. Kartenvorverkauf: Theaterkasse Wertheim, Invalidendank. Näheres siehe auch Plakate

Komische Oper 8 Uhr. Direktion: James Klein. **Unsere Revue:** Das hat die Welt noch nicht gesehn mit über 250 Mitwirkenden. Die Sensation des Berliner Theaterlebens! Sonntag 3½ Uhr Die große Revue! Jeder Erwachs. 1 Kind frei zu halben Preisen (50 Pf. bis 6 Mk.) Vorverkauf ununterbrochen!

Theater am Kottbusser Tor. Tägl. 8 Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr Elite-Sänger. Der Gipfel des Humors: Die Buxe der Pandora. Volkstümliche Preise

Reichshallen-Theater Allabendl. 8 U. u. Sonntags nachm. 3 Uhr Stettiner Sänger. Neu! Sport-Müller Neu! Nachm. halbe Preise, volles Prog. Dönhoff-Brett'l: Familien-Varieté. Anf. 7½ U. Sonnt. 8½ U.



Küchen

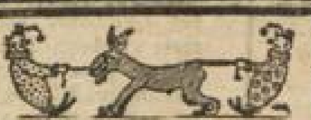
	roh	lackiert
Küche Lottchen mit Rahmen	38	58 M.
„ Esmeralda mit Anrichte	65	95 „
„ Hermine mit Anrichte	68	100 „
„ Magdalena mit Anrichte	78	125 „
„ Alma m. Seitenschränken Anr.	125	175 „

Riesenauswahl roher, lackierter, lasierter Küchen u. einzeln. Schränke jetzt enorm billig

Weiße Kleiderschränke

	90	120	150 cm
Kiefer, roh	35	48	90 M.
weiß	50	65	120 M.

Ausstellung Westfäl. lasierter Küchen von 175—700 M. Frei Haus Berlin. Küchenmöbelfabrik **Himmel** Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor) Norden 10821



Artikel für Bockbierfeste Karneval- und Vereinsartikel. Tombola-Gewinne, -Lose und -Nieten. Pohl & Weber Nachflg. Spittelmarkt 4/5! Verlangen Sie Preisliste Nr. 5

Neue Welt Arnold Scholz — Hasenheide 108/114. Täglich **Bockbier-Fest** in den bayerischen Alpen. 8 Kapellen — neue Dekorationen. Zu bayer. Mad'l. Bergschloß-Bockbier. Jeden Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag Großer Ball. Einl. Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 3 Uhr. Anf. Wochent. 7 Uhr, Sonnt. 4 Uhr. Für Sonnabend, 21. Febr. 1925, sind sämtl. Eintrittskarten ausverkauft. Voranzeige! Sonntag, den 22. Februar 1925 Gr. Alpenball

Circus Busch Tägl. 7½, Stgs. a. 3 U. Der große Circus-Spielplan! Ein Sportereignis! Gastspiel Kommissionsrat Albert Schumann. Hohe Schule a. „Mephisto". 9 U. Das romantische Manegewerk Lady Hamilton. Paula Busch i. d. Hauptr. Schau der Manegewunder! Feenhafte Ausstattg. Stg. 2×3+7½ U. Nachm. z. Schluß: D. lustigen Vagabunden. Nachm. halbe Pr.!

Inserieren bringt ERFOLG!

Dezimalwagen

Tafelwag., Gewichte, billigste Preise. Großes Lager. Georg Wagner Köpenicker Str. 71 (kein Ladengeschäft). Keine Schaufenster-Reklame, dafür wesentl. billigere Preise

Beinleidende fordert in den Apotheken Dr. Sidler's „Siwalin", das bewährtes e. sicher wirkendste Mittel gegen Krampfadern, Beingeschwüre, Hämorrhoiden, Frostbeulen u. alle schwer heilenden Wunden. Generalvertrieb: Sidler & Co. G.m.b.H., Freiburg i. B.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden meiner geliebten Frau, unserer guten Mutter und Schwiegertochter sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Ernst Schulze, Kinder u. Mutter.

Siegel & Co. Prinzenstr. 88

6 M. m. 60 cm Seidenschirm 4 flammig 38 Mk. Auf Wunsch kulante Zahlungsbedingung, ohne Preisaufschlag. Größtes Musterlager Berlins f. Gas u. Elektrisch. Kronleuchter v. 20—1200 M.

Kredithaus Diskret Große Frankfurter Str. 77. Laden nahe Alexanderplatz. Auf Kredit! Herren-Anzüge, Herren-Ulster, Damen-Mäntel, Regenmäntel, Ulsters, Kleider, Decken, Teppiche, Bettwäsche, Tischwäsche, Damenwäsche, Strickwesten, Steppdecken, Gardinen. Waren für 30 M. Anz. 6 M. Waren für 50 M. Anz. 10 M. Waren für 75 M. Anz. 15 M. Waren für 10 M. Anz. 20 M. usw. Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Gutzungs-Rabatt u. Reklamemarken seit 45 Jahren Spezialität Conrad Müller

Mauxion, Sarotti, Trumpf, Kant, Bergelt usw., Kakao, Bonbon, gr. Auswahl i. Ostereier, Drages-Eier, Stang. usw. Großhandlung Strecker, Stralauer Str. 3, am Molkenm.

Wöchentliche Teilzahlung

Eleg. Herrenbekleidung fertig und nach Maß zu soliden Preisen. Garantie für guten Sitz u. pa. Verarbeitung. Lodenmäntel, Gummimäntel in großer Auswahl. Maßschneiderei **Julius Fabian** Große Frankfurter Straße 31, nur 2. Etage

MIFACH Große fachgewerbliche Ausstellung für das gesamte Molkereiwesen und den milchwirtschaftlichen Betrieb, Säuglingshygiene u. Kinderpflege **28. Februar bis 8. März**

Veranstaltet vom **Verband Groß-Berliner Molkereibesitzer-Vereine E. V.** in der 12000 qm großen **Fleisch-Engroshalle**, Landsberger Allee 116/117, unter dem Protektorat des Oberbürgermeisters von Berlin, Böß, unter Teilnahme staatlicher und städtischer Behörden und Institute. — Seitens der Behörden sind goldene und silberne Medaillen für den Milch- und Käsewettbewerb gestiftet worden.

Gruppeneinteilung: Rinderrassenschau — Musterställe mit Viehbestand — Wolfs Schweinsburger Aufstallung — Hygienische und praktische Stalleinrichtungen — Desinfektionsmaschinen und Fütterungsvorrichtungen — Milchwirtschaftliche Maschinen und Geräte — Zentrifugen — Buttermaschinen — Milcherhitzer — Filter — Melkmaschinen — Käsereieinrichtungen — Musterschau von Molkereierzeugnissen: Butter und alle Sorten Käse, Nährpräparate — Neuzeitliche Instrumente für Tierzucht und Heilkunde — Tierzuchtliteratur. — **Sonderausstellung des Kaiserin-Auguste-Victoria-Hauses.**

Sichern Sie sich sofort Ihren Stand, da der verfügbare Raum fast ausverkauft ist und nur noch wenige Vorzugsplätze zu erwerben sind! Eilofferten und Prospekte: **Arbeitsausschuß der Mifach, Berlin NO. 18, Landsberger Allee 116/117**, Tel.: Alexander 6090. Vertretung auswärtiger Firmen übernimmt **Willi Tunte, Bln.-Lichtenberg, Tasdorfer Str. 24.**

Freitag
20. Februar 1925

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Strindberg als Wähler.

Die Stockholmer Arbeiterkommune feiert dieser Tage ihr 25jähriges Jubiläum. Bei diesem Anlaß veröffentlicht unser Stockholmer Bruderorgan eine Reihe von Kundgebungen und Erinnerungen, unter denen ein Bericht über Strindbergs Teilnahme an den Stockholmer Kommunalwahlen kurz vor seinem Tode bisher unbekannt gewesen sein dürfte. Die Kommunalwahlen in Schweden, sowohl in den Städten wie in den Landbezirken, waren damals Klassenwahlen, und zwar so abgestuft nach dem Einkommen, daß die Mehrzahl der Arbeiter ohne Wahlrecht waren, während der Besitzende bis zu 40 Stimmen vereinigen durfte. Diese Ungerechtigkeit, die erst während des Krieges in Schweden verschwand, war um so bedrohlicher, als die Kommunalvertretungen wiederum die Erste Kammer wählten, die auf Grund der „40grädigen Skala", wie sie hieß, dauernd eine Vertretung des Großbesitzes bleiben mußte.

Die Sozialdemokratie hatte also alle Veranlassung, Parteigänger auch in den besitzenden Klassen zu werben. Im März 1912 standen wieder Stadtverordnetenwahlen in Stockholm bevor. Strindberg, der zu seinem 63. Geburtstage am 26. Januar Gegenstand einer imposanten Nationalgabe und zahlreicher Huldigungen, nicht zum wenigsten von seiten der Arbeiterschaft, gewesen war, schrieb damals in einem Zeitungsartikel über diese Kundgebungen: „Es soll nur eine Erinnerung bleiben, und für meine Kinder ein Erbe, das Verpflichtungen enthält; und es soll ihnen ein Gewissen sein, das sich drohend erheben soll, wenn sie ihren geringen Ursprung und wenn sie vergessen sollten, aus welcher Quelle ihre besseren Lebensbedingungen geflossen sind." Darin sah man eine unzweideutige Sympathieerklärung für die Arbeiterschaft, und der damalige Funktionär der Arbeiterkommune, jetzige Sekretär des Schwedischen Eisenbahnerverbandes, Axel Löfgren, wandte sich schriftlich an Strindberg mit der Frage, ob die Arbeiterpartei Vollmacht für Ausübung des ihm zustehenden kommunalen Wahlrechts erhalten könne.

Strindberg wohnte damals bereits in dem sogenannten gelben Turm, Drottning- und Tegnersgatan-Ecke, wo er zwei Monate später sterben sollte. Am nächsten Tag brachte seine Haushälterin bereits folgende Antwort:

„Wenn Sie mit zwei Zeugen kommen (wegen der Namensunterschrift) vor 4 Uhr, erhalten Sie die Vollmacht. Ich liege nämlich krank und bin allein. Bitte klingeln Sie zweimal, zwei kurze Schläge. Sr."

Strindberg hatte, um sich vor den zahlreichen unberufenen und unerwarteten Besuchern zu schützen, ein sehr strenges Sicherungssystem an seiner Wohnungstür eingeführt. Auch als sich Löfgren und mit ihm der Redakteur Hjalmar Gustafson am nächsten Tage unter dem vorgeschriebenen Klingelzeichen einfanden, wurden sie erst durch eine große Brieföffnung hindurch über den Zweck ihres Besuches befragt, worauf mehrere Sicherheitsketten rasselten und sie eingelassen wurden. Der mythische Dichtergigant machte in der Nähe einen gemütsweichen, fast kindlich-naiven Eindruck. Er fragte, wieviel Steuereinheiten ihm zuständen, und bat sie, bei der nächsten politischen Wahl wieder seine Vollmacht einzuholen. Als ihm bedeutet wurde, daß die Stellvertretung bei den Reichstagswahlen nicht zulässig sei, schüttelte er nur den Kopf. Er kam auch nicht mehr dazu; denn im Mai war er bereits tot. Der Parteigenosse, der jedoch bei der Kommunalwahl mit Strindbergs Vollmacht auftrat, erfüllte den Auftrag nicht ohne Stolz und auch nicht ohne Aufmerksamkeit von seiten der Wahlleiter; denn im Saale vernahm man vom Wahltische den Ausruf: „August Strindberg — 40 Stimmen!"

Die Kartoffeln und die englische Kirche. Ein volles Jahrhundert brauchten die Engländer, um auf den Geschmack der Kartoffeln zu kommen. Und als man im Jahre 1728 endlich dazu überging, einen Versuch mit der Einführung der Kartoffeln in Schottland zu machen, begegnete man dabei dem heftigen Widerstand der Kirche. Der Kampf, der von der Kanzel herabgeführt wurde, geschah von zwei verschiedenen Seiten aus. Die Geistlichkeit verwarf den Kartoffelbau einmal mit der Begründung, daß die Kartoffel in der Bibel mit keinem Wort erwähnt werde und daß sie daher als Nahrung für Christenmenschen nicht in Betracht komme! Auf der anderen Seite ging man noch einen Schritt weiter und erklärte die Kartoffel geradezu für die verbotene Frucht, die Adam zu Fall gebracht und die Vertreibung des ersten Menschenpaares aus dem Paradiese zur Folge gehabt habe. Daneben erhoben auch die Aerzte gegen die Kartoffel die Beschuldigung, daß sie Fieber errege und daß ihr Genuß den Aussatz hervorrufe.

Ein Giftsee. Im Val Piota (Kanton Tessin) liegt ein See, der Ritomsee, der von zahlreichen Fischen der mannigfachsten Arten bevölkert ist und auch ein reiches Pflanzenleben birgt. Das merkwürdige dabei ist jedoch, daß Fauna und Flora des Sees nur bis in eine Tiefe von 12 Meter reichen. Genau von dieser Tiefe ab ist das Wasser derartig mit giftigen Schwefelwasserstoffgasen erfüllt, daß alle Lebewesen, die sich darin aufhalten würden, zugrunde gehen müßten.

Woher hat der blaue Montag seinen Namen? Es ist interessant, die Entstehungsgeschichte des „blauen Montags" zu verfolgen. „Blauen Montag" — oder noch kürzer: „Blauen" — machen, heißt feiern, nicht arbeiten. Die Bezeichnung rührt daher, weil früher an manchen Orten die Gepflogenheit herrschte, an dem Montag vor Beginn der Fastenzeit (Aschermittwoch) nicht zu arbeiten. Da die priesterliche Gewandung und der Altar in dieser Zeit blau (eigentlich violett) sind, nannte man den arbeitslosen Tag „blauen Montag" und dehnte diese Bezeichnung später auf alle Tage aus, an denen nicht gearbeitet wurde.

Zahlen vom Weltkriege. Die amerikanische Zeitung „Associated Preß" widmet neuerdings statistischen Feststellungen über den Weltkrieg besondere Aufmerksamkeit. Sie hat ausgerechnet, daß der Krieg insgesamt 18 Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Wenn alle Toten, hintereinander aufgereiht, an uns vorbeimarschieren würden, so würde der Marsch fast sieben Jahre dauern. Jeder Tag hat 12 000 Menschen das Leben gekostet, in jeder Sekunde sind durchschnittlich 10 Kriegsteilnehmer gefallen. Die Kosten des Krieges werden von einem Professor an der Universität Illinois auf Grund amtlicher Unterlagen auf 186 Milliarden Dollar errechnet. Die indirekten Kosten, die der Krieg verursacht hat (Ausfall der Arbeitskraft) werden auf mindestens ebensoviel geschätzt. (Es waren insgesamt 70 Millionen Mann mobilisiert, von denen angenommen wird, daß sie jährlich für je 600 Dollar Arbeit hätten leisten können.) Die Gesamtkosten des Krieges würden sich demgemäß auf etwa 400 Milliarden Dollar = 1,6 Billionen Goldmark stellen. Auf die gesamte Erdbevölkerung umgelegt, würden also auf den Kopf 1000 Mark entfallen.

Der neue Siegfried.

„Nun sei mal kein Frosch, lieber Drache, und rücke den Silberschatz heraus!" — „Nichts zu machen! Wir sind hier Reichsbank und nicht etwa Seehandlung!"

Bußtag.

Von S. Buetz.

Mit schwachem unstäten Lichte sah der Mond aus dem Gewölk, halb versteckt zwischen schwärzlich flatternden Nebendünsten, die über den Himmel hinzogen. Der blasse aufflackernde Schein hatte etwas Unheimliches — fast Grauenhaftes. Gleich schlenkernden knochenlosen Fingern pendelte er halt- und kraftlos über den Erdboden hin.

Alle Gespenstergeschichten, die Annemarie im Laufe der Jahre im Dorf gehört hatte, fielen ihr ein.

Hu...h...! schrie da nicht der Kauz...!?

Das Mädchen duckte sich erschreckt. Ihr brauner saltiger Rock mit der darüber gebundenen schwarzen Wollschürze streifte den Erdboden. Ueber ihre dicken, hastig aufgesteckten Zöpfe fuhr eilig und rauh der Nachtwind.

Tiefrot und lebenshungrig quoll aus dem verängstigten, verzerrten Gesicht der junge Mund.

Ju...hu...! schrie der Kauz.

Annemarie richtete sich auf. Ihr Körper straffte sich. Klappernd schlugen ihre Zähne aufeinander. Wild reckte sie den starken Arm empor, der bis zum Ellenbogen hin nackt, wie altersdunkles Elfenbein im unbestimmten Licht aufleuchtete.

„Schrei nur, du Unglücksvogel! Vertreibst mich nicht! Geh doch nach Lichtenberg herunter!" keuchte die junge Magd mit schreckensweit geöffneten Augen; die trugen die Farbe der reifen Brombeere.

Ju — hu! Huh...! schrie der Kauz.

Und wie im höhnenden Spotte ergossen sich dem Schrei noch tausend der silberklaren Mondstrahlen durch das vom Winde auseinandergetriebene Gewölk über die Erde hin.

Taghell lagen die Felder. Taghell der Weg!

Annemarie zitterten die Knie. Im Entsetzen der Angst kreiste ihr Blick umher, schützende Dunkelheit zu suchen, die sie verbarg. — Doch nirgends ragte ein Baum hervor, wuchs, Schatten um sich breitend, ein Strauch. Nur Felder dehnten sich..., endlose, glatt hingestreckte Felder von breiten summen Wegen durchquert. Hier und da ragte einsam ein weißgetünchter Chausseestein, der von der braunen aufgepflügten Erde umhäufelt, scharfumrissen weithin sichtbar lag. Im Rücken Annemaries tauchte die Silhouette einer Kirchturmspitze auf. Dort lag das Dorf, aus dem die Dirne kam, und dessen spähende Augen sie fürchtete.

Heller wurde das Mondlicht. Strahlender... Die junge Magd warf einen ängstlich scheuen Blick um sich, — dann lief sie, die Jacke halb über den Kopf geworfen, jagend, stolpernd weiter.

Ohne Ende schien der Weg, — ohne Ende die umgepflügten nassen Felder. Annemarie keuchte. Erschöpft hielt sie in dem gewaltsamen Laufe inne. Ihre Schuhe waren bleischwer von den großen Klumpen Erde, die sich darum geballt hatten. Trotz der kalten und unter dem dahinstreifenden Winde rauhen Luft, rannen dicke Schweißperlen über ihre Stirn. Während Annemarie noch still stand, um wieder zu Atem gelangen zu können, sang der matte Ton einer Kirchenglocke langgezogen über die stillen Felder hin.

Annemarie fuhr zusammen... Horchte... zählte... an den Fingern die Glockenschläge mit.

„Erst elve...!!"

Die Magd riß schreckhaft die Augen auf. Erst elve...! Und wenn sie wie jetzt weiter lief, dann war sie in einer knappen halben Stunde in Lichtenberg drunten... und im Büchchen stand... zwölf mußte es sein! Klock Schlag zwölf —!

„So jemand einer großen Sünde will Verzeihung finden, gehe er allein in der Nacht, die vor dem heiligen Bußtage und Bettag liegt, zur Kirche St. Johannis, gleichviel wo sie auch liegen möge, knie mit dem Schlage 12 Uhr vor der verschlossenen Türe des Gotteshauses nieder, hebe die Hände auf, bete inbrünstig und bereue". —

Plärrend hatte die Magd die Worte hergeleiert. — Ja, so stand's im Büchchen, das sie bei ihrem Bauer in der Bodenkiste beim Reinemachen gefunden hatte... Oh, dank dem Büchchen! — Und Wahrheit ist es! Flüsterten sie denn im Dorfe nicht hinter allen Türen vom Reinhold, der es auch versteckt hatte?! Im Rausch hatte der einen Mann erschlagen kurz vor Bußtag... Da hatte er sich hingeschlichen zur Johanniskirche in Lichtenberg, zwei Stunden vom Helmatsdorf; allein... in der Nacht. Und war da jemals etwas danachgekommen?! Einen Menschen umgebracht hatte der und lief frei umher! Beweisen hätten sie es ihm nicht können, vor Gericht, sagte der Schulze. Jawohl, so dumm waren sie nun auch nicht mehr und glaubten alles! — Die Herren in der Stadt sollten nicht herausbekommen haben, was jedes Kind hier wußte?! — Und hatte der Fritz Lüder denn nicht schön seine drei Monate abbekommen, nur weil er beim Steffenbauer ein bischen gemaust hatte?! Wirklich nicht viel. Woher wußten sie denn das mit einem Male! Die Herren von der Stadt?! So aber stand es, dem Reinhold war vergeben worden, weil er am Bußtag nacht bei St. Johannis bereut hatte — da konnten sie ihm nichts mehr antun! — Und ihr — ihr würde jetzt auch vergeben werden...!!

Das Mädchen strich sich das wirre Haar aus der Stirne, das blauschwarz und strähnig ihren Augen zufiel.

Ach, — und nun war es erst elve — !

Wenn man sie doch noch sah —! dann kam es heraus...

Aber es durfte nicht herauskommen! Es durfte nicht!!

Ist elve... und die Helligkeit!

Die Magd stöhnte auf. In wilder ohnmächtiger Verzweiflung starrte sie zum Himmel auf, an den jetzt in wolkenloser Klarheit im silbernen Leuchten der Mond stand.

Annemarie schien es, er starre höhnisch drohend zu ihr hinab.

Da erschrak sie dumpf.

„Hoher Gott im Himmel droben... ich bereue alle meine Sünde. Jesus vergib mir..."

Ihre Stimme plärrte. Ihre jungen Lippen zitterten. Schütteln packte sie und ließ ihre ganze kräftige Gestalt erbeben.

Die Jacke fast bis zum Munde über den Kopf gezogen, die Arme eng an den Leib gepreßt, stürzte das Mädchen auf dem Feldwege weiter. Schmutz spritzte um sie her.

Nur jetzt nicht noch gesehen werden..! Nur jetzt nicht noch!.. Erst elve...

Aber wenn sie so weiter lief — dann kam sie ja gleich nach Lichtenberg! Und wenn sie wartete, — drunten im Dorfe... dann sah man sie... Wohin aber sollte sie? Wo sich bis dahin vor dem hellen Mondeslicht verkriechen?

Wild sah die Magd sich um.

Platt hingestreckte ebene Felder, die sich endlos aneinander reihten, die baum- und strauchlos fast taghell beschienen unter dem nächtigen Himmel lagen, starrten sie an wie die offenen Augensterne Blinder.

Die zügellose Wut der Kraftwallen, die sich nicht wehren können, packte die Magd. Ihre großen, verarbeiteten Hände ballten sich dem Monde entgegen. Laut glitt ein häßliches Schimpfwort über ihre Lippen.

Im selben Augenblicke schlug Annemarie sich mit der Hand auf den Mund, als könne sie den Laut ihres Wortes, der eilig über die stillen Felder lief, damit noch aufhalten. Zitternd bog sie sich vor.

Hatte sie jemand gehört —! Kam nicht schon jemand?!

Mit unterdrücktem Schrei stürzte das Mädchen weiter, um dann erneut stehen zu bleiben.

Und wie sie stand — rastlos, frierend — angstgepeinigt, kam ihrem schwerfälligen Gehirne ein Gedanke.

Beten wollte sie! Jetzt schon beten! Das würde helfen. Sicherlich!..

Doch Annemaries Gedanken fanden kein einziges Wort. Keiner der vielen Gesangbuchverse, die sie sich in ihrer Schulzeit so mühevoll in ihren Kopf gezwängt hatte, wollten über ihre Lippen kommen; die harte tägliche Arbeit hatte alles verwischt.

Tränen der Angst liefen der Magd über die Wangen. Grausam war es, langsam auf dem hellen Wege, der jetzt jeden Kiesel, jede Fahrrinne deutlich zeigte, gehen zu müssen, hiergegen war das Laufen in der Dunkelheit eine Wohltat gewesen!

Eb es schon halb zwölfe war..? Fiel ihr denn nichts! — garnichts ein!?... Sie mußte doch beten! Wenn sie kein Gebet fand, dann.... Schluchzen stieß das frierende zitternde Geschöpf. Und plötzlich wußte sie auch ein Wort. Das war ein Gebet!

„Und vergieb uns unsere Schuld, wie wir vergeben unseren Schuldigern..."

Einen Augenblick vergaß Annemarie ihre wilde Angst. Die Augen klar zu dem schweigsamen Nachthimmel aufgerichtet, wiederholte sie mit unwillkürlich gefalteten Händen: „Vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unseren Schuldigern..." Mehr wußte sie nicht, aber sie fühlte, — es genügte.

Doch wie... wenn ihre Schuld nun doch zu groß war...?! So groß — daß Gott ihr nicht vergab —?

Schauder — Entsetzen... Verzweiflung packte die Magd. — Als hätten mitleidslose grobe Hände sie gestoßen, sank ihr Kopf vornüber. Der Reinhold war betrunken... der wußte nicht was er tat, als der den Anderen erschlug! Aber sie.. aber sie... Annemaries Zähne klapperten. — Langsam... von der Angst krumm gezogen, wie eine alte Frau, schritt sie schleifend mit ihren schweren Gliedern den Feldweg entlang. Murmelte brüchige Worte wie ein Aechzen.

(Schluß folgt.)

A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billige Lebensmittel

soweit Vorrat — Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust .... Pfund 65 Pf.
Kalbsnierenbraten .... Pfund 70 Pf.
Kalbskeule ganz und geteilt .... Pfund 80 Pf.
Hammelvorderfleisch .. Pfund 68 Pf.
Hammelrücken .... Pfund 75 Pf.
Hammelkeule ganz u. geteilt .. Pfund 85 Pf.
Schweinebauch mit Beilage .. Pfund 80 Pf.
Schweinerücken u. Blatt m. Beilage, Pfd. 90 Pf.
Schweineschinken ...... Pfund 90 Pf.
Liesen Pfund 85 Pf. Gehacktes Pfund 65 Pf.
Kaßler Rippspeer u. Kamm Pfd. 105
Prima fett. Ochsenfleisch gefroren
Kamm und Brust ...... Pfund 58 Pf.

Fische

Grüne Heringe große .. 5 Pfund 85 Pf.
Dorsche ... Pfund 22 Pf.
Kabeljau ohne Kopf & Flache Pfd. 25 Pf.
Zander .... Pfund 90 Pf.
Hechte lebende, Pfund 140

Wild, Geflügel

Gänse gefroren, Pfd. 78 Pf.
Enten holländische, Pfd. 125
Junge Hühner holl., Pfd. 150
Masthühner holl., Pfd. 160
Gänsepökelkeulen pommersche . Pfund 140
Kaninchen i. Fell, Stück 265
Hasen gestreift u. ausgeworfen, Pfd. 95 Pf.

Obst

Kochäpfel ... Pfund 10 Pf.
Kochbirnen .. Pfund 10 Pf.

Südfrüchte

Feigen .... Pfund 28 Pf.
Zitronen .. Dutzend 32 Pf.
Apfelsinen Dtzd. 48, 70 Pf.
Blutapfelsinen Dutzend .... 70 Pf.

Gemüse

Möhren gewaschen, Pfd. 4 Pf.
Weißkohl dänisch, Pfd. 4 Pf.
Zwiebeln .. Pfund 12 Pf.
Blumenkohl Kopf v. 15 Pf. an
Sellerie .... Pfund 25 Pf.
Rosenkohl holl., Pfd. 25 Pf.

Konserven

Dose 1/1

Rot-, Grün-, Wirsingkohl 50
Kohlrabi in Scheiben 37
Karotten in Streifen .. 40
Karotten junge, extra kleine, 1/2 D. 58 1 M
Junge Schoten 60
Schoten mittelfein ... 92
Schoten fein, 1/2 Dose 80 145
Schoten mittelfein mit Karotten 92
Junge Brechbohnen 85
Brech- u. Schnittbohnen I. Sorte 105
Bruchspargel ohne Köpfe, 1/2 Dos. 105 195
dünn. 1/2 Dos. 115 220
Stangenspargel stark 1/2 Dose 185 360
extra stark 1/2 Dos. 210 410
Apfelmus a. geschälten Äpfeln ... 75
Birnen halbe Frucht .. 85
Pflaumen ganze Frucht Helvetia 95
Ananas in Scheiben 650-Gramm-Dose 150
Ananas Hawai, i. Scheib. 240
Sardinen .. Klubdose 52

Backwaren

Käsekuchen Stück 50 Pf.
Brezeln ... Stück 50 Pf.
Streußelkuchen Stck. 50 Pf.

Schokolade

Kakao stark entölt in Paketen, Pfd. 75 Pf.
Schokolade Schmelz 100 Gr. T. 23 Pf.
Schokolade Vollmilch 1/4 Pfd. Block 95 Pf.

Wein

Preise für 1/1 Flasche einschließlich Steuer ohne Glas

Edel-Apfelwein süß, fein .... 70 Pf.
Johannisbeerwein rot, süß 110
1922 Nitteler Gipfel rassiger Naturmosel ..... 90 Pf.
1923 Wollsteiner Baudenberg u. Neuweg süff. Rheinh. 120
1922 Remicher Goldberg pikant, süffig 130
1920 Niersteiner milder Rheinwein 150
1921 Oppenheimer vollblumiger Rheinwein 180
1921 Berncasteler Mosel 250
1922 Ingelheimer Rotwein lieblich 170
1922 St. Justin „Marquis Riscaldo" kräft. span. Rotwein 160
1918 Chât. de Cornaillac Bordeaux, fein entwickelt 275
Tarragona rot, süß 160 Malaga golden, feinsüß 2 M

Spirituosen

Rum-Verschnitt 40 Vol. % 290
Feiner Jamaica-Rum-Verschnitt „Extra" 45 Vol. % 420
Weinbrand-Verschnitt unter Verwendung von feinem Destillat hergestellt 275
Deutscher Weinbrand „Alter Manegold" Original 320
Deutscher Weinbrand „Jacobi 1880" 460

1922 Neckarsulmer kräftiger Rotwein 1 M
Olorso süßer spanischer Frühstückswein 180
Vinho do Portugal süßer Lissaboner 190
Alter Cadix-Sherry 210

Kolonialwaren

Makkaroni Bruch, Pfd. 38 Pf. Backobst Pfund .. 38 Pf.
Makkaroni 1/2 Pfd. Paket 48 Pf. Bosn. Pflaumen Pfd. 42 Pf.
Haferflocken 1/2 Pfd. Paket 26 Pf. Kalif. Pflaumen Pfd. 48 Pf.

Kalif. Pfirsiche 1 Pfd. 52 geschält 86 Pf.
Speisemargarine 1 Pfund-Paket 60 Pf.
Tafelbutter .... 1/2 Pfund 110
Konfituren 2 Pfund-Eimer verschied. Früchte 85 Pf. 110
Holst. Rindfleisch ohne Knochen 2 Pfund-Dose 95 Pf.
Pfeffernüsse Mecklenburger, 1 Pfund 80 Pf.

Wurstwaren

Leberwurst Hausmach. Pfund 116
Fleischwurst Thüring. Art, Pfd. 116
Brühpolnische Pfund 125
Jagdwurst ... Pfund 130
Filetwurst ... Pfund 140
Mettwurst gekocht, Pfd. 135
Zervelatwurst Holst. 160
Schinkenspeck deutsche Ware, Pfund 165
Pomm. Teewurst Pfd. 190
Westfäl. Plockwurst 190

Käse

Camembert vollfett Portionsstück 15 Pf.
Romatour .. Stück 24 Pf.
Camembert vollfett Schachtel 35 Pf.
Quadratkäse Pfund 34 Pf.
Tilsiter feiner, Pfund 85 Pf.
Goudakäse dän., Pfd. 78 Pf.
Holländerkäse Pfund 90 Pf.
Emmenthaler ohne Rinde Schachtel .. 80 u. 95 Pf.
Edamer ... Pfund 95 Pf.
Harzerkäse Kiste ca. 3 Pfund 95 Pf.

Räucherwaren

Bücklinge Makrelen Pfd. 35 Pf.
Schleibücklinge Kieler .... Pfund 48 Pf.
Sprotten ... Pfund 44 Pf.

Knorr

Makkaroni Hahn 1 Pfd. 75 Pf. Eier 85 Pf.
Kätchen-Nudeln Schnitt, 1/2 Pfd. 34 Pf.
Kätchen-Fadennudeln 1/2 Pfd. 38 Pf.
Spaghetti .... 1/2 Pfund 45 Pf.
Hafermehl .... 1/2-Pfund-Paket 35 Pf.
Grünkernmehl .. 1/2-Pfund-Paket 50 Pf.
Haferflocken .. 1/2-Pfund-Paket 30 Pf.
Erbswurst .... 18 Pf. 27 Pf. 35 Pf.
Fleischbrühwürfel .. 10 Stück 30 Pf.
Suppenwürfel ... Stück 10 Pf. 12 Pf.
Neu: Suppenwürste Tomaten, Krebs, Blumenkohl, Pilz, Ochsenschwanz, Spargel, f. 6 Teller 35 Pf.

Preiswerte Einsegnungs-Anzüge

Anzug blau und schwarz, Größe 7–12 .... 21.– 19⁰⁰
Anzug 1- und 2reihig, Größe 38–43, guter, blauer Cheviot 37.–, 35.–, 29.– 27⁰⁰
Anzug blau, beste Qualität, 1- und 2reihig, Größe 38–43 .... 48.–, 45.–, 42.– 38⁰⁰
Anzug beste Marengoware, 2reihig, Größe 38–43 52.– 49⁰⁰
Prüfungs-Anzüge dunkelfarbig, in allen Größen 48.– 38.– 29.– 24.– 19.50 17⁵⁰

KOHNEN & JÖRING

Abteilung: Herren- und Knaben-Kleidung
10 Geschäfte in allen Stadtteilen
Dieses Angebot gilt nur für unsere folgenden Geschäfte:
Alexanderstraße 12 — Brunnenstraße 126 — Friedrichshagen
Rosenthaler Str. 53 — Neukölln, Bergstr. 65 — Friedrichstr. 76

Gewinnauszug
5. Klasse 24. Preußisch-Süddeutsche (250. Preuß.) Klassen-Lotterie

11. Ziehungstag — 18. Februar 1925
Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

1 Gewinn zu 50000 M. 216794
2 Gewinne zu 10000 M. 75313 284646
1 Gewinn zu 5000 M. 113281
2 Gewinne zu 3000 M. 245795 261960
6 Gewinne zu 2000 M. 110069 169612 183070 207637 242434 286919
18 Gewinne zu 1000 M. 3400 6567 19542 20300 92729 108218 144137 148360 165919 186193 199159 216172 261179
26 Gewinne zu 500 M. 1710 18831 39628 54341 58293 64296 100688 109732 134081 138004 145218 180623 192909 198540 207382 226205 229400 230707 238883 244296 250242 260807 265235 293627 302460 311214
87 Gewinne zu 300 M. 5 1616 3171 5124 6553 15989 32669 362[illegible]7 37837 38835 44729 44822 46483 48365 50175 68623 75133 93018 107180 107493 110570 111153 112303 113683 114755 116097 120896 1244[illegible]9 130881 130469 131490 133[illegible]5 137288 143[illegible]68 145150 147290 147937 150437 152781 157012 157964 160958 161138 164[illegible]91 169428 171709 174942 177316 178071 18[illegible]3 18[illegible]759 1868[illegible]4 185283 190344 1938[illegible]5 195267 198028 200150 201752 2[illegible]1 204494 212738 215789 220711 224366 224574 228678 232459 234481 241185 244132 244385 267583 268[illegible] 275272 278873 280746 284976 287790 288507 291620 291279 304854 306317 311403 314911 316907

12. Ziehungstag — 19. Februar 1925
Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 Mk. gezogen.

1 Gewinn zu 25000 M. 49054
1 Gewinn zu 10000 M. 294727
1 Gewinn zu 5000 M. 219882
3 Gewinne zu 3000 M. 84519 270875 304194
5 Gewinne zu 2000 M. 124295 19[illegible]297 25[illegible]068 282334 302489
13 Gewinne zu 1000 M. 47967 115652 126885 141786 149818 158535 165415 168833 215878 222398 231673 264818 287228
31 Gewinne zu 500 M. 4036 13209 31433 45453 102834 123512 138293 140764 155738 157508 159918 161228 16130[illegible]8 166716 175711 182922 188366 191313 215237 220171 221421 227127 231068 238460 242681 247408 260627 265450 272262 273692 294711 314057 315040 316929
92 Gewinne zu 300 M. 1555 5187 5576 13775 2[illegible]829 30830 35272 35949 38006 39318 41711 44272 55713 60165 63096 63980 72588 74940 76205 77129 77666 81334 86719 95709 96468 98754 100137 100769 101468 101780 102744 108558 108174 112477 116024 118910 128397 131782 131407 148212 148304 152289 155379 160710 162524 164340 169637 171330 173808 175127 179699 182912 18[illegible]461 190717 190975 191900 194172 198181 210369 21[illegible]935 214849 223508 231385 234721 235674 2398[illegible]8 246807 2[illegible]8377 259492 260304 263064 263659 264502 264845 265654 269932 273689 274010 282281 284[illegible]92 2[illegible]4745 285178 287[illegible]34 2881[illegible]8 288[illegible]78 2[illegible] 295445 297311 298028 300740 308810 212.31 3

Raumann-Nähmaschinen für Hausgebrauch und Gewerbe. Teilzahlung. Reparatur-Werkstatt für alle Systeme. Emil Halberth G. m. b. H. Friedrichstraße 3a. Merkur 6268.

Photoapparate. Gelegenheitskäufe. Jca 9/12, 35 M. Schloßplatz 4/5.

Tafelwagen, Dezimalwagen, Gewichte preiswert. Auswahl. Wagner. Köpenicker Str. nur 71. Hof. Kein Laden. Keine Schaufenster-Reklame, dafür wesentlich billigere Preise.

Linoleum, Linoleumläufer, 90 Zentimeter, 3.50, Linoleumteppiche, Linoleumteppich [illegible]. Dresdenerstraße 101. Moritzplatz 188 88.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Kredithaus zu Ladenpreisen. Damen- und Herrengarderoben. Damen- und Herrenschuhe, Wäsche, Betten, Pelze, Gardinen, Steppdecken in bequemer Abschlagszahlung. Kaufhaus Hirschberg u. Co., Turmstraße 37, 1. Etage.

Damenmäntel direkt ab Werkstatt 3.–, 5.–, mit Pelzkragen 7.–, 10.–, 15.–, Affenhautmäntel, Pelzkragen 21.–, 29.–, 39.–, Tuchmäntel 7.–, 14.–, 19.–, 29.–, 39.–, Plüschmäntel, Covercoatmäntel. Riesenauswahl. Charlottenstraße 66 II (Leipziger Straße) 9 bis 7 Uhr.

Monatsanzüge, Winterpaletots, Gehrockanzüge, Frackanzüge, neue Jackettanzüge, Joppen, modernste Ulsterpaletots verkauft spottbillig Alexanderstraße 28a, hochparterre. (Gesellschaftsanzüge leihweise.)

Monatsanzüge, Winterpaletots, Gesellschaftsanzüge, korpulente Figuren, staunend billig. Raß, Germannstraße 25/26, früher Mulackstraße. Keine Filiale.

Monatsgarderoben staunend billige Preise nur bei Raß, Kastanienallee 84.

Möbel

Konkurrenzlos! Echtes Nußbaum-Büfett, 180 breit, 135.–, neue furnierte Ankleideschränke, 130 breit mit Kristallspiegel, Wäscheabteilung, 92.–, neue furnierte Bettstellen mit Patentboden und Auflagen 52.–, neue Nußbaum-Nachttische mit Marmor 19.–, eichene Bücherschränke 39.–, Diplomaten 38.–, neue Anrichteküche, 125 breit, 110.–, Riesenauswahl in Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, mahagoni poliert, mit Preßauflagen, weißem Marmor, komplett 325.–. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn. Bahnhof Gesundbrunnen. Freilieferung Groß-Berlin.

Nußbaumbüfetts, Prachtexemplare, Riesenauswahl, Schreibtische, Bücherschränke, Ankleideschränke, Kleiderschränke, Vertikos, Trumeaus, Ausziehtische, Stühle, Bettstellen spottbillig. Goldmann, Strausbergerstraße 23, am Strausberger Platz.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Strausbergerstraße achtzehn.

Metallbetten 19.50, Messingbetten, Kinderbetten. Teilzahlung. Wenger, Auguststraße 26.

Chaiselongue 12.–, Diwandecken 7.50, Polsterauflagen, Patentmatratzen 12.–. Ratenzahlung. Doppelallee 12.

Teilzahlung, kulant. Möbel-Misch.

Teilzahlung, billig. Möbel-Misch.

Teilzahlung, reell. Möbel-Misch, Große Frankfurterstraße 45/46.

Teilzahlung. Möbel jeder Art. Geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße.

Gelegenheit! Kleiderschrank 18.–, Vertiko 13.–, Waschtoiletten 15.–, Bettstellen, komplett, 14.–, Plüschsofa 15.–, Küchen 24.–. Gottlieb, Rügener Straße zehn.

Küchenwoche. Anna mit Rahmen, roh 30.–, Frieda mit Anrichte 62.–, Lotte mit Anrichte 75.–. Zahlungserleichterung. Wielemann, Lausitzer Straße 5, Ecke Wiener Straße.

Klubgarnituren in Leder und Gobelin, Rokokosofas, Ruhebetten, Schlafsessel, Auflegematratzen, Schreibsessel, Klaviersessel, Damensessel, Frisiersessel, Stahlmatratzen, Daunendecken, Diwandecken, Teppiche außergewöhnlich billig. Möbelhaus Romerling, Kastanienallee 56.

Möbel-Hoffmann, Neue Schönhauser Straße 1. Auswahl in vier Etagen. Sonderangebot in Speisezimmern, komplett, 350, 480, 650, 720, 950 bis 1200. Herrenzimmer, komplett, 360, 440, 520, 680, 1400 bis 2100. Schlafzimmer, komplett, 410, 520, 650, 750, 850 bis 2200. Küchen, komplett, 68, 85, 145; 210 bis 350. Solange der Vorrat reicht: Büfetts, Schränke, Ausziehtische, Schreibtische, Lederstühle, Klubmöbel, Ruhebetten, Standuhren, Rauchtische, Salons, Wohnzimmer. Ständig Gelegenheitskäufe in besseren Möbeln. Speicherreien: Lothringer Str. 24–26.

Möbel für jedermann! Täglich werden verkauft: Kleiderschränke, Vertikos 18, Bettstellen, komplett, 16, Metallbettstellen mit Auflegematratzen 22, Flurschränke, Waschtoiletten 18, Chaiselongues 18, Kommoden 13, Büchersinden, Schreibtische 36, Trumeaus 29, Büfetts 75, Tische 6, Kücheneinrichtungen 48, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer 225, Klubgarnituren 175, Lederklubsessel 65. Riesenauswahl, über 500 Zimmer. Alles tatsächlich spottbillig. Stargardts Möbel- und Lombardspeicher, Prenzlauer Straße sechs.

Plüschsofa 40.–, Kleiderspinden, Wäschespinden 30.–, Spiegelspind mit Spiegel 50.–, Bettstellen, Matratzen 30.–, Tische 8.–, Kommode 13.–, Kücheneinrichtung 60.–. Sellin, Gartenstraße 26.

Ausnahmepreise. Büfetts 140.–, Ankleideschränke 135.–, Aufsatzschreibtische 95.–, Bücherschränke 75.–, Ausziehtische 36.–, Weißlackschränke 52.–, Vertikos 35.–, Polsterstühle 8.–, komplette Speisezimmer 280.–, Herrenzimmer 290.–, Schlafzimmer, Eiche, Mahagoni, 300.–, bis 1200.–, Küchen 68.–, Ruhebetten 35.–, Sofas 75.–, Klubgarnituren 360.–, Peddigrohrstühle 68.–, Metallbettstellen 28.–. Zahlungserleichterung. Joachim Nachfolger, Belle-Alliance-Straße 14a und 81. Fabrikgebäude.

Polstermöbel, Kronstraße 2. Riesenauswahl, bildschöne, unübertreffbare Chaiselongues, Sofas, Umbau, Auflegematratzen, Feldbetten, reellste Arbeit.

Musikinstrumente

Pianos, prächtige Instrumente, bequeme Zahlweise. Sachter, Oranienburgerstraße 42.

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 38.

Pianos. Qualitätsware aus eigener Fabrik. Flügel, Harmoniums, große Auswahl in jeder Preislage. Zahlungserleichterung. Max Adam, Inhaber Otto Woltersdorf, Münzstraße 18, nahe Alexanderplatz.

Schreibmaschinen

Bistamp vermietet Schreibmaschinen. Mietsanrechnung bei Kauf. Charlottenstraße 81. Merkur 5409.

Garten :: Laube :: Balkon

Drähte, Stacheldraht, Drahtgeflechte mit vier- und sechseckigen Maschen, Dachpappe, Krampen, Zaunpfähle, Drahtstifte, Bauartikel, Laubenherde, Öfen, Gartengeräte liefert billigst Paul Friedrich, Charlottenburg, Leibnizstr. 17, Steinplatz 1146 und 7876.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Linienstraße 19.

Vermietungen

Mietgesuche

Leerzimmer mit Kochgelegenheit oder Kochstube (eventuell Möbelabkauf) von Brautpaar per 1. oder 15. März, eventuell 1. April, gesucht. Angebote C. 41 Hauptexpedition „Vorwärts". 507b

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Klempner auf Waschgefäße verlangt Gerecke, Wassertorstr. 14.

Tüchtiger Fahrradlackierer perfekt im Linieren, gesucht. Mercedes-Fahrradwerke G. m. b. H. Berlin-Marienfelde.

Wir suchen für unsere Arbeiter- und Berufskleiderfabrik zum baldigen Eintritt einen 398/b
tüchtigen Zuschneider,
welcher in dieser Branche firm ist.
Brauer & Jüttner G. m. b. H.
Dirckenstraße 26/27
Eingang Portal III

Für unsere Berufskleiderfabrik suchen wir
zwei Büglerinnen
zum sofortigen Eintritt. 504b
Brauer & Jüttner G. m. b. H.
Dirckenstr. 26/27. Eingang Portal III.

Ungelernte Arbeiter
25–40 Jahre alt, gesund und kräftig, finden bei gutem Lohn feste Arbeit in der
Spinnstoffabrik Zehlendorf
G. m. b. H., Ortst. Schönow b. Teltow
Persönliche Meldungen mit Steuerbuch, Invalidenkarte u. letzter Arbeitsbescheinigung vorm. von 9–10 Uhr

Damenhutgarniererinnen perfekte, zum sofortigen Eintritt gesucht. — Nur mit prima Zeugnissen vorzustellen bei Heinrich Bock Hutfabrik Aktiengesellschaft Berlin SO 36, Greifswalder Straße 34/35

Ich stelle fortlaufend noch eine größere Anzahl ältere u. tüchtige
Mechaniker
ein. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschrift. sind zu richten an Franz Kuhlmann Werkstätten für Präzisionsmechanik Rüstringen-Wilhelmshaven

Maschinen-Hutfutternäherinnen (Kettelstichmaschine), jüngere, perfekte, mit prima Zeugnissen, zum sofortigen Eintritt gesucht. Heinrich Bock Hutfabrik Aktiengesellschaft Berlin SO 36, Greifswalder Straße 34/35

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

Putz-Garniererinnen
erste Kräfte, verlangt
Christian Ehlermann G. m. b. H.
Leipziger Straße 87 590b

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und billig!

Krause-Pianos zur Miete Ansbacher Str. 1, [illegible]

Verkäufe

Bettenverkauf direkt von Fabrik! Daunenbetten! Aussteuerbetten! Fremdenbetten! Kinderbetten! Spottbillige Engrospreise! Brunnenstraße 115.

Monatsgarderoben, staunend billige Preise, nur bei Raß, Kastanienallee 84.